Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 6 – 12. Februar 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Bald zurück an den Fleischtöpfen
Hamburger Genossen wittern Morgenluft 2

Preußen / Berlin

»Bis der Schädel bricht«
Linke Gewalt eskaliert: Grüner Bürgermeister sympathisiert dennoch mit Hausbesetzern 3

Hintergrund

Vom Besatzer zum Besitzer
Linksautonome diktieren Nutzung von Häusern – Allgemeinheit trägt die Kosten 4

Deutschland

Qualifizierte Lohndrücker gesucht?
Die Wirtschaft fordert Fachkräfte aus dem Ausland 5

Ausland

Schutzlos unter deutscher Flagge
Deutsche Reeder erzürnt 6

Kultur

In der Einsamkeit der Natur
Ausstellungen zeigen Werke von Karl Schmidt-Rottluff 9

Geschichte

Ein Kriegsverbrechen?!
Bombardierung Dresdens aus juristischer Sicht 10





Foto: ddp all images

Bloß nicht zu hoch hinaus: EU will Exportüberschüsse stark begrenzen. Deutschland müsste seine Wirtschaft künstlich schwächen.

Marsch in die Planwirtschaft

Brüssel will wettbewerbsstarke EU-Länder bestrafen – Was will Merkel?

Exportüberschüsse sollen begrenzt, Überschreitungen bestraft werden. Auch Merkel freundet sich mit „Wirtschaftsregierung“ an.

Der Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo), Hans-Werner Sinn, lässt kein gutes Haar an den Plänen der EU-Kommission zur engeren wirtschaftlichen Abstimmung in der EU: „Das ist lächerlich. Das ist eine Lösung nach Art der zentralgelenkten Planwirtschaft, die der Marktwirtschaft fremd ist“, so der renommierte Wirtschaftsweise gegenüber einer niederländischen Zeitung. Brüssel will offensiv gegen die sogenannten „Ungleichgewichte“ in der EU vorgehen und wagt sich dabei offenbar weit in planwirtschaftliches Terrain vor.

Lange hatte sich Berlin gegen die Idee einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“ gestemmt. Die deutsche Regierung fürchtete französischen Dirigismus, der auf Kosten der freien Wirtschaftsentwicklung gehen und damit Deutschland und ganz Europa im internationalen Wettbewerb zurückwerfen würde. Nun präsentierte auch Kanzlerin Angela Merkel unter dem Titel „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ Überlegungen, die jenen der „Wirtschaftsregierung“ recht nahe kommen: Lohnpolitik, öffentliche Verschuldung, Investitionstätigkeit, Renteneintritt und die Körperschaftssteuer sollen demnach EU-weit „abgestimmt“ oder gar „harmonisiert“ werden.

> Ifo-Chef Hans-Werner Sinn: »Das ist lächerlich«

Die EU-Kommission stört daran allein, dass die 27 EU-Regierungen und nicht Brüssel die Überwachung des „Pakts“ übernehmen sollen, wenn es nach Merkel geht. Diese Macht hätte Brüssel gerne selber.

Laut einem Positionspapier will Brüssel darüber hinaus Überschüsse und Defizite im Außenhandel auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Dies würde bedeuten, dass Deutschland seinen Exportüberschuss künstlich kappen oder aber Strafen an schwächere Länder zahlen müsste.

Das wäre ein schwerer Verstoß gegen das Wettbewerbsprinzip. Kritiker befürchten, dass dadurch nicht schwache Länder gestärkt, sondern nur starke geschwächt würden. Denn die Gewinne der Starken sollen bestraft werden, während den Schwachen per „Ausgleichszahlung“ der Ansporn genommen wäre, aus eigener Kraft voranzukommen. Damit drohe Europa, das sich ohnehin wachsender Konkurrenz seitens der „Schwellenländer“ ausgesetzt sieht, insgesamt ins Hintertreffen zu geraten.

Auf dem kommenden EU-Gipfel am 24. und 25. März soll über die Vorschläge beraten werden. Es droht die Abkehr vom sogenannten „Lissabon-Prozess“. In der portugiesischen Hauptstadt war im Jahr 2000 vereinbart worden, die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion der Welt zu machen. Von diesem ehrgeizigen Ziel ist außer Lippenbekenntnissen und viel Papier nichts geblieben. Statt sich dem härteren Wettbewerb auf dem gesamten Globus zu stellen, verschiebt die EU nun den Schwerpunkt darauf, „Ungleichgewichte“ innerhalb der EU zulasten wettbewerbsstarker Länder einzuebnen. *Hans Heckel*

Wilhelm v. Gottberg:

Bürger zur Kasse

Deutschland ist gewiss nicht arm an Fehlern, Versäumnissen und Pannen auf dem politischen Sektor. Wo Menschen handeln, ist dies Handeln immer auch mit der menschlichen Unzulänglichkeit verbunden. Das Ausmaß und die Folgen der Banken- und Finanzkrise übersteigt allerdings das Vorstellungsvermögen eines Normalbürgers. Gewiss, die Krise ging von den USA aus, dass aber Deutschland so schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, lag an hanebüchenen Fehleinschätzungen und Versäumnissen der politischen Klasse und der Bankenaufsicht in unserem Land (siehe Seite 5). Wo bleibt die Aufarbeitung dieses bundesdeutschen Desasters. Bei jedem kleinlichen Streit über Versäumnisse oder auch nur vermeintliche Fehleinschätzungen eines Ministers wird wochenlang gestritten oder sogar ein Untersuchungsausschuss eingesetzt (siehe zu Guttenberg).

Im Fall des Milliardenverlustes der Hypo-Real-Estate oder der IKB verzichten die Parteien auf einen Untersuchungsausschuss. Sie wissen, dass ein Untersuchungsausschuss Details ans Licht bringt, die alle Parteien beschädigen. Es wird verbal auf die Banker eingedroschen, um von den eigenen Fehlleistungen abzulenken. Der Steuerbürger wird frisch, fromm, fröhlich, frei in Haftung genommen. Ein Pusch für die Bürger in Wut. Anders in den USA. Dort hat eine staatliche Untersuchungskommission festgestellt, dass die Krise die Folge von Gier, Missmanagement und Tatenlosigkeit gewesen sei. Der Bericht geißelt die Finanzaufseher und Politiker, einschließlich der Ex-Präsidenten George W. Bush und Bill Clinton, die mit Deregulierung und Fehlentscheidungen die Krise hätten erst ausufern lassen.

Polen kämpft mit seiner Vergangenheit

Autor behauptet, nicht Antisemitimus, sondern Profitgier trieben zur Mithilfe bei Judenhatz

Es war Norm bei Polen während der deutschen Besatzung, versteckte Juden aufzuspüren und auszuliefern. Mehrere Hunderttausende Juden sind so umgekommen. Goldene Ernten aber fuhren Polen nach Kriegsende ein, als sie wie Geier, Schakale oder Hyänen die früheren Vernichtungslager Treblinka, Sobibor oder Belzec nach jüdischem Besitz fledderten. Die letzte Phase des Holocaust wurde von Polen inszeniert, die weitere 200000 Juden ermordeten, um nicht geraubten Besitz zurückgeben zu müssen“, heißt es in dem Buch „Goldene Ernten“ des US-Autors Jan Tomasz Gross, der 1947 in Warschau als Sohn jüdisch-polnischer Eltern geboren wurde und 1968 vor polnischem Antisemitismus floh.

In Polen erscheint das Buch erst in drei Wochen, erregt aber seit drei Monaten polnische Gemüter, weil es die „Mythen von Widerstandsopfern edler Polen“ zur Bruchlandung zwang. Was Gross nicht zum ersten Mal tut: 2000 dokumentierte er unter dem Titel „Nachbarn“, wie Polen am 10. Juli 1941 im nordöstlichen Jedwabne Juden ausraubten und ermordeten. 2008 folgte das Buch „Angst“ mit einer Schilderung des „blutigsten antisemitischen Akts in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg“ (Gross), des Pogroms im südlichen Kielce im Juli 1946, dem bereits 1945 Gewaltakte in Krakau vorausgegangen waren.

> Aufregung ist groß – Opferstatus gefährdet

Nun also „Goldene Ernten“, angeregt durch ein Foto vom September 1945, das 40 Landarbeiter aus Treblinka zeigt, gerade von der Polizei als Grabräuber auf der Suche nach Goldzähnen gestellt. 2008 hat die „Gazeta Wyborcza“ das Foto erstmals veröffentlicht, zur Gross' Verwunderung ohne jedes Echo. Er ahnte nicht, dass polnische Polizei seit Ende 1945 Jagd auf „Gräber“ machte und polnische Dokumentarfilmer noch 1957 deren Devastierungen bezeugten.

Antisemitismus bei Polen haben auch andere erkundet, etwa 1985 der Franzose Claude Lanzmann mit dem Film und Buch „Shoah“. Anders als sie geht Gross davon aus, dass Polen aus Besitzgier den Holocaust der Deutschen für sich nutzten. Das will in Polen niemand hören, am wenigsten Tomacz Nalecz, Präsidentenberater in Geschichtsfragen: Die Jahre 1939 bis 1945 „goldenen Ernten für das polnische Volk“ zu nennen, sei zynisch und erfordere polnischen Protest. Andere beschimpfen Gross als Polenhasser, Verleumder und heizen Pogromstimmung gegen seinen Krakauer Verlag an. Gross scheint seine einstigen Landsleute zu kennen! *Wolf Oschlies*

Keine Zensur

»Feldpost-Affäre« erscheint in neuem Licht

Der Gegenwind für Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg ist ein wenig abgeflaut, aber seine Truppe kommt nicht aus den Schlagzeilen. In einem Punkt allerdings scheint die Bundeswehr entlastet. Die Untersuchungen zu den geöffneten Feldpostbriefen haben ergeben, dass auch Sendungen aus der Heimat ins Einsatzland geöffnet und Wertsachen entnommen wurden. Das deutet auf einen kriminellen Hintergrund hin und entkräftet den Verdacht, die Feldpost sei in dienstlichem Auftrag kontrolliert worden, um negative Schilderungen der Soldaten aus dem Einsatz auf illegale Weise abzufangen.

> War die Kadettin borddiensttauglich?

Neue Vorwürfe werden hingegen laut, nachdem bekannt wurde, dass die im November 2010 auf der „Gorch Fock“ tödlich verunglückte Kadettin wegen Übergewichts nicht borddiensttauglich gewesen sein soll. Die in dem Todesfall ermittelnde Staatsanwaltschaft Kiel hat ihre Untersuchungen nach den neuen Erkenntnissen ausgeweitet.

Unterdessen mehren sich Zweifel an der uneingeschränkten Tauglichkeit von Frauen für alle militärischen Bereiche (siehe Seite 2). *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Verschlankte Führung

Berlin – Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat die Pläne zur Neugestaltung seines Ministeriums vorgestellt. Um das Haus auf die wesentlichen Funktionsbereiche „Politik und Planung“, „Ressourcen“ sowie „Militärische Aufgabenerfüllung“ auszurichten, soll es zukünftig nur noch aus acht Abteilungen bestehen. Eine wesentliche Neuerung wird die Erweiterung der Kompetenzen der Inspekteure sein. Der Generalinspekteur wird dem Minister unmittelbar für Führung, Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft verantwortlich sein. Dazu werden ihm die Streitkräfte truppendienstlich unterstellt, wodurch er die Funktion einer Kommandobehörde erhält. Die Inspekteure werden mit ihren Führungsstäben aus dem Ministerium ausgegliedert und zu Befehlshabern. *J. H.*

Islamvereine im Visier

München – Die Staatsanwaltschaft München ermittelt gegen zwei Funktionäre der islamischen Vereinigung Milli Görus und insgesamt sieben Beschuldigte, die dem islamistischen Spektrum zuzuordnen seien. Hauptbeschuldigter ist, so der „Kölner Stadt-Anzeiger“, Ibrahim El-Zayat in Köln Nippes, der auch der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) vorsteht und Mitglied im Zentralrat der Muslime ist. Der Vorwurf: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Einnahmen aus dubiosen Geschäften und „betrügerischen Finanzmanipulationen“ sollen an militante Islamisten unter anderem für Waffenkäufe geflossen sein. Dabei werden die Verbindungen zwischen Köln, Bornheim, Hamm, Kerpen, Ulm, Berlin, München und Garching untersucht. Interessant dabei ist vor allem die bundesweite Verflechtung im Untergrund, die an mafiöse Strukturen erinnert. El-Zayat soll demnach auch in Verbindung mit der Kairoer Muslimbruderschaft stehen. *J. F.*

Bald zurück an den Fleischtöpfen?

Hamburger Genossen wittern Morgenluft – Viele SPD-Seilschaften haben die Oppositionsjahre überlebt

Das „Superwahljahr“ 2011 beginnt am 20. Februar mit der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft. Alles deutet auf einen Regierungswechsel hin. Damit endet nach nur knapp zehn Jahren das Experiment einer bürgerlich geführten Regierung in der traditionellen SPD-Hochburg.

Dabei hatte im September 2001 alles durchaus hoffnungsvoll begonnen. In der Stadt gab es eine langfristige Wechselstimmung, die selbst Anhänger der SPD erfasste. In 44 Jahren Regierungsverantwortung hatten die Sozialdemokraten in Hamburg ein ausgeklügeltes Machtkartell errichtet und sich die Stadt gewissermaßen zur Beute gemacht. Kein gesellschaftlicher Bereich, der nicht von ihr beherrscht wurde, keine Behörde, keine öffentliche Institution, kein größerer Verein, in dem nicht ein Genosse das Sagen hatte. Über Karrieren entschied das „richtige“ Parteibuch, weniger die Qualifikation. Der sprichwörtliche „rote Filz“ garantierte seit Generationen die unumschränkte Herrschaft der SPD über den Stadtstaat. Statt zu gestalten, wurde im Rathaus nur noch verwaltet und auf die Bewahrung der Pfründe geachtet.

Nach einem reinen Lagerwettkampf, in dem die bürgerlichen Parteien nur einen Programmpunkt, nämlich die Beendigung der SPD-Herrschaft, hatten, blieb die SPD stärkste Partei. Dennoch konnte Ole von Beust im September 2001 trotz eines äußerst mageren Ergebnisses für die CDU mit der Partei Rechtsstaatliche Offensive von Ronald Schill und der FDP eine Koalition bilden. Durch die Stadt ging ein Aufatmen, und selbst traditionelle Anhänger des rotgrünen Lagers sahen nach Jahren des Stillstandes eine Chance zum Aufbruch gekommen. Doch das große Aufräumen in den Fachbehörden und Amtsstuben blieb aus. Statt mit der scharfen Schere dem von der SPD gewebten Filz zu Leibe zu rücken, ließ von Beust selbst Spitzenbeamte mit SPD-Parteibuch im Amt. Er ernannte sogar Sozialdemokraten zu Staatsräten (Staatssekretären).

Ein prominentes Beispiel von vielen: Uwe Riez, einflussreicher Senatsdirektor in der Gesundheits- und Sozialbehörde, in der Vergangenheit Schlüsselfigur handfester Filz-Skandale, Protagonist behördlicher Misswirtschaft und als ehemaliger Geschäftsführer der Beschäftigungsgesellschaft „Hamburger Arbeit“ verantwortlich für deren Millionendefizite, die er anschließend als der zuständige Beamte in der Sozialbehörde „glattbügelte“. CDU-Senatorin Birgit Schnieber-Jastram und ihr SPD-Staatsrat Klaus Meister beließen ihn nicht nur in seiner Funktion als Leiter des Amtes für Arbeit und Sozialordnung, sondern statteten ihn sogar mit weiteren Kompetenzen aus, obwohl eine Neustrukturierung der Behörde die Gelegenheit bot, ihn elegant loszuwerden. Als Amtsleiter hält sich der SPD-Genosse bis heute und wartet nun wohl wie viele seiner Parteifreunde auf bessere Tage.

> SPD-Genossen planen schon die »Säuberung«

Als von Beust nach der Bürgerschaftswahl 2008 das Regierungsbündnis mit den Grünen schmiedete, hatten viele CDU-Mitglieder bei dem Gedanken, mit dem bisherigen politischen Gegner zusammenarbeiten zu müssen, erhebliche Bauchschmerzen. Ihre Parteioberen versuchten, sie unter anderem mit dem Argument zu überzeugen, dass nur eine schwarz-grüne Koalition eine SPD-Regierung und damit eine Reaktivierung der roten Seilschaften verhindern könne. Diese seien auch nach sieben Jahren in der Opposition noch weitgehend intakt. Nur wenn es gelänge, so schärften sie den Zweiflern ein, die SPD weitere Jahre von der Regierungsbank fernzuhalten, sei es möglich, das in Jahrzehnten gebildete Geflecht aus SPD-Günstlingswirtschaft und Erbhöfen aufzulösen. Dass die Parteistrategen damit nicht falsch lagen, zeigt sich heute. Zum Verdruss manch verdienter CDU-Parteifreunde, deren Hoffnung auf einen Platz an den Fleischtöpfen unerfüllt blieb, obwohl sie sich für Ämter und Würden qualifiziert hatten, ist die Bürokratie in vielen Bereichen noch immer sozialdemokratisch durchzogen. Den ersehnten Machtwechsel am 20. Februar vor Augen, wagen sich die SPD-Genossen langsam wieder aus der Deckung. So wird bereits aus einigen Behörden berichtet, dass SPD-Beamte ihren Vorgesetzten und Kollegen „von der anderen Feldpostnummer“ unverhohlen eine „Nacht der langen Messer“ nach der Wahl ankündigen. Ein deutliches Signal: Die SPD wird nicht zimperlich vorgehen, wenn es darum geht, ihre Gegner kaltzustellen und in den vergangenen Jahren verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Als die Filzvorwürfe Mitte der 90er Jahre vor allem gegen die Gesundheits- und Sozialbehörde so massiv geworden waren, dass rechtliche Konsequenzen befürchtet werden mussten, wandte sich die damalige Senatorin Helgrit Fischer-Menzel, die bald darauf selbst über eine Begünstigungsaffäre stürzte, an den mächtigen SPD-Kreisvorsitzenden Olaf Scholz. Er sollte diejenigen, die es allzu toll trieben, zur Raison bringen, um noch größeren Schaden von der Partei abzuwenden. Seine tatsächliche Rolle indes blieb im Dunkeln. Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Filz“ räumte die Senatorin auf die Frage, warum sie gerade Scholz mit der heiklen Aufgabe betreut habe, eher kryptisch ein, zwischen ihm und den Filzgenossen habe es „Verbindungen gegeben“.

Der Genosse mit den „Verbindungen“ schickt sich heute an, der nächste Hamburger Bürgermeister zu werden. Wird nun bald wieder der rote Filz „wie Mehltau über der Stadt liegen“, wie es der damalige Oppositionsführer von Beust einst so anschaulich formulierte hat? In einer Woche werden die Wähler auch darüber entscheiden. *Jan Heitmann*



Bald wieder da: Bereits 2001 war der Hamburger SPD-Chef Olaf Scholz unter dem damaligen Bürgermeister Ortwin Runde (SPD), einem der Protagonisten der Filzkultur, Innensenator. Seine Genossen in den Fachbehörden und Ämtern hingegen blieben auch in den CDU-Regierungsjahren im Amt. Bild: M. Brandt/dapd

Die Schulden-Uhr: Kostenspirale

Der Bund der Steuerzahler warnt davor, dass sich das geplante „Bildungspaket“ für Kinder von Hartz-IV-Empfängern zu einer „verantwortungslosen Kostenspirale für die Steuerzahler“ entwickle. „Mit jeder Verhandlungsrunde werden den Steuerzahlern weitere Belastungen auferlegt. Es wäre daher für alle die beste Lösung, das ‚Bildungspaket‘ fallen zu lassen und stattdessen die Grundsicherungssätze für Kinder zu erhöhen“, fordert BdSt-Vizepräsident Reiner Holznagel. Allein die Verwaltung des Bildungspaketes wird um die 136 Millionen Euro kosten, das sei nicht hinnehmbar. Egal, ob nun Arbeitsagenturen oder Kommunen für die Umsetzung zuständig seien, so oder so wird mit bundesweit 1300 zusätzlichen Mitarbeitern gerechnet, die sich um die Abwicklung kümmern müssen. *Bel*

1.722.699.634.804 €

Vorwoche: 1.721.338.300.704 €
Verschuldung pro Kopf: 21086 €
Vorwoche: 21069 €

(Dienstag, 8. Feburar 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Mal gefördert, mal belächelt

Tod einer Kadettin beflügelt Diskussion über Frauen beim Militär

Bei der Untersuchung des Todesfalles auf der „Gorch Fock“ hat sich herausgestellt, dass die aus der Takelage gestürzte Kadettin wegen erheblichen Übergewichts gar nicht borddienstverwendungsfähig gewesen sein soll. Schon für ihre vorherige Dienstzeit auf der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ sei wegen ihrer Körpergröße von lediglich 1,58 Metern eine Ausnahmegenehmigung erforderlich gewesen, die jedoch nicht für den Dienst auf dem Segelschulschiff gegolten habe. Schon vor Wochen ging in der Marine um, die verunglückte Soldatin sei „sehr unsportlich“ gewesen.

Wie ein hoher Marinesanitätsoffizier gegenüber der *PAZ* erklärte, werfe der Vorgang viele Fragen auf. Grundsätzlich sei eine Bordverwendung nur möglich, wenn der Truppenarzt die Borddiensttauglichkeit festgestellt habe. Die Schiffsführung müsse sich bei jedem hinzuversetzten oder kommandierten Soldaten darauf verlassen können, dass er uneingeschränkt an Bord einsetzbar sei, sofern keine ärztliche Befreiung von bestimmten Tätigkeiten vorliege. Gegebenenfalls sei es die Pflicht der Kadettin gewesen, ihre Vorgesetzten auf eine Befreiung hinzuweisen oder sich an den Schiffsarzt der „Gorch Fock“ zu wenden. Nun ist zu klären, warum die Soldatin auf das Schiff kommandiert war, obwohl sie als nicht bordtauglich galt, beziehungsweise, warum sie nicht von körperlich fordernden Diensten befreit war. Wenn sie jedoch befreit war und trotzdem aufentern musste, muss geklärt werden, wer dafür die Verantwortung trägt.

> Weibliche Soldaten leisten viel, stoßen aber oft an Grenzen

Dieser Vorfall ruft diejenigen auf den Plan, die dem unbeschränkten Zugang von weiblichen Soldaten zu allen Waffengattungen, Verwendungsreihen und Laufbahnen skeptisch gegenüberstehen. In allen militärischen Bereichen gibt es Ausbildungs- und Übungsabschnitte, in denen die Soldaten ihre körperlichen Grenzen erreichen. Derzeit dienen in der Bundeswehr etwa 17000 Frauen. Für sie gelten die gleichen Leistungsanforderungen wie für ihre männlichen Kameraden. Der Truppenalltag hat jedoch gezeigt, dass sie hinsichtlich der körperlichen Belastbarkeit nicht mit den Männern mithalten können. Die Klagen der Männer, dass sie bei Übungen das Gepäck ihrer Kameradinnen tragen müssen, weil die irgendwann „schlapp machen“, kennt jeder Vorgesetzte.

Über die unterschiedliche körperliche Leistungsfähigkeit von Mann und Frau beim Militär gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse. Einer der *PAZ* vorliegenden Bundeswehrstudie vom Mai 2008 zufolge bewerten 43,8 Prozent der befragten Soldaten und 29,2 Prozent der Soldatinnen Frauen als „ungeeignet für körperlich fordernde Funktionen“ in der Truppe. Dass Frauen „dem harten Leben im Felde nicht gewachsen“ sind, glauben demnach 28,4 Prozent der Männer und neun Prozent der Frauen. In einer wehrmedizinischen Studie wurde festgestellt, dass die untersuchten Soldatinnen durchschnittlich lediglich über 55 Prozent der Muskelstärke und 67 Prozent der Ausdauer ihrer männlichen Kameraden verfügten. Demnach sind die oberen 20 Prozent der Frauen in ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit mit den unteren 20 Prozent der Männer vergleichbar. *J. H.*

Kampf um Zeit

Ägyptens »geordneter Übergangsprozess«

Präsident Hosni Mubarak ist zwar weiter im Amt, doch wahrer Machthaber ist bereits der erst knapp vor seiner Ernennung aus den USA zurückgekehrte Vizepräsident Omar Suleiman. Und der weiß als vormaliger Geheimdienst-Chef und Folterer (auch für den CIA), wie man's angeht, nämlich Zeit gewinnen und die Gegner zermürben. Denn die sitzen mit ihrer kategorischen, doch nun eher belanglosen Forderung nach Mubaraks Rücktritt in der Falle. Kosmetische Änderungen in Regierung und Mehrheitspartei sowie das ägyptische Zeitgefühl tragen mit dazu bei, dass Leute bereits sagen, auf die paar Monate bis zum Ende von Mubaraks Amtszeit komme es doch gar nicht an.

Auch Versorgungsprobleme und Preiserhöhungen kann man den Demonstranten anhängen. Und jede Menge an Gerüchten ausstreuen – auch über das Internet, weil es dann glaubhafter wirkt. Die Blogger-Szene, die sich wegen der Medien-Zensur in den letzten Jahren stark entwickelt und erheblich zur Meinungsbildung beigetragen hat, ist nach der kurzzeitigen Internet-Abschaltung nun wieder voll aktiv und liefert auch Beispiele von schwarzem Humor, etwa zur Frage, warum Präsident Mubarak nicht sofort zurücktritt: „Er darf nicht, weil Netanjahu noch nicht beschlossen hat, wen Obama als Nachfolger einsetzen muss.“

> Die Opposition eint nur der Feind

Da sich die Oppositionellen nur im Feindbild, nicht aber in Führung oder Ideologie einig sind, ist es leicht, sie gegeneinander auszuspielen. So hatte Suleiman am Sonntag Muslimbrüder und einige andere zu Gesprächen geladen, nicht aber Mohammed ElBaradei und Jugendvertreter. Und da sich Neuwahlen tatsächlich nicht kurzfristig abhalten lassen, wurde der „geordnete Übergangsprozess“ ersonnen. Damit hat Suleiman inzwischen die Chance, die Mehrheit der Ägypter einzunebeln und seine Macht zu festigen. Auf jeden Fall ermöglicht es diese Zauberformel westlichen Politikern von Obama abwärts, ihre vielbemühten „Werte“ mit deren praktischer Verunmöglichung in Einklang zu bringen. *R. G. Kerschhofer*

Schöner wohnen ohne Miete

Von THEO MAASS

Billig wohnen in Toplage? Oder gar keine Miete zahlen? Ein unrealistischer Traum: Im Fernsehen werden stattdessen arme Menschen vorgeführt, die vom Gerichtsvollzieher aus ihrer Wohnung entfernt werden, weil sie keine Miete bezahlen.

Aber es gibt Privilegierte: Hausbesetzer mit der „richtigen“ Gesinnung. Sie quartieren sich in fremdem Eigentum in der Innenstadt ein und deklarieren ihre Beute flink als „alternatives Wohnprojekt“. Dabei gerieren sie sich durchweg als revolutionäre Avantgarde der Armen. Arme wie Silvio K. aus Marzahn. Mag er die Besetzer? Klingt nicht so: Er lebt von Hartz VI und zeigt für diese „Penner“, wie er die Hausbesetzer verächtlich nennt, kein Verständnis. K. geht jeden Tag seinem Ein-Euro-Job nach und ist nicht „Berufsdemonstrant“ geworden, worauf er Wert legt. Kalu O. aus Mali fühlte sich in seiner Heimat politisch verfolgt. Sein Asylverfahren läuft. Er wohnt in einer Sammelunterkunft und bemüht sich darum, in Deutschland nicht mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen. Als Moslem sei er angewidert, wenn er die „nach Fäkalien stinkenden Hausbesetzer“ auf der Straße treffe, schimpft der Mann. Von einer Solidarisierung ärmerer Schichten in Berlin mit den Hausbesetzern ist weit und breit nichts zu sehen.

Auch in der Mittelschicht regt sich Unmut. Wozu zahlt man Steuern? Um Hausbesetzern ein miet- und sorgenfreies Leben zu finanzieren? Als das Haus in der Liebigstraße in Berlin-Friedrichshain geräumt wurde, beklagten sich die Bewohner, man hätte ihnen kein „Ersatzhaus“ zur Verfügung gestellt. Tatsächlich wurde ihnen in Weißensee ein Haus mit 20 Wohnungen aus dem Liegenschaftsfonds des Landes Berlin angeboten. Weißensee allerdings, so befanden die Hausbesetzer, sei ihnen nicht „zentral“ genug. Zehn Minuten mit der Straßenbahn sind unzumutbar? „Nehmt ihr uns die Häuser ab, machen wir die City platt!“, grölten die „Unterstützer“ auf einer Solidaritäts-Demo Tage zuvor.

Mittlerweile hat das alternative Milieu sogar ein Fremdwort für die Sanierung maroder Häuser: „Gentrifizierung“. Dies meint in Hausbesetzers Sprachgebrauch die Aufwertung der Häuser durch „Edelsanierung“, welcher meist höhere Mieten folgen. Sinnigerweise ziehen in solche Häuser häufig wieder Wähler der Grünen ein. Das sind die Zeitgenossen der ersten Hausbesetzer – fertig studiert und zu Geld gekommen genießen sie die schmuck sanierten Altbauten, sympathisieren gleichzeitig aber mit Hausbesetzern und wenden sich selbstverständlich entschieden gegen „Gentrifizierung“.

»Bis der Schädel bricht«

Linke Gewalt eskaliert: Grüner Bürgermeister sympathisiert dennoch mit Hausbesetzern



Steine, Flaschen und Knallkörper gegen Beamte: „Solidaritäts-Demo“ mit den Hausbesetzern der Berliner Liebigstraße

Bild: M. Gottschalk/dapd

Die Räumung des besetzten Hauses in der Berliner Liebigstraße zeigte die ungebrochene Brutalität der linksextremen Szene. Dennoch solidarisierte sich der grüne Bezirksbürgermeister mit den Besetzern.

Früh ahnten die Berliner, dass der 2. Februar 2011 kein Tag wie jeder andere würde. Schon am späten Sonnabend war die Gegend um die Liebigstraße für Autofahrer fast unpassierbar. Grund: Erste „Solidaritäts“-Demonstrationen. Die gewaltbereite Autonome Szene hatte europaweit mobilgemacht. Aus Tschechien, Polen und sogar der Ukraine waren Gesinnungsgenossen angereist. Auch politische Unterstützung war präsent. Franz Schulz (Grüne), Bezirksbürgermeister von Kreuzberg-Friedrichshain: „Ich bedaure diese Eskalation.“ Damit meinte er nicht die illegale Besetzung, sondern die Räumung. Das Haus genieße eine immense Bedeutung in der linksalternativen Szene. Diese und andere Äußerungen trugen Schulz die Rücktrittsforderung des Kreuzberger CDU-Abgeordneten Kurt Wansner ein.

Am Tag vor der Räumung hatte das zuständige Amtsgericht einen Eilantrag gegen die Maßnahme zurückgewiesen. Dennoch beschwerte sich der Rechtsanwalt des Vereins „Liebigstraße 14 e.V.“, Max Althoff, in der linksextremen Zeitung „Junge Welt“, die geplante Räumung sei illegal. Grünen-Bundestagsabgeordneter Hans-Christian Ströbele bezeichnete die Räumung als „pervers“. Wansner wies Ströbele eine Mitverantwortung für das Geschehen zu. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Robbin Juhnke, kritisierte gegenüber der *PAZ*, dass generell Hausbesetzungen zu lange geduldet würden. Die Polizei müsse nun abermals für das Versagen der Politik einstehen

Am Mittwoch um 8 Uhr begann die Räumung. Insgesamt 2500 Polizeibeamte waren auch aus dem übrigen Bundesgebiet zusammengezogen worden. Schon in den frühen Morgenstunden hatte sich die neue Strategie der Autonomen bemerkbar gemacht, möglichst weite Teile des Stadtgebietes in ihre „Aktionen“ einzubeziehen. Randalierer bewarfen ein Gebäude der Bundespolizei in Pankow mit Steinen und Farbe, Autos gingen in Flammen auf. In den Stadtteilen Tiergarten und Charlottenburg kappten die Täter Kabelzuleitungen zu Ampelanlagen, in Reinickendorf zerschlugen sie sämtliche Fensterscheiben einer Sparkassenfiliale, in Pankow wurden Kontoauszugsdrucker und Geldautomaten zerstört.

Ab 4 Uhr hatte die Polizei das Quartier und die Dächer der umliegenden Häuser besetzt. Autofahrer und Passanten, die zur Arbeit eilten, wurden von linken Demonstranten belästigt und zu erzwungenen Solidaritätsbekundungen genötigt. Auch Geschäftsleute, die sich in Gegenwart sympathisierender Journalisten oder Autonomer „solidarisch“ erklärten, bekundeten hinter vorgehaltener Hand Angst vor einer Verwüstung ihrer Geschäftsräume.

Die Räumung selbst erwies sich als mühselig und gefährlich. Barrikaden, Dreck, Sperrmüll, Schutt, Eisenstangen, Stacheldraht, im Dachgeschoss fünf Badewannen mit einer roten Flüssigkeit, aus der Drähte herausragten, aus den Wänden herausgerissene Elektrokabel, die Wasserleitungen zerstört, Falltüren und verklebte Treppen mit abgesägten Geländern machten das Vorgehen der Polizei lebensgefährlich. Das Wasser war überall aufgedreht und lief die Treppen herab. Im dritten Stock hatten sich die letzten Besetzer verbarrikadiert und griffen sofort mit Feuerlöschern und Reizgas an, als sie die Polizisten sahen. An der Wand prangte die Parole: „Tritt den Bullen ins Gesicht, bis der Schädel bricht.“

> CDU: »Polizei muss für politisches Versagen einstehen«

Das Haus war schließlich leer, aber von Ruhe keine Spur. Kleine Gruppen rotteten sich zusammen und verschwanden wieder, wenn die Polizei sichtbar wurde. Schaufenster gingen zu Bruch. Mittags wurde es ruhiger, Kenner der Szene glauben zu wissen, warum: Man schlief sich für die kommende Nacht aus.

Die Dunkelheit brach an und schon ging es weiter. Wie schon in der vorangegangenen Nacht dominierten „dezentrale Aktionen“: Da wurde eine Mülltonne entleert, ein Supermarkt „entglast“, eine Kreuzung blockiert, eine Straßenbahn angehalten, eine Bankfiliale mit Steinen beworfen. Es flogen Farbbeutel an eine Fassade, an der Ecke Revaler/Warschauer Straße rissen die Linksextremisten Steine aus dem Gleisbett der Straßenbahn. Die große Ausfallstraße Frankfurter Allee war stundenlang gesperrt. Die Hauptakteure kamen am Szenesymbol Boxhagener Platz zusammen. 500, dann 1500, vorneweg der „schwarze Block“, wollten zum S-Bahnhof Frankfurter Allee vordringen. Steine, Flaschen und Knallkörper gingen auf Polizisten nieder. An der Warschauer Straße schließlich hatten die Beamten Wasserwerfer postiert. Daraufhin löste sich der Zug auf. Die ganze Nacht aber gingen die „dezentralen Aktionen“ weiter. Selbst im kilometerweit entfernten, bürgerlich geprägten Steglitz wurde ein großes Warenhaus „entglast“, wie eine linke Zeitung jubelnd zu vermelden wusste. Robbin Juhnke sprach von einer unerträglichen Zumutung für das Gemeinwesen. Er verband dies mit der Forderung nach einem künftig konsequenteren Vorgehen des Staates.

„Das ist kein guter Tag, wir werden ein wichtiges alternatives Projekt verlieren“, bedauerte hingegen der grüne Bürgermeister Schulz am Morgen vor der Räumung. Für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Grünen nach der Berlin-Wahl im September wird Schulz als möglicher Bausenator gehandelt. *Hans Lody*

Roter Energie-Wirrwarr

Linkspartei in Brandenburg streitet heftig über Braunkohle

Offiziell hat sich die Linkspartei von der Braunkohle und dem Tagebau verabschiedet. Im Hamburger Wahlkampf fordert sie kategorisch den „Umstieg auf erneuerbare Energien“. Auch in Brandenburg, wo Braunkohle rund zwei Drittel des Stroms liefert, positionierte sich die Partei schon 2009 in einem Volksbegehren eindeutig: „Keine neuen Tagebaue“.

Doch in der rot-roten Koalition von Potsdam folgte der Schwenk: Der Koalitionsvertrag hält an der Verstromung von Braunkohle fest. Diesen offiziellen Kurs vertritt nun ausgerechnet Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke). Er erntet dafür massive Kritik aus den eigenen Reihen. Christoffers will umstrittene Kohlendioxid-Endlager zur „klimafreundlichen“ Verstromung der Kohle einrichten und so dem Energieträger aus der Lausitz langfristig eine Zukunft sichern. Der Minister treibe die Endlager zu sehr voran, werfen ihm nun seine Genossen vor. Christoffers wehrt sich, sein Einsatz gelte nur der nötigen „Rechtssicherheit“ für die Betreiber der Endlager.

Dennoch geht seine Partei auf Distanz. Linke-Landeschef Thomas Nord und Fraktionschefin Kerstin Kaiser sahen sich bereits zu einer öffentlichen Erklärung genötigt: Die Entscheidung Christoffers' sei „problematisch“, sagen sie. Der märkischen Linke kommt der offenkundige Konflikt ganz und gar ungelegen: Christoffers' Entscheidung für Endlager sei eine „unnötige Zuspitzung“, schimpft Kaiser. Einzelne Ortsverbände der Partei fordern gar den Rücktritt des erst seit November amtierenden Ministers. Dort wirft man ihm „Wahlbetrug“ vor.

> Den eigenen Wirtschaftsminister im Visier

Der Linke-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic bezeichnete Christoffers schon Ende 2010 öffentlich als „Fehlbesetzung“. Der Ärger der Genossen erklärt sich nicht nur aus der Anerkennung, die ihr Minister bei der Wirtschaft genießt. Dessen Eintreten für die Kohle und den potenziellen Investor Vattenfall kommt der Linken angesichts eines leckgeschlagenen kanadischen Endlagers alles andere als gelegen. „Die Bevölkerung ist verunsichert. Und wir marschieren den formalen Weg durch, das ist unnötig“, mahnt Kaiser. Sie hofft, dass der Investor aufgibt und so die linksparteilichen Widersprüche schlicht nicht mehr ins Gewicht fallen. Vor allem aber sehen Thomas Nord wie Kerstin Kaiser ihr strategisches Projekt, den Grünen mit einem „Grünen Kabinett“ Wähler abzuwerben, gefährdet. *SV*

Goldrausch in der Lausitz

Geschätzte 15 Tonnen des Edelmetalls bei Kupfersuche entdeckt

Eine der strukturschwächsten Regionen Deutschlands steht vor goldenen Zeiten. Im Gebiet Spremberg–Graustein–Schleife in der Lausitz war der Bergbaukonzern Minera eigentlich auf der Suche nach Kupfer. Ganz nebenbei fanden die Minera-Sucher auch die größte Goldader in Deutschland, die laut Schätzung 15 Tonnen Gold enthält.

Seit 2008 hat man in dem Gebiet nahe der Grenze zu Sachsen Bohrungen auf der Suche nach Kupfererz durchgeführt. Als die Erkunder bis in Tiefen von mehr als 1000 Meter vorgedrungen waren, stießen sie auf das Gold – daneben enthält der verfestigte Tonschlamm auch Blei, Zink, Platin, Silber und den ursprünglich gesuchten Kupferschiefer.

Der Preis für das Industriemetall Kupfer erklimmt schon seit einiger Zeit ein Preishoch nach dem anderen. Im Laufe dieses Jahres wird mit dem Erreichen der Marke von 12 000 Dollar pro Tonne gerechnet, bei einem geschätzten globalen Jahresverbrauch von 21 Millionen Tonnen. Die Kupferschiefer Lausitz GmbH, Tochterfirma des Konzerns Minera, will mit dem Abbau im Jahr 2017 beginnen. Die Förderung unter Tage soll für mindestens 40 Jahre 800 Bergleuten einen Arbeitsplatz bieten, über Tage wird nochmals die gleiche Anzahl an Arbeitskräften benötigt. Die Arbeitslosigkeit liegt in der Region immerhin bei mehr als zwölf Prozent. Allerdings muss Fachpersonal zunächst ausgebildet werden, da es Spezialisten für den Untertagebau in Deutschland kaum noch gibt. In Mitteldeutschland wurde der Kupferbergbau in den 80er Jahren eingestellt.

> 1600 Arbeitsplätze für 40 Jahre können entstehen

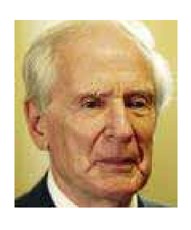
Brandenburg würde nicht allein von den neuen Arbeitsplätzen profitieren. Es kann eine Förderabgabe erheben, die bei zehn Prozent der erzielten Metallpreise liegt. Aus den geschätzten 200 Millionen Tonnen Kupferschiefer lassen sich über 2,7 Millionen Tonnen Kupfer gewinnen. Der Gesamtwert wird zurzeit, inklusive der Goldvorkommen, auf acht bis neun Milliarden Euro geschätzt.

Dass hier Kupferschiefer liegt, war bereits seit den 80er Jahren bekannt. Die Erkundung wurde allerdings abgebrochen, da der damalige Kupferpreis nur bei 2000 Dollar pro Tonne lag. Die steigenden Rohstoffpreise führen mittlerweile weltweit dazu, dass alte Suchergebnisse wieder zur Hand genommen werden. Langfristig wird das auch für andere Vorkommen in Deutschland, wie etwa Erdgas aus Schiefergestein, gelten. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Daniel Cohn-Bendit – Der spätere Grüne (ab 1984) macht sich zuerst in Frankreich einen Namen an der Spitze der Studentenprosteste von 1968. Der „rote Dany“ fordert, die Trikolore durch die rote Fahne zu ersetzen. Nach seiner Ausweisung ging er nach Frankfurt/M. und wirkte bei der Besetzung des Hauses Bockenheimer Landstraße 111 mit, das bald von 111 roten Fahnen geschmückt war. Das Haus gehörte dem Immobilienmakler und späteren Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. Dieses baldige Zentrum der Besetzer-Szene wird 1974 geräumt – die Besetzer werfen Plastersteine und Brandsätze. *SV*



Klaus von Dohnanyi – Der heute 82-Jährige regierte Hamburg in der Hochphase der dortigen Hausbesetzungen. „Die Hafenstraße war ein Jahrzehnt lang eine Wunde der Stadt“, sagt er im Rückblick zu dem in den 80er und 90er Jahren stark umkämpften Gelände. Trotz Abmachungen mit den Besetzern kam es dort wiederholt zu Ausschreitungen. Dohnanyi setzte sich 1987 in der damaligen SPD-FDP-Koalition mit einem Ultimatum an die Besetzer für einen friedliche Lösung ein. Die Barrikaden verschwanden, doch die „Auseinandersetzung hätte sogar Leben kosten können“, sagt er später. *SV*

Helios Mendiburu – Der Ex-Kommunist trat in der Zeit des Zusammenbruchs der DDR der Ost-SPD bei. Als Bezirksbürgermeister von Berlin-Friedrichshain verhandelte er 1990 mit den Besetzern der Mainzer Straße. Die jugendlichen Besetzer versprachen Mendiburu den Auszug, hinterließen jedoch zertrümmerte Waschbecken und beschmierte Wände – der Politiker war „entsetzt“. Es folgten tagelange Straßenschlachten und der bis dahin größte Berliner Polizeieinsatz. *SV*



Dieter Glietsch – Er ist seit 2002 Polizeipräsident von Berlin (63) und steht hinter der Räumung der Berliner Liebigstraße: „Dass die Drohungen ernst gemeint waren, hat sich nicht erst am Sonnabend, den 29. Januar gezeigt, als die Auseinandersetzung mit der Polizei offenkundig gesucht und Polizeikräfte gezielt und massiv angegriffen wurden. Die Folge waren 40 verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte“, so die Bilanz des gebürtigen Nordrhein-Westfalen. *SV*

Vom Besetzer zum Besitzer

Linksautonome diktieren Nutzung von Häusern – Allgemeinheit trägt die Kosten

Wer heute fremde Häuser im Kampf gegen „Entmietung“, Spekulanten oder bauliche Großprojekte vereinnahmt, kann mit breiter Sympathie rechnen. Doch was aus den besetzten Häusern der Vergangenheit und ihren Besetzern wurde, ist meist unbekannt.

„Die Besetzer sind heute Anwälte und Ärzte“, entlarvte mal ein Hamburger Hochschulprofessor kleinlaut die Revoluzzer-Freunde von einst. Die szenetypisch kritisierte Teuerung in Wohnvierteln durch Besserverdiener ist nicht nur Vorwand rechtswidriger Hausbesetzungen. Die Verteuerung ist bizarrerweise nicht selten gerade die späte Folge der Besetzungen. Besetzer mutieren zu Besitzern. Was aus ihren Aktionen wird, hängt von den Reaktionen der Bürger, Besitzer und Behörden ab.

Bevorzugte Adresse der Besetzer ist bis heute Berlin. 1981 anwortete der West-Berliner Senat noch mit Räumungen der gut 160 betroffenen Objekte durch die Polizei und verhinderte so Neubesetzungen. Doch zwei Jahre später änderten die Stadtväter ihre Pläne. Intakte besetzte Wohnblocks blieben, statt wegsaniert zu werden, viele Besetzungen wurden legalisiert. Andere hielten aus eigenem Wunsch am illegalen Status fest – angeblich um „politischer Ziele“ willen. Ein Kampfargument der Szene bildet seither die „Kultur“: 1990 besetzten Jugendliche die zerfallende Mietskaserne Köpenicker Straße 137 in Berlin Mitte. Kommunale Wohnungsverwaltung und Polizei gingen nicht dagegen vor. Stattdessen wurden die Besetzer im Jahr darauf legalisiert. Der eigentliche Besitzer muss eine Neunutzung aufgeben. Die Gesellschaft für Stadtentwicklung schloss 1993 Mietverträge mit den Besetzern. Seit 2008 gelten diese über 30 Jahre – ein Traum für legale Mieter.

74-jähriger Ex-Besetzer lebt weiter im Studentenheim

Auch in kleineren Städten verspricht „Instandbesetzung“, so der Szenejargon, Erfolg. Im studentisch geprägten Tübingen brannte 1972 der Jugendtreff Karlstraße. Jugendliche besetzten das Haus, forderten von der Stadt die Klärung der Brandursache und einen neuen Treff. Die Musikgruppe „Ton Steine Scherben“ tourte gerade durch die Stadt. Sie lieferte mit „Macht kaputt was Euch kaputt macht“ die Musik der Szene. Die Band besetzte 1971 ein Wohnheim des Berliner Bethanienkrankenhauses. Auch in Tübingen sind die so inspirierten Jugendlichen erfolgreich. Die Karlstraße 13 ist bis heute ein Jugendzentrum mit eigenem Trägerverein. In Tübingen wählten Besetzer 1977 ein Polizeihauptquartier nach einem Jahr Leerstand aus und erklärten es zum „selbstverwalteten Wohnprojekt“. Das, obwohl die geforderte Nutzung als Studentenwohnheim ohnehin geplant war. Nur wollte sich die Stadt nicht diktieren lassen, das Haus einem linken Verein zu übergeben. Heute haben Verein und Studentenwerk fusioniert. Ein Besetzer von damals wohnt sogar noch dort: als 74-Jähriger im Studentenheim unter der Verwaltung, die er bekämpfte.

So entstehen Besitzstände, die in legalen Mietverträgen unerreichbar sind. Für die Kostendifferenz kommt die Allgemeinheit auf: Ende der 70er Jahre besetzten Studenten ermutigt von bisherigen Erfolgen weitere Tübinger Häuser. Kurz darauf übernahm das Studentenwerk deren Verwaltung und duldete auf Druck der Neubewohner auch Nichtstudenten. Der faktischen Legalisierung folgte die Dauernutzung, bis vor gut zehn Jahren die einstigen Kasernen versteigert werden sollten. Die Alt-Besetzer ertrotzten jedoch, die Wohnungen zum Festpreis kaufen zu können. Inzwischen preisen sie ihr „Projektwohnen“ als Beitrag zur „Bürgergesellschaft“. Ein Bewohner: „Hier ist die gemeinsame Idee das Wichtigste, der Rest ist Fleißarbeit.“ Ein Beispiel, das Schule macht. In Freiburg im Breisgau weitet sich gerade eine innerstädtische Besetzung aus. Hintergrund: Streit um Baugenehmigungen und schleppende Kaufverhandlungen ermutigen Besetzer und machen Besitzer verwundbar, erst recht, wenn sie zögern, gegen die Einnahme von „Plätze-Häuser-Alles“ vorzugehen – so das Motto der Eingedrungenen. Mit Protest gegen Immobiliengeschäfte werden die dort erfolgreich – Strom gibt es vom Nachbarn. *Sverre Gutschmidt*



Der Eingang zur „Köpi“ in der Köpenicker Strasse 137 in Berlin: Das Gebäude wird als autonomes Wohnprojekt und Kulturzentrum genutzt.

Bild: K. Graf/dapd

Die Besetzung von Stollwerk in Köln

Macht Stollwerk zum Bollwerk“, fordern Kölner Hausbesetzer im Mai 1980. Sie nehmen das ausrangierte Fabrikgelände ein. Rund 500 Punker, Junkies, Obdachlose und Linke bleiben 47 Tage. Während sie eine „Volksküche“ einrichten und die noch kaum bekannte Rockgruppe „BAP“ spielt, plant die Stadt günstige Wohnungen für das sanierungsbedürftige Viertel und will Teile der Fabrik abreißen. Doch die Besetzer wollen den Kompletterhalt erzwingen. „Stollwerk: 500 Wohnungen frei! Einziehen! Selbst ausbauen! Drin bleiben!“, fordert die linke Zeitung „Schauplatz“.

Die Besetzung startet als Volksfest. Weil in der ungesicherten Baustelle ein Kind zu Tode stürzt, sieht sich die Stadt

»Volksküche« und Vergewaltigungen

jedoch zum Eingreifen gezwungen. Sie will den eigenmächtigen Umbau stoppen. Die Besetzer wollen das verhindern. Bagger und Abrissbirne bleiben angesichts der Menschen auf dem Gelände untätig. Doch die Lage im Komplex eskaliert bald: Journalisten berichten von Vergewaltigung und aufgeschlitzten Hunden im Keller. Bald sind die Idealisten der ersten Stunde in der Minderzahl und auch ein Alkoholverbot, das sie ausrufen, bleibt wirkungslos. Kölns Öffentlichkeit verliert das Interesse, die Sympathie schwindet in dem Maß, in dem der rechtsfreie Raum Gestalt annimmt.

Im Juli 1980 sind noch gut 100 Jugendliche vor Ort – die anderen haben das Areal aus Angst vor der grassierenden Gewalt verlassen. Dennoch lässt sich die Stadt auf die Abzugsforderungen der letzten Besetzer ein: Weiterbau der „Musterwohnungen“, Gründung eines „Kulturzentrums“, Zurücknahme der Strafanzeigen und anderweitige Unterbringung der Besetzer. Die letzten ziehen ab. *SV*

Keimzelle der Linken

Hausbesetzungen begannen 1970 in Frankfurt am Main

Studenten, Gastarbeiter und Obdachlose gehen im September 1970 in der Eppsteiner Straße 47 in Frankfurt mit der ersten Hausbesetzung in die Geschichte der Bundesrepublik ein. Im Oktober folgt die zweite.

Die SPD-regierte Bankenkapitale benötigt dringend neue Geschäftsräume. Die Stadt plant in den 60er Jahren, die Hauptverkehrsachsen durchs innenstadtnahe Westend intensiv neu zu bebauen. Grundstückspreise steigen, Spekulation setzt ein.

Die Verdrängung alteingesessener Mieter und der anschließende Abriss manch intakter Häuser rufen wachsenden Protest hervor. Bezahlbare Wohnungen bleiben derweil gefragt. Viele Bauten stehen bald dauerhaft leer – bis zu 30 gleichzeitig. Studenten besetzen die dem Verfall preisgegebenen Häuser: „Wir fordern von der Uni Wohnraum!“ Anwohner und Studenten werfen den Besitzern vor, das Viertel gezielt zum Abrissquartier verkommen zu lassen und Druck auf Mieter auszuüben, um ganze Straßenzüge für Bürohochhäuser einzuebnen. Der „Frankfurter Häuserkampf“ und „Mietstreiks“ brechen aus.

Ein gewaltbereiter Teil der aufkeimenden linken Szene springt auf den Protestzug auf. Eine Räumung im Herbst 1971 endet in einer Straßenschlacht. Militanter Flügel der Besetzer ist die „Putztruppe“, in welcher der spätere Außenminister Josef „Joschka“ Fischer (Grüne) eine zentrale Rolle

Ex-Grünen-Chef Joschka Fischer spielte zentralle Rolle

spielt. Gewalt gegen Polizisten und Hass gegen gerade ihr Grundeigentumsrecht erstreitende jüdische Alteigentümer sind die dunklen Seiten der Häuserkämpfe.

Der Aufruhr erreicht seinen Höhepunkt erst, als friedliche bürgerliche Protestbewegungen die Zweckentfremdung von Wohnraum längst gebremst haben, der eigentliche Grund für das Aufbegehren also schwindet. Die Stadt lenkt mit einer Doppelstrategie ein: keine Duldung weiterer Besetzungen (Räumung), zugleich Vorgehen gegen Spekulanten. Doch die Gewalt geht bis Mitte der 70er Jahre weiter. Radikale feuern sie an.

Die Frankfurter Szene bildet eine Keimzelle der extremen Linken. Aus ihr rekrutiert die terroristische RAF Anhänger. Andrea Wolf, Aktivistin aus dem Umfeld der RAF, organisiert noch in den 80er Jahren Hausbesetzungen. Die RAF sucht kurz vorm eigenen Ende in den 90ern wieder Anschluss an die Hausbesetzerszene. Doch die Zeit gemeinsamer Feindbilder ist vorbei. Das Westend ist längst mit dem Bankenviertel verschmolzen.

Die dortige Besetzer-Bilanz ist Vorbild heutiger Aktionen. Die einstigen Besetzer jedoch sind heute Besitzer, wenn nicht der Häuser, so zumindest steiler Karrieren. Viele sitzen an der Spitze regionaler Institutionen: Ein Theaterleiter, ein Umweltdezernent und ein Stadtkämmerer sind darunter. Doch die Besetzungen gehen weiter: 2008 traf es ein Jugendzentrum, aktuell dient die Stadt dessen Besetzern ein ausrangiertes Gefängnis an, getreu deren Motto. Frankfurt plant nicht, dafür Miete zu verlangen – „höchstens symbolisch“. *SV*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1673**

Qualifizierte Lohndrücker gesucht?

Die Wirtschaft fordert Fachkräfte aus dem Ausland, doch offenbar spielt deren Herkunft eine wichtige Rolle

Wirtschaft und Politik betonen immer wieder, dass Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung und der guten Konjunktur Fachkräfte aus dem Ausland brauche. Doch merkwürdigerweise blicken sie dabei immer in die Ferne, statt direkt in die europäischen Nachbarländer zu schauen.

„Kommen Sie nach Deutschland“, so die in Deutsch geschriebene Überschrift eines Artikels in der größten spanischen Tageszeitung „El País“. Und nicht nur sie beschäftigte sich Anfang dieses Monats mit der möglichen Auswanderung von spanischen Hochschulabsolventen nach Deutschland. Anlass war keineswegs nur der Spanienbesuch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, sondern auch eine Meldung, die Mitte Januar im „Spiegel“ erschienen war, hatte die Aufmerksamkeit der „El País“-Redaktion und wenige Tage später zahlreicher anderer spanischer Medien erlangt: „Fachkräftemangel: Union will junge Europäer anwerben“, hatte das Hamburger Nachrichtenmagazin vermeldet. „Es gibt im Süden und Osten Europas viele arbeitslose Jugendliche, die dringend einen Job suchen“, wurde darin der Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs zitiert. „Es ist besser, Arbeitskräfte aus Europa zu holen, als erneut das Zuwanderungsgesetz für Migranten aus anderen Weltregionen zu ändern“, setzte der CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger nach.

Diese Äußerungen fanden in Spanien sofort Gehör. Bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 42,8 Prozent hat man dort ein drängendes Problem. Viele der jungen Leute sind sogar gut ausgebildet, haben einen Studienabschluss in der Tasche, doch es gibt keine Jobs. Aber Berufspraxis ist dringend notwendig. Da wäre ein Job, zumindest auf Zeit, in Deutschland durchaus interessant. Zwar gibt es die bekannten Sprachprobleme, aber die wären zu bewältigen und so lieferten spanische Medien Reportagen über Spanier, die in Deutschland ihr Glück versucht haben.

Zwar warnen Kritiker vor einem Verlust der Qualifizierten, sollte es zu Massenauswanderungen wie in den 60er Jahren nach Deutschland kommen, doch grundsätzlich werden die Möglichkeiten, die Deutschland den Spaniern bieten könnte, positiv gesehen.

Merkwürdigerweise ist die Resonanz in Deutschland auf die in Spanien lebhaft geführte Debatte gleich Null. Dabei würde dies doch eine schnelle und durchaus attraktive Lösung des von der Wirtschaft seit geraumer Zeit beklagten Facharbeitermangels darstellen. Laut „El País“ soll es bereits Gespräche zwischen den beiden Arbeitsministerien geben, doch beim deutschen Arbeitministerium weiß man von nichts. Bereits als die *PAZ* im Dezember 2010 aus eigenem Antrieb anfragte, warum, so es denn den von der Wirtschaft beklagten Fachkräftemangel gäbe, Politik und Wirtschaft nicht in den europäischen Nachbarländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit Fachkräfte anwerben würden, hieß es nur, sie könnten doch wegen der EU-Freizügigkeit jederzeit kommen, wenn sie wollten. Und auf den Hinweis, dass das vielleicht nicht jedem bewusst sei und dass Politik und Wirtschaft die Anwerbung durch Werbemaßnahmen und Sprachkurse des Goethe-Instituts direkt an den Universitäten flankieren könnten, hieß es nur, wer solle das bezahlen.



Interessierter Blick nach Deutschland: Spanien hat zwar seine Vorzüge, doch bei einer Jugendarbeitslosigkeit von derzeit 42,8 Prozent bietet das Land vielen keine Zukunft. Bild: laif

Erst alle eigenen Potenziale nutzen

Da stellt sich nicht nur dem CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger die Frage, ob die Klage über den Fachkräftemangel der deutschen Wirtschaft denn wirklich so ernst gemeint sei, wie immer behauptet. Denn wenn sie ein ernsthaftes Interesse an Fachkräften hätte, dann wäre sie doch alles bereit, alles dafür zu tun, um diese Leute anzuwerben. „Ich habe nicht den Eindruck, dass die Wirtschaft wirklich so erpicht darauf ist“, so der seit 1994 im Bundestag sitzende Politiker. Er ist überzeugt, dass es mindestens eine Million Bewerber unter den etwas über drei Millionen Arbeitslosen gibt, die ohne weitere Qualifikation auf offene Stellen passen würden.

Doch von Seiten der Wirtschaft und auch des Wirtschaftsministeriums wird immer wieder betont, dass sich in Deutschland Fachkräften aus dem ferneren Ausland öffnen solle. Aber mit Gastarbeitern aus Ländern außerhalb Europas hat man in Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht. Noch heute ist man trotz intensiver, kostenträchtiger Bemühungen weit davon entfernt, Immigranten aus der Türkei oder anderen muslimischen Ländern auch nur annähernd in die deutsche Gesellschaft integriert zu haben, wie die aktuelle Debatte um die Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazins bewiesen hat.

Doch das schöne Sprichwort „Warum in die Ferne schweifen, wenn die Lösung liegt so nah“ gilt nicht nur für die Widersprüchlichkeiten bei der Anwerbung der angeblich benötigten Fachkräfte, es gilt auch für deren Auflösung. Ein Blick in die Gehaltstabellen zeigt nämlich: Ein deutscher Maschinenbauingenieur verdient als Berufseinsteiger etwa 50 000 Euro brutto, sein spanischer Kollege freut sich bereits über 30 000 Euro. Trotzdem ist anzunehmen, dass sich sein aus Marokko extra angeworbener Berufsgenosse schon bei weit weniger glücklich schätzen würde.

In Spanien weiß man jedoch nicht, dass die Begeisterung auf deutscher Seite über spanische Fachkräfte bei Politik und Wirtschaft verhalten ist. Laut „El País“ steht die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Kontakt mit der spanischen Arbeitsverwaltung. Doch das konnte man bei der BA auf *PAZ*-Anfrage nicht bestätigen. Aber es gäbe ja das Eures-Netzwerk aller europäischen Arbeitsverwaltungen, wo offene Stellen gemeldet würden. Allerdings konzentriert sich die BA derzeit auch zu Recht auf eine andere Region in Europa: Im Mai fallen die Beschränkungen für Arbeitnehmer aus Osteuropa. Bevor man nicht weiß, welche Auswirkungen diese neue EU-Freizügigkeit auf den deutschen Arbeitsmarkt hat, wird man sich in Nürnberg kaum um weitere Arbeitsmigranten bemühen. *Rebecca Bellano*



MELDUNGEN

Hartz IV für Asylbewerber

Berlin – Caritas, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, die Partei „Die Linke“ und die Grünen fordern die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und verlangen die Gleichstellung von Asylsuchenden mit Hartz-IV-Beziehern. Die jetzige Sozialhilfe für Asylbewerber in Form von Sachleistungen und Kleidung verletzte die Persönlichkeitsrechte der Asylbewerber. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hingegen betont, dass dieses Anliegen nicht finanzierbar sei. Schon jetzt sei Deutschland für Asylsuchende attraktiv. Bessere Leistungen würden den Andrang noch verstärken. *Bel*

Für Gauck nur zweite Wahl

Berlin – Ab Mitte März übernimmt Roland Jahn die Führung der Stasi-Behörde von Marianne Birthler. Doch seine mit großer Mehrheit im Bundestag erfolgte Wahl wird davon überschattet bleiben, dass er für seinen Vorvorgänger Joachim Gauck nur zweite Wahl war. Der in der Bevölkerung beliebte Bundespräsidentschaftskandidat gratulierte Jahn zwar Ende Januar zu seiner Wahl, doch Gauck hatte massiv für seinen füheren Behördensprecher David Gill geworben. Der ARD-Journalist und ehemalige DDR-Bürgerrechtler Jahn ist in Gaucks Augen zu sehr Mann des Untergrunds und zu wenig bürgerlich. Auch stört ihn, dass Jahn mittelfristig einen Anschluss der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv nicht ausschließt. Auch der Umstand, dass Jahn bei der Partei „Die Linke“ nicht auf die gleiche Ablehnung wie Gauck stößt, sorgte selbst in CDU-Kreisen für Irritationen, so sollten die Linken doch Angst vor den von Jahn noch zu erwartenden Enthüllungen haben. *Bel*

In den Ruin getrieben

Henkel: Politik mitschuldig an Bankenkrise

Dem früheren Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, verdanken wir die Kenntnis wichtiger Details zur Ursache der noch nicht ausgestandenen Banken- und Finanzkrise. Er hat monatelang recherchiert und das Ergebnis in seinem Buch „Die Abwracker“ niedergeschrieben. Peer Steinbrück, sozialdemokratischer Bundesfinanzminister in der schwarz-roten Koalition 2005 bis 2009, hat ebenfalls ein Buch im Herbst 2010 herausgebracht. Darin stellt er fest, dass die internationale Finanzwelt 2008 vor einem nicht mehr zu kontrollierenden Gau gestanden habe: „Die Welt stand vor einem Abgrund.“ Der SPD-Mann Steinbrück nimmt für sich in Anspruch, dazu beigetragen zu haben, die Finanzkrise so gut es ging zu bewältigen. Hier widerspricht Henkel in seinem Werk „Die Abwracker“. Wörtlich schreibt er: „Steinbrück und sein Finanzstaatssekretär haben den Landesbanken den Erwerb jener amerikanischen Schrottpapiere empfohlen und damit die Geldinstitute an den Abgrund geführt.“ In den Ruin gestoßen wäre eindeutiger formuliert.

Finanzministerium gab grünes Licht

Jörg Asmussen, Jahrgang 1966 und beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF), hat eine steile SPD-Parteikarriere vorzuweisen. Schon mit 37 Jahren war er Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung Finanzmarktpolitik im BMF. Auch saß er in etlichen Aufsichtsräten, so auch im Aufsichtsrat der Pleitebank IKB. „Aber vom aufziehenden Ungemach hat diese Finanzkoryphäe der SPD nichts gemerkt“, schreibt Henkel.

„Der Ministerialdirektor Asmussen im BMF teilte den Banken mit, dass für diese keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen, wenn sie in gängige ABS-Produkte mit gutem Rating investieren.“ Henkel ist der Ansicht, dass das BMF die Rahmenbedingungen für den deutschen Verbriefungsmarkt – das sind die Investitionen in Schrottpapiere – Stück für Stück der wachsenden Nachfrage angepasst habe, „um beim Milliardentransfer deutscher Steuergelder in die amerikanischen Tresore ja nicht im Wege zu stehen“. Asmussen wurde im Juli 2008 zum beamteten Staatssekretär im BMF befördert. Das ist er noch heute. *Wilhelm v. Gottberg*

»Mahnmal der Desintegration«

Zum Richtfest der Kölner Großmoschee melden sich auch die Kritiker zu Wort

Wer baut, der bleibt – mit so schlichten Worten tat Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters (SPD) seine Begeisterung über den zügig fortschreitenden Bau einer Großmoschee im Ortsteil Ehrenfeld kund. Letztlich wird der Prunkbau mit 50 Meter hohem Minarett von der Türkisch-Islamischen Union (Ditib), dem verlängerten Arm des „Amts für religiöse Angelegenheiten“ (Diyanet), das direkt dem türkischen Ministerpräsidenten unterstellt ist.

Nach Hessen will auch Niedersachsen die Burka verbieten

Roters sprach von „Ausgewogenheit im Laufe der Entscheidungsfindung“, „Zeichen von Normalität“ und „hoffnungsvollen Zeichen gelungener Integration“.

Anders als die geladenen Gäste des Richtfestes am vorvergangenen Mittwoch empfand eine kleine, aber durchaus stimmgewaltige Gruppe von Demonstranten die Worte des OB eher als Drohung. Die Vorsitzende der Ratsfraktion der Wählervereinigung „Pro Köln“, Judith Wolter, warnte, die Großmoschee werde eines Tages „das in Beton gegossene Mahnmal von Desintegration und Parallelgesellschaften“ sein.

Die am rechten Rand des Parteienspektrums angesiedelten Islamkritiker fanden prominente Unterstützung im entgegengesetzten Lager, etwa bei dem Schriftsteller Ralph Giordano, der sich in linken Kreisen ja auch schon mit seiner Unterstützung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, in Sachen Zentrum gegen Vertreibungen unbeliebt gemacht hatte. In klaren Worten fordert der linke Autor ein „Ende der deutschen Feigheit“; es müsse endlich Schluss gemacht werden mit der Scheu, den Islam und insbesondere den „inflationären Bau von Großmoscheen“ zu kritisieren. Die Repräsentanten des politischen Islam seien „professionelle Kreidefresser“. Scharf kritisierte Giordano in diesem Zusammenhang auch die „Political Correctness“, die „das niederträchtigste aller niederträchtigen Totschlagargumente“ sei.

Die Richtfestgäste ließen sich von solch harschen Worten kaum irritieren und schwelgten in höchsten Jubeltönen: Bezirksbürgermeisterm Josef Wirges ist „sehr glücklich“, Katholikenausschuss-Vorsitzende Hannelore Bartscherer sieht in dem Rohbau bereits eine „wirkliche Begegnungsstätte“, FDP-Fraktionschef Ralph Sterck schwankt zwischen „großartig“ und „wunderbar“, Grünen-



Protest: Die Partei Pro Köln demonstrierte beim Richtfest der Zentralmoschee. Bild: pa

Ratsherrin Brigitta von Bülow findet die Moschee einfach „toll“.

Lediglich Ex-Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) nutzte das Richtfest, um eine Sitzung des Moschee-Beirats anzumahnen; das interkonfessionelle Gremium, das eigentlich für Transparenz sorgen sollte, ist nämlich seit mehreren Monaten nicht mehr zusammengetreten. Verwundert wurde auch registriert, dass die Gastgeber entgegen der „Kleiderordnung“ ihren Generalkonsul noch vor dem amtierenden OB reden ließen – in türkischer Sprache! Dass der Polier nach dem Hochziehen des Richtkranzes „dem lieben Gott“ dankte, zu Ehren Allahs aber auf den traditionellen Korn verzichtete, kommentierte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ recht süffisant: „Schnaps in einem islamischen Zentrum – das wäre dann vielleicht doch ein bisschen zu viel an Integration.“

Entschieden zu wenig an Integration sieht hingegen Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) – zumindest, wenn öffentlich Bedienstete in Ganzkörperverschleierung zur Arbeit antreten. Nach Hessen will daher nun auch Niedersachsen die Burka im Öffentlichen Dienst verbieten. Unterstützt wird der Plan von Hannovers OB Stephan Weil (SPD). Und SPD-Innenexperte Sebastian Edathy (SPD), bislang nicht als glühender Verfechter christlich-konservativer Werte aufgefallen, kann sich sogar auf Bundesebene ein Verbot des Burkatragens in öffentlichen Amtsstuben vorstellen. (Siehe auch Kommentar auf Seite 8.) *H.J.M.*

MELDUNGEN

Medwedew lässt Urteil prüfen

Moskau – Russlands Präsident Dmitrij Medwedew ordnete unerwartet eine Expertenprüfung des umstrittenen Urteils gegen Ex-Oligarch Michail Chodorkowskij an. Obwohl das Gutachten zu dem international kritisierten Verfahren ein vom Kreml eingesetztes „Gremium für die Förderung der Menschenrechte“ erstellen soll, bewerten Journalisten und Mitarbeiter des Menschenrechtsrats die Tatsache, dass es überhaupt in Auftrag gegeben wurde, als „Wunder“. In Jekaterinburg hatte Medwedew sich mit Bürgerrechtlern getroffen, bei dem er das jüngste Urteil nicht kommentieren wollte, *MRK*

Paranoia gegen Islam befürchtet

London – Muslimische Verbände in Großbritannien reagierten mit heftiger Kritik auf die Absage des britischen Premiers David Cameron an die bis jetzt gelebte Form von Multikulti. Der islamische Wohltätigkeitsverein Ramadhan Foundation warf Cameron vor, „Hysterie und Paranoia über den Islam und Muslime“ zu schüren. Dieser hatte weniger passive Toleranz und mehr aktiveren, muskulöseren Liberalismus gegenüber Muslimen gefordert. Der Staat müsse kraftvoller für Werte wie Meinungsfreiheit, Demokratie und gleiche Bürgerrechte eintreten. „Unter der Doktrin des Multikulturalismus haben wir verschiedene Kulturen dazu ermutigt, unabhängig voneinander und von der Mehrheitsgesellschaft abgetrennte Leben zu führen“, bedauerte Cameron. Er wies aber auch darauf hin, dass nicht der Islam, sondern Ideologie und Extremismus das Problem seien. Trotzdem bemängelte der britische Muslimrat, dass die Muslime von Cameron noch immer als „Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung“ angesehen würden. *Bel*

Ausgeliefert unter deutscher Flagge

Piratenangriffe: Für deutsche Reeder ist die Mission »Atalanta« eine Lachnummer – Sie fordern mehr Schutz

Fünf Marineschiffe sollen ein Gebiet, das achtmal so groß ist wie Deutschland, überwachen. Dass das nicht effektiv ist, belegen die vielen erfolgreichen Angriffe auf Handelsschiffe durch afrikanische Piraten. Doch welche Alternativen gibt es?

In der öffentlichen Diskussion wird immer wieder der Eindruck vermittelt, bei den Piraten handele es sich um Opfer, um Menschen, denen gar nichts anderes übrig bleibe, als Schiffe zu überfallen, weil ausländische Fangschiffe sie illegal aus ihren Fanggründen vertrieben hätten. Tatsächlich haben sich die somalischen Fischer zunächst mit Waffengewalt gegen das Eindringen ausländischer Trawler gewehrt und von den Besatzungen eine Art Schutzgeld erpresst. Als Kompensation für entgangene eigene Fänge. Dabei hätten sie es bis heute möglicherweise belassen. Aber es gibt Hinweise darauf, dass sich Organisierte Kriminalität die Erfahrung der Fischer zunutze machte, um sie auf Handelsschiffe vor der Küste zu lenken. Dort nahmen sie Beatzungen als Geisel und verlangten Lösegeld. Die Forderungen stiegen von Überfall zu Überfall. Mittlerweile betragen sie mehrere Millionen Dollar. Die Organisationen im Hintergrund vermitteln die Verhandlungen, regeln die Geldübergabe und kassieren den Löwenanteil.

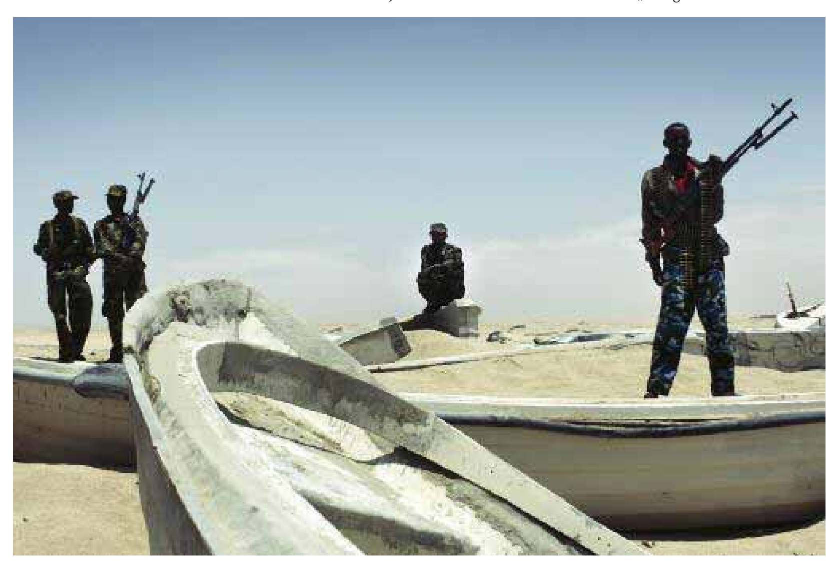
Die erste Reaktion von seefahrenden Staaten Europas, Asiens und der USA war die Entsendung von Marineschiffen. Dazu gehört die Mission „Atalanta“ der Europäischen Union, die seit Dezember 2009 vor der ostafrikanischen Küste im Einsatz ist und an der sich auch die Deutsche Marine beteiligt. Vielfach wird sie in der Öffentlichkeit als Antipiraterie-Mission bezeichnet, doch dies ist irreführend. Hauptaufgabe der Mission ist der Schutz von Schiffen mit Hilfslieferungen für ostafrikanische Staaten im Rahmen des Welternährungsprogrammes. Darüber hinaus sind sie ermächtigt, Schiffe gegen aktuelle Angriffe zu schützen. Eine aktive Bekämpfung von Piratenschlupfwinkeln ist durch das Mandat nicht gedeckt.

In jüngster Zeit haben viele Reedereien an Bord einen Schutzraum geschaffen, in den sich die Besatzung bei einem Angriff zurückziehen kann. So sind sie keine Geiseln und Marineeinheiten sind in der Lage, die Piraten gefangen zu nehmen.

Doch um erfolgreich zu sein, ist bei diesem Vorgehen Hilfe innerhalb weniger Stunden notwendig. Das zeigte der Überfall auf das deutsche Schiff „Beluga Nomination“ am 25. Januar. Als nach mehr als zwei Tagen noch immer kein militärischer Schutz eingetroffen war, schweißten die Piraten den Schutzraum auf und nahmen die Seeleute als Geiseln. Sie sind derzeit noch immer in der Gewalt der Piraten. Als Reaktion auf den militärischen Druck unmittelbar vor der afrikanischen Küste haben die Piraten ihr Aktionsgebiet bis weit in den Indischen Ozean ausgedehnt. Die „Beluga Nomination“ beispielsweise wurde 1500 Kilometer nördlich der Seychellen gekapert.

Das Dilemma der Piraterie aus deutscher Sicht stellt sich kompliziert dar. Für Piratenbekämpfung ist in Deutschland der Küstenschutz, also die Bundespolizei, zuständig. Deutsche Polizisten sind aber in der Gefahrenregion vor der somalischen Küste gar nicht präsent und hätten gar nicht die Ausrüstung, um entsprechende Aufgaben zu übernehmen. Und selbst die Marine gerät mit ihren Kräften an ihre Grenzen. Denn das betroffene Gebiet ist achtmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Da können fünf europäische Marineschiffe wenig ausrichten.

Das Dilemma aus deutscher Sicht wurde auch beim sogenannten Piratengipfel Ende Januar in Berlin deutlich. Teilnehmer waren rund zwei Dutzend Fachleute, wie der maritime Koordinator der Bundesregierung, Vertreter der Bundesregierung, der Reeder, der Gewerkschaften, der Marine und der Seemannsmission. Die Reeder hätten am liebsten bewaffnete Soldaten oder Bundespolizisten zu ihrem Schutz an Bord, doch das wurde abgelehnt. Der Personalaufwand bei 1700 jährlichen Passagen deutscher Schiffe im Golf von Aden sei zu hoch. Zivile Sicherheitskräfte dürfen die Reeder unter deutscher Flagge nicht anheuern, das staatliche Gewaltmonopol untersagt dies. Die Reeder drohten, dann müssten sie mehr Schiffe ausflaggen – also nicht mehr unter deutscher Flagge fahren. Doch Piraterieexperten sind skeptisch, ob bewaffneter Schutz eine Lösung ist. Bisher hatte jede stärkere Abwehrmaßnahme eine Aufrüstung von Seiten der Piraten zur Folge. Das könnte bedeuten, ein bewaffneter Kampf um Schiffe rückt in greifbare Nähe. *Eigel Wiese*



Arme Fischer? Die Piraten an der somalischen Küste sind bestens organisiert. Bild: laif

Ohne Schifffahrt keine Schuhe

Deutschland ist als rohstoffarmes, aber exportorientiertes Land auf einen funktionierenden Außenhandel angewiesen. Dabei ist der Transport von Rohstoffen und Industriegütern auf dem Seeweg von existenzieller Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. In der Liste der größten Importnationen rangiert Deutschland hinter den USA und China auf Platz 3. Mehr als die Hälfte aller hierzulande verkauften Schuhe beispielsweise wird in Asien gefertigt; bei elektronischen Geräten liegt der Anteil bei über 80 Prozent. Alle diese Waren werden auf dem Seeweg herangebracht, denn kein Transportmittel ist günstiger als das Schiff. Mehr als 20 Prozent des deutschen Außenhandelsvolumens in Höhe von fast einer Milliarde Tonnen werden im Seeverkehr abgewickelt. Jeder Konsument ist also vom Meer und sicheren Seeverkehrswegen abhängig. Die Flotte der deutschen Reeder umfasst etwa 3500 Schiffe, von denen allerdings nur knapp 600 unter deutscher Flagge fahren. *Jan Heitmann*

Ungleicher Tausch

Türkei will Moscheen in Georgien bauen

Wenn wir euch gestatten, orthodoxe Kirchen auf unserem Territorium zu restaurieren, dürfen wir dafür auf eurem Staatsgebiet Moscheen bauen. So lautet vereinfacht der Kompromiss, den Ankara und Tiflis nach langem Ringen um den Erhalt mittelalterlicher Kirchen und Klosteranlagen in der Türkei gefunden haben.

Schon lange macht Georgien sich Sorgen um Tao-Kladschetien, eine mittelalterliche georgische Klosteranlage, die im Ersten Weltkrieg an die Türkei fiel. Weil die Türken sich seitdem nicht um das Bauwerk gekümmert haben, ist ein Teil bereits unwiderbringlich zerstört. Georgische Bitten, doch für den Erhalt zu sorgen, stießen in Ankara auf taube Ohren. Erst nachdem Tiflis in Aussicht stellte, selbst die notwendigen Kosten tragen zu wollen, wenn denn die Türken endlich die Erlaubnis für Restaurierungsarbeiten geben würden, kam Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen. Der noch erhaltene Teil von Tao-Kladschetien darf wiederhergestellt werden. Vier weitere Kirchen stehen auf der Liste der Georgier: Oschki aus dem 10. Jahrhundert, Chandsta, Ischhani und Otchta. Ein Wermutstropfen bleibt allerdings: Ankara fordert als Gegenleistung, sich um Moscheen auf georgischem Territorium kümmern zu dürfen. In Ba tumi sollen eine neue Moschee und drei türkische Bäder entstehen, in Adscharien sollen Moscheen restauriert und in Samzche-Dschawachetien die islamische Präsenz ausgeweitet werden.

Da es in Adscharien viele Muslime gibt, ist verständlich, dass die Türkei hier ein Interesse hat, die bestehenden Moscheen zu erhalten. In Samzche-Dschawachetien dagegen wohnen überwiegend christliche Armenier. Das wirft die Frage auf, ob die Türkei mit dem Bau von Moscheen in einer Gegend, wo nur vereinzelt Muslime leben, erreichen will, dass die 1940 durch Stalin vertriebenen Türken-Meschetinzen rücksiedeln. Zwar hat Georgien die Verpflichtung übernommen, dies zuzulassen, doch kamen bislang nur wenige.

Orthodoxe und Apostolen uneinig

Neben dem getroffenen ungleichen Kompromiss mit der Türkei spitzt sich ein Streit zwischen der Georgisch-Orthodoxen und der Armenischen Apostolischen Kirche um die Zugehörigkeit der zu rettenden Bauwerke zu. Die Uneinigkeit der Christen dürfte den Türken sehr gelegen sein. *MRK*

Grenzen geraten in Bewegung

Referendum im Südsudan könnte auch für andere Regionen Afrikas Konsequenzen haben

Die Unabhängigkeit des Südsudans könnte einen Präzedenzfall schaffen für ganz Afrika und ... eine neue Welle der Unabhängigkeit auslösen, die die von der Konferenz von Berlin 1884/85 künstlich gezogenen Grenzen des kolonialen Afrikas wieder in Bewegung bringen könnte“, erklärte Pater Sean O'Leary, der Direktor des Denis Hurley Peace Institute (DHPI), der die Volksabstimmung im Südsudan im Rahmen einer ökumenischen Beobachtergruppe überwachte.

Wenn vor der Afrikahalle in Addis Abeba, dem Sitz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der Vorgängerin der Afrikanischen Union (AU), in der Vergangenheit eine neue Flagge aufgezogen wurde, dann symbolisierte das immer, dass ein weiterer Mitgliedsstaat von seiner Kolonialmacht unabhängig geworden war. Einer der Grundsätze, an dem die OAU um des kontinentalen Friedens willen strikt festhielt, war nämlich, dass die bestehenden, auf der Berliner Afrika-Konferenz gezogenen Grenzen aus der Kolonialzeit nicht verändert werden durften. Erst mit der Unabhängigkeit des von Äthiopien abgespaltenen Staates Eritrea 1993 wurde mit dem Prinzip der Unveränderbarkeit der kolonialen Grenzen in Afrika erstmals gebrochen.

Mit der durch das Referendum im Südsudan nun in Reichweite gerückten Unabhängigkeit dieses Landes könnte das Prinzip der Unveränderlichkeit der kolonialen Grenzen in Afrika endgültig obsolet werden. Separatistische Bestrebungen sind schon jetzt in einer Reihe von Staaten unübersehbar. Die meisten dieser Länder liegen im Bereich der Sahel-Zone am Südrand der Sahara-Wüste, wo die islamisch geprägten Völker Nordafrikas auf die einst von ihnen versklavten schwarzen Völker West- und Zentralafrikas treffen, die während der Kolonialepoche zum Teil christianisiert wurden.

Nur jeder dritte schwarzafrikanische Staat gilt als stabil

Nicht immer sind es allerdings nur schwarze, nichtmuslimische Völker, die wie im Südsudan sich von der Vorherrschaft islamischer oder islamistischer Regierungen befreien wollen. In den beiden schwarzafrikanischen Staaten Mali und Niger in Westafrika kämpfen die islamischen Nomadenstämme der Tuareg schon seit 1961 in drei Perioden einen Bürgerkrieg gegen die schwarzen aber ebenfalls islamischen Regierungen ihrer Länder. Das Berbervolk der Tuareg in Westafrika gehört wie die Mauren in Mauretanien zu den bereits seit dem Beginn des Islams islamisierten Völkern Nordafrikas, viele Jahrhunderte waren sie mit den Arabern verantwortlich für die Versklavung und Zwangsislamisierung unzähliger Schwarzafrikaner, die nach der Unabhängigkeit Malis und Nigers 1960 ihre Herren geworden sind. Gegen ihre ehemaligen Sklaven, deren Herrschaft sie bis heute ablehnen, führen sie einen jahrzehntelangen Wüstenkrieg, der zwischenzeitlich durch deutsche Vermittlung gelöst schien.

In zahlreichen Staaten Schwarzafrikas wie Togo, Tschad, Angola und der Zentralafrikanischen Republik brodelt es, es gibt akute oder latente Bürgerkriege vor allem noch in der Kongoregion mit ihren riesigen Rohstoffreserven. Auch die Elfenbeinküste ist nach Jahren des Bürgerkrieges und einem Waffenstillstand nach einem unklaren Wahlergebnis noch nicht befriedet. Nur etwa jeder dritte schwarzafrikanische Staat kann derzeit als mehr oder weniger politisch stabil eingeschätzt werden. Der Hauptgrund für die Destabilisierung Schwarzafrikas ist der Wegfall des Kalten Krieges, der bis 1990 in den einzelnen Ländern jeden aufkeimenden Widerstand oder Stammeskonflikte gewaltsam erstickte. Jedes Land Afrikas, ob es wollte oder nicht, musste, nach der Logik dieses Konfliktes, eindeutig politisch Position beziehen, entweder pro-westlich oder pro-östlich. Nach dem Zerfall des Ostblocks brachen die unterdrückten Konflikte mit aller Macht aus. Die Auseinandersetzungen der manchmal seit Jahrhunderten miteinander rivalisierenden Stämme und Völker werden jetzt nachgeholt.

In vielen Ländern vor allem Ostafrikas haben China und Indien die Rolle der einstigen Supermächte Sowjetunion und USA übernommen und benehmen sich wie Kolonialherren. Chinesische und indische Agrounternehmer haben große Gebiete Ostafrikas bereits unter ihre Kontrolle gebracht und produzieren dort, an der oft notleidenden einheimischen Bevölkerung vorbei landwirtschaftliche Produkte für den Weltmarkt. Immer weniger afrikanische Staaten können sich infolge Überschuldung durch widersinnige Prestigeobjekte, die Vernachlässigung der Landwirtschaft und Bevorzugung der Städte sowie übertriebene Militärausgaben selbst ernähren. Die Bevölkerung wächst schneller als die Agrarproduktion. Auch dies ist ein Nährboden für Separatismus. *Bodo Bost*

Chinas Spiel mit dem Feuer

Immobilienblase, Überhitzung der Wirtschaft, demografische Entwicklung: Peking steht vor vielen Problemen

China ist bis 2050 die wichtigste globale Wirtschaftsmacht – solche Vorhersagen zur weiteren Entwicklung des Riesenreichs sind häufig zu hören und wecken Erinnerungen an Prognosen aus den 80er Jahren zur japanischen Wirtschaft. Unter Investoren nehmen die Zweifel allerdings zu, ob die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte in der Volksrepublik China im bisherigen Maß fortgesetzt werden kann.

China befindet sich wirtschaftlich und weltpolitisch seit Jahren im Aufwind, doch die wirklich großen Herausforderungen könnten Peking erst noch bevorstehen: Kurzfristig betrifft die Sorge vor allem den chinesischen Immobilienmarkt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in der letzten Woche darauf hingewiesen, dass die Preise für Immobilien in Peking, Schanghai und Shenzhen sich komplett von den wirtschaftlichen Fundamentaldaten abgekoppelt haben. Aus diesem Grund wurde per staatlichem Dekret bereits die Mindestanzahlung beim Erwerb von Zweitobjekten erhöht, einige Städte wie Schanghai wollen eine Immobiliensteuer einführen. Seit 2008 sind die Preise für Immobilien um 60 Prozent gestiegen – zurzeit stehen 65 Millionen Wohnungen leer, dazu gehören neu gebaute Städte wie Ordos und Manzhouli, die Platz für Millionen Einwohner bieten, allerdings zurzeit fast menschenleer sind. Bereits im Dezember waren von der Société Générale, der größten Bank Frankreichs, warnende Worte zum Thema China zu hören: Albert Edwards, Chefstratege der Bank, warnte vor der Möglichkeit, dass in China eine Finanzblase „epischen Ausmaßes“ platzen könnte. In einer Analyse, die in den letzten Tagen veröffentlicht wurde, geht die Bank in Details. Ihren Klienten hat sie empfohlen, sich gegen ein Platzen der „China-Blase“ abzusichern. Nach Meinung der Bank hat die Volksrepublik zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums seit 2008 Kredite im Wert von 2,2 Billionen Euro in die Wirtschaft gepumpt. Die Führung des Landes hat eine Überhitzung der Wirtschaft aus politischen Gründen in Kauf genommen und die Kontrolle über die brodelnde Wirtschaftsentwicklung verloren. Société Générale sieht die Gefahr, dass es zu einer „harten Landung“ mit globalen Auswirkungen kommen könnte.

In einem angenommenen Risiko-Szenario wird davon ausgegangen, dass die Überhitzung der Wirtschaft bis zur Mitte des Jahres ihren Höhepunkt erreicht, die Rohstoffpreise würden nochmals zulegen und die Inflationsrate würde von derzeit 4,6 Prozent auf zehn Prozent steigen. Eine solche Entwicklung würde die sozialen Spannungen weiter anheizen, auch könnte eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt werden. Die „harte Landung“ der chinesischen Wirtschaft hätte nach Berechnungen der Bank einen Ausfall von 20 Prozent der vergebenen Kredite und einen Kursverfall von 50 bis 75 Prozent bei chinesischen Bankaktien innerhalb der folgenden zwölf Monate zur Folge. Weitere Nachwirkungen wären ein Preisrückgang bei Rohstoffen und im Jahre 2012 nur noch ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent. Darin geübt, wirtschaftliche Fehlentwicklungen aufzuspüren, betrachten auch immer mehr Hedgefonds die wirtschaftliche Entwicklung Chinas skeptisch. Zum Beispiel Mark Hart von „Corriente Advisors“, der sowohl die US-Immobilienkrise als auch die derzeitige Euro-Krise rechtzeitig vorhergesehen hatte. Bereits im letzten Jahr hat er damit begonnen, einen Fonds aufzulegen, mit dem er von einem Platzen der „China-Blase“ profitieren will.

Am Bedarf vorbei: Manch neue Städte sind menschenleer

Etwas Skepsis ist auch bei den langfristigen Perspektiven Chinas angebracht. Schon bald werden sich die Folgen von Maos „Einkindpolitik“ bemerkbar machen. Die Überalterung wird dramatische Ausmaße annehmen – bis 2030 wird schon mit mehr als 380 Millionen Menschen über 65 Jahren gerechnet. Ein flächendeckendes Rentensystem existiert nicht. Bis 2020 will die Regierung umgerechnet 5,7 Billionen Euro aufwenden, um überhaupt für eine soziale Grundversicherung zu sorgen, die neben einer Renten- und Krankenversicherung auch Hilfe bei Arbeitslosigkeit umfassen würde. Die erste spürbare Folge der demografischen Entwicklung wird allerdings sein, dass der Zustrom billiger Arbeitskräfte innerhalb der nächsten fünf Jahre ziemlich abrupt enden wird – mit den entsprechenden Folgen für die Löhne.

Was die demografische Krise Chinas von der Situation in Europa, Japan und den USA unterscheidet, ist nicht nur die Geschwindigkeit der Entwicklung, sondern vor allem, dass China überaltert sein wird, bevor es wohlhabend geworden ist. Die 2,85 Billionen Dollar an Währungsreserven, die hauptsächlich im Ausland angelegt sind, werden nur begrenzt hilfreich sein. Im letzten Jahrhundert gab es nur zwei Situationen, in denen ein Land ähnlich hohe Überschüsse im internationalen Handel angehäuft hat: Die USA in den 20er Jahren und Japan in den 80er Jahren – beide Fälle endeten in einem finanziellen Desaster, so der Professor für Finanzwirtschaft Michael Pettis.

Gerade der Niedergang Japans seit 1990 ist vom Pekinger Politbüro ausgiebig analysiert worden. In den 1980er Jahren noch als wirtschaftliche Supermacht gehandelt, die sich anschickte, die übrige Welt aufzukaufen, ist Japan mit einer Staatsverschuldung von 204 Prozent des Bruttoinlandsprodukts mittlerweile das weltweit am stärksten verschuldete Industrieland.

Norman Hanert



Vom Fischerdorf zur Megametropole: Shenzhen und acht weitere Städte in der Perflussregion sollen zu einer Stadt mit 42 Millionen Einwohnern zusammenwachsen.. Bild: laif

KURZ NOTIERT

Geld für Irland: Der Europäische Stabilitätsfonds (EFSF), für den Deutschland als größter Anteilseigner mit 28,4 Prozent des Gesamtvolumens haftet, will im zweiten Quartal eine Anleihe mit zehn Jahren Laufzeit am Kapitalmarkt platzieren, um dort drei bis fünf Milliarden Euro für das angeschlagene Irland aufzunehmen. Bereits Ende Januar hatte der EFSF fünf Milliarden Euro über eine Anleihe mit fünf Jahren Laufzeit aufgenommen, die mit 2,89 Prozent verzinst war. *Bel*

Teure Fusionen: Nachdem von Seiten der Politik über Jahre Druck auf gesetzliche Krankenkassen ausgeübt wurde, miteinander zu fusionieren, verweist der Bundesrechnungshof darauf, dass die Zusammenlegungen meist nur Nachteile gebracht hätten. Die Fusionen hätten zeitliche und personelle Ressourcen gebunden, aber kaum Synergieeffekte, also Einsparungen, gebracht. *Bel*

Entschuldung statt Fusion: Wirtschaftsexperten stellen derzeit fest, dass immer mehr deutsche Unternehmen ihre Gewinne nutzen, um ihre Schulden zurückzuzahlen und eigene Aktien vom Markt zu kaufen. Vorherige Konjunkturerholungen waren stets genutzt worden, um andere Firmen zu schlucken. Dies geschah häufig über Kredite, die in Wirtschaftskrisen die Unternehmen lähmten. *Bel*

Letzte Ostseeküsten-U-Boote nach Thailand verkauft: „Bangkok Post“ und „Kieler Nachrichten“ melden den bevorstehenden Verkauf der letzten sechs Küsten-U-Boote vom Typ 206 der Deutschen Marine an die thailändische Marine (RTN). Nachdem die Bundesmarine drei Viertel ihrer Flugkörperschnellboote außer Dienst gestellt hat, waren die letzten sechs von ursprünglich 24 U-Booten die einzigen Küstenkampfschiffe, mit denen die baltischen Staaten im Bedarfsfall hätten unterstützt werden können. Das „Marineforum“ meldete nun, dass die RTN die vier auslaufbereiten (aber außer Dienst gestellten) U-Boote und die beiden eingemotteten Boote als Ersatzteillager für 450 Millionen Euro übernehmen könnte. *H. Lody*

Wem der »Urknall im Labor« nützt

In Grundlagengroßforschung ist Deutschland weltweit Spitze – Milliarden, die sich lohnen

Milliardengrab, schimpfen kritische Geister, wenn sie an Großforschung in Deutschland denken. Zum Teil haben sie sogar recht, auch wenn sie es nicht so gemeint haben: Allein in Darmstadt und in Hamburg werden derzeit Forschungsgelder in Höhe von über 2,5 Milliarden Euro im wörtlichen Sinne „vergraben“.

Tief unter dem Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung (GSI) in Darmstadt wird ein Doppelring-Beschleuniger namens FAIR (Facility for Antiproton and Ion Research) mit einem Durchmesser von 1100 Metern gebaut, an den sich ein komplexes System von Experimentierstationen anschließt. Obwohl die Anlage deutlich kleiner ist als der neue Teilchenbeschleuniger LHC am europäischen Kernforschungszentrum CERN in Genf, ist sie für neuartige, so an keinem anderen Institut mögliche Experimente ausgelegt.

2018 sollen die Arbeiten aufgenommen werden, dann sollen 3000 Wissenschaftler aus aller Welt ergründen, was „die Welt im Innersten zusammenhält“. Dank FAIR können sie 13,7 Milliarden Jahre in die Geschichte unseres Universums zurückblicken und quasi den Urknall ins Labor holen. Die Kosten des Projekts liegen bei 1,5 Milliarden Euro.

In Hamburg geht das Deutsche Elektronensynchrotron DESY ebenfalls tief unter der Erde neue Wege. In 20 Metern Tiefe entsteht ein 3,4 Kilometer langer Röntgenlaser (XFEL), der 2014 in Betrieb gehen soll. Meterdicke supraleitende Ringmagnete, auf fast den absoluten Nullpunkt (minus 273 Grad Celsius) herabgekühlt, zwingen den Laserstrahl auf seine Bahn. Pro Sekunde werden 27 000 Lichtblitze abgefeuert; damit kann man die Struktur und das Verhalten einzelner Atome beobachten. Dieses Großprojekt kostet 1,1 Milliarden Euro.

Später kommt der Nutzen auch für das tägliche Leben

Generell gilt seit langem in der physikalischen Grundlagenforschung: Je kleiner die zu untersuchenden Teilchen, desto größer (und teurer) die Forschungsanlagen. Kein Wunder also, dass da auch kritisch hinterfragt wird, ob sich solche Ausgaben überhaupt rentieren. Was hat der Bürger im täglichen Leben davon, dass ihm – in mehr oder weniger unverständlichem „Fach-Chinesisch“ beziehungsweise „Fach-Englisch“ – erklärt wird, auf welch wundersame Weise sich vor fast 14 Milliarden Jahren Quarks zu Elementarteilchen, diese zu Atomen und Molekülen zusammengefügt haben?

Die Frage ist nicht neu, sie stellte sich auch, als zu Beginn des 20. Jahrhunderts Albert Einstein die Relativitätstheorie oder Max Planck die Quantentheorie entwarfen – alles völlig abstrakt, kaum verständlich und meilenweit weg von den Dingen des Lebens. Doch ohne diese und viele andere Erkenntnisse der Grundlagenforschung müssten wir auf all die technischen Möglichkeiten, die heute wie selbstverständlich unser tägliches Leben bestimmen, verzichten.

Da ist es denn doch beruhigend, zu wissen, dass Deutschland in Sachen Grundlagenforschung weltweit mit an der Spitze steht. Denn daraus leitet sich auch eine Spitzenposition in der technologischen Entwicklung ab. Dies gilt für nahezu alle wichtigen Bereiche: Energie, Umwelttechnik, Medizin, Maschinenbau, Materialkunde bis – mit Abstrichen – zur Nachrichten- und Informationstechnologie.

Daher lohnen sich langfristig auch die Milliardenausgaben, die in Deutschland jährlich für Großforschungsprojekte aufgewandt werden. Insgesamt fließen 2,78 Prozent des Bruttoinlandprodukts in Forschung und Entwicklung. Die deutsche Wirtschaft ist an diesen rund 60 Milliarden Euro mit deutlich über 50 Prozent beteiligt; sie beschäftigt 340 000 Menschen im sogenannten FuE-Sektor.

Dennoch wird immer wieder kritisiert, dass die Öffentliche Hand direkt über Bundes- und Landesetats oder indirekt über Forschungsorganisationen wie Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft oder Helmholtzzentrum in erheblichem Maße an den Forschungskosten beteiligt ist, nicht aber an den späteren Gewinnen. So berechtigt diese Kritik in Einzelfällen sein mag – Vater Staat muss auch bedenken, dass ihm ein Teil des Profits in Form von Steuern wieder zufließt.

Hans-Jürgen Mahlitz

Bald Hungerrevolten?

Hohe Agrarpreise gefährden Welternährung

In schriller Tonlage hat die Welternährungsorganisation FAO in Rom vor einem weiteren Anstieg der Nahrungsmittelpreise gewarnt. Tatsächlich hat das entsprechende „Preisbarometer“ zu Jahresbeginn mit 230,7 Punkten einen neuen Rekord erreicht und steigt weiter. Schon vor drei Jahren gab es in mehreren Ländern wegen der hohen Preise Hungerrevolten, und Weltbank-Präsident Robert Zoellick appellierte aus gutem Grund an die G20-Länder, das Thema Ernährung ganz nach oben auf die Tagesordnung zu setzen.

Vieles wäre zu tun, um die Rückkehr großer Hungersnöte, wie sie die Welt bis in die 1970er Jahre geplagt haben, zu verhindern. Allerdings liegen die Dinge komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheint. Ein zähes Vorurteil besagt, dass „die Entwicklungsländer“ unter den hohen Preisen zu leiden hätten – was viel zu pauschal und insgesamt sogar falsch ist. In den meisten armen Ländern ist die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftszweig, für viele sind Agrargüter der Hauptexportartikel. Landwirtschaft und Agrarexport profitieren aber unmittelbar von hohen Preisen. Verlierer sind also meist nicht die Entwicklungsländer als ganze, sondern deren Städte und ihre Bewohner, außerdem solche Länder, die netto Agrarimporteure sind wie Ägypten. Schon jetzt hat die Verteuerung der letzten Jahre die ländlichen Räume in aller Welt deutlich vorangebracht.

Preise auch Chance für Entwicklungsländer

Ein zweites schier unausrottbares Vorurteil über die Agrarmärkte besagt, dass skrupellose Spekulanten, die buchstäblich über Leichen gingen, an den hohen Lebensmittelpreisen schuld seien. Wahr ist, dass viele kurzfristige Preissprünge an den Agrarmärkten nur durch Spekulation erklärbar sind. Allerdings kann Spekulation die Preise ebenso drücken wie in die Höhe treiben – und beides nur kurz- bis allenfalls mittelfristig. Langfristig bestimmen allein fundamentale Faktoren wie Bevölkerungszahl, verfügbare urbare Flächen und Ertragskraft den Umfang von Angebot und Nachfrage und damit die Preise – hier unterscheiden sich die Agrarmärkte in nichts von den Energie- oder Immobilienmärkten. *K. B.*

Klein gemacht

Von Rebecca Bellano

Junge Frauen, die gegen eine gesetzliche Frauenquote in deutschen Unternehmen sind, wurden vergangene Woche vom „Spiegel“ darüber aufgeklärt, dass sie unter „kognitiver Dissonanz“ leiden würden. „Sie verleugnen, dass ihre Karriereaussichten beschränkt sind, weil es ihr Selbstbild zerstört“, so das Hamburger Magazin.

Und was bedeutet das nun? Sollen beruflich engagierte Frauen jetzt akzeptieren, dass ihre Fähigkeiten, ihr Fleiß, ihre Persönlichkeit ja schön seien, aber nichts brächten. Erst eine Frauenquote würde sie weiterbringen. Doch was ist dann der eigene Einsatz wert und worauf darf man dann noch stolz sein, wenn nicht auf das Gefühl, etwas aus eigener Kraft erreicht zu haben?

Interessant ist jedoch, dass am Ende des Artikels steht, dass die beiden „Spiegel“-Autorinnen, so sie denn über eine neu eingeführte Frauenquote das Angebot einer Führungsposition bekämen, diese gerne annähmen, wenn ... Ja, wenn die Arbeitsbedingungen besser wären, sie mittags ihre Kinder abholen könnten und es keine Konferenzen nach 17 Uhr gäbe und sie noch andere Frauen in ähnlichen Positionen um sich herum hätten.

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen hängen allerdings nicht mit der Einführung einer Frauenquote zusammen. Und wo bitte bleibt die Leistung?

Fehleinschätzungen

Von Richard G. Kerschhofer

Das ägyptische Regime hatte den Volkszorn zunächst arg unterschätzt und geglaubt, wie bei den Unruhen der letzten Jahre mit polizeistaatlichen Methoden „durchgreifen“ zu können. Überraschend für das Ausland wie wohl auch für das Regime selbst war dann, dass die Armee von den Demonstranten freundlich begrüßt wurde. Aber so ist das eben, wenn es die allgemeine Wehrpflicht gibt und aus praktisch jeder (Groß-)Familie gerade irgendwer dient.

Wer gehofft hatte, Mubarak würde wie der tunesische Ex-Amtskollege nach dem Scheitern von Plan A abtreten, lag ebenfalls daneben. Nicht weil Mubarak ein starrsinniger alter Mann wäre, sondern weil ihn die vielen Komplizen in der näheren und Nutznießer in der weiteren Umgebung – vor allem Israel und die USA – nicht einfach gehen lassen können. Daher die Fassaden-Kosmetik für Regierung und Partei und daher der „geordnete Übergangsprozess“.

Vielleicht glauben gutmenschliche Politiker, dass ihre Aufrufe zur Gewaltlosigkeit etwas bewirkt haben. Aber wirksam, wenn überhaupt, ist nur, dass Ägyptens Führung weiß, wie sehr sie auf die US-Milliarden angewiesen ist, die de facto teils Bestechung, teils indirekte Militärhilfe für Israel sind, und dass die US-Führung weiß, wie sehr weitere Gewalt auch sie selbst weiter kompromittieren würde. Nur leider weiß man im Nahen Osten auch, wie einseitig westliche Demokratie-Exporteure mit der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ und mit Menschenrechtsverletzungen umgehen, und man ahnt, dass der „Übergangsprozess“ – so wie der „Friedensprozess“ – letztlich nur den Ist-Zustand fortschreiben soll.

Überschätzt hingegen wird vermutlich die Muslim-Bruderschaft. Kurioserweise liegen dabei der Iran, israelisch-gesteuerte Meinungsmacher und alle, die nicht zu Unrecht vor der Islamisierung Europas warnen, auf derselben Linie – wenngleich aus unterschiedlichen Motiven.

Integration statt Provokation!

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Aygül Özkan, türkischstämmige niedersächsische Politikerin mit christlich-demokratischem Parteibuch, fand diesmal die richtigen Worte: Der Bürger habe Anspruch darauf, dass „eine Verwaltung auch Gesicht zeigt“. Die Integrationsministerin machte damit deutlich, worum es bei dem von ihrem Parteifreund Innenminister Uwe Schünemann geplanten Burka-Verbot geht – und worum nicht.

Letzteres vorweg: Wer öffentlich Bediensteten die Ganzkörperverschleierung im Dienst untersagen will, verstößt damit nicht gegen das Verfassungsgebot der Religionsfreiheit. Kein Muslim und keine Muslimin wird in diesem Lande an der Ausübung ihrer Religion gehindert (wie dies umgekehrt viele Christen in muslimischen Ländern erdulden müssen). Die seit Friedrich dem Großen geltende preußische Tradition, dass „jeder nach seiner Façon“ selig werden solle, steht nicht zur Disposition. Sie hat Verfassungsrang, und das ist gut so.

Freilich dürfte die Mitarbeiterin der Stadt Frankfurt, die kürzlich ankündigte, in Burka zum Dienst zu kommen, dort wohl kaum die Ausübung ihrer Religion im Sinne haben. Sie will, das sei ihr ausdrücklich unterstellt, provozieren. Denn sie weiß natürlich, dass das Bürgeramt keine Ersatz-Moschee ist und dass sie nicht dafür bezahlt wird, Allah öffentlich zu preisen, sondern ratsuchende Bürger zu beraten – mit offenem Gesicht und nicht versteckt hinter undurchsichtigem Tuch.

> Wessen Land ist dieses Deutschland eigentlich?

Islamische Religionsexperten bestätigen, dass die Ganzkörperverschleierung kein islamisches Gebot ist und sich nicht aus dem Koran ableiten lässt. So betont die Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Nurhan Soyan, das Tragen einer Burka als Angestellte des Staates und im Kontakt mit den Bürgern sei „nicht hinnehmbar“.

Zu Recht empfinden viele Bürger die Burka (wie auch das Kopftuch) als radikal-politisches und nicht als religiöses Symbol. Sie sehen dahinter einen kaum noch verhüllten Machtanspruch – wessen Land ist dieses Deutschland eigentlich?

Und die Burka ist nicht die einzige Provokation dieser Art. Auch der Bau demonstrativ überdimensionierter und architektonisch auffälliger Moscheen gehört in diese Kategorie. Deshalb ist es zu billig, den Protest gegen den Kölner Moscheebau als „rechtsradikal“ und „ausländerfeindlich“ abzutun. Vielmehr wird es höchste Zeit, dass unsere Politiker und ebenso die Repräsentanten der hier lebenden Muslime endlich die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen, statt sich immer wieder – wie jetzt beim Kölner Richtfest – vor den Karren der Provokation spannen zu lassen.

Dass diese Ängste weder unbegründet noch gar „rassistisch“ oder „ausländerfeindlich“ sind, lehrt auch ein von Vorurteilen ungetrübter Blick zurück auf die Jahrzehnte seit der ersten Anwerbung sogenannter Gastarbeiter in Italien im Jahre 1955. Zigtausende Italiener, Spanier, Griechen kamen in unser Land, leisteten ihren Anteil am deutschen Wirtschaftswunder. Viele blieben hier, holten ihre Familien nach, richteten sich hier ein. Mit ihnen wie mit den nachwachsenden, bereits hier geborenen Generationen gab und gibt es kaum Probleme. Denn sie kamen aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis, Gäste und Gastgeber passten einigermaßen zueinander. Die Probleme kamen erst mit den Millionen Zuwanderern aus einer völlig fremden religiösen und kulturellen Welt. Natürlich ist für diese Menschen Integration schwerer als für Europäer. Das aber ist, bei aller Toleranz, zuvorderst einmal deren Problem. Mit Provokation lässt es sich nicht lösen.



Saban Kondi, Imam der Ehrenfelder Moschee, betet während des Richtfestes des Rohbaus in Köln: Nach rund 15 Monaten Bauzeit hat die Türkisch-Islamische Union (Ditib) das Richtfest ihrer umstrittenen Großmoschee gefeiert. Der Grundstein für das religiöse Bauwerk war nach jahrelangen Querelen 2009 gelegt worden.

Bild: R. Pfeil/dapd

Gastkommentar:

Vertritt die Bundesbank noch deutsche Interessen?

Von Döring-Ernst v. Gottberg

Die Staats-, Reichs- und Bundesdruckerei hat seit 1876 Reichskassenscheine und Banknoten für die Reichs- beziehungsweise Bundesbank gedruckt. Die immer vertrauensvolle Zusammenarbeit der deutschen Staatsbank mit ihrer Berliner Banknotendruckerei bewährte sich besonders in der Inflationszeit. Mit dem Erlass des Bundesbankgesetzes vom 26. Juli 1957 übernahm die Bundesdruckerei wieder den deutschen Banknotendruck, ab 1960 in der Zusammenarbeit mit der Druckerei Giesecke & Devrient in München. Der Banknotendruck ist nicht nur eine hoch technologische Fertigung mit Spezialmaschinen, die nur für den Wertdruck einsetzbar sind, sondern er bedarf auch Fachkräfte verschiedener Ausbildung mit langjähriger, qualifizierter Erfahrung. Es gibt kein anspruchsvolleres Druckerzeugnis in der Welt als eine Banknote!

Nun hat die Deutsche Bundesbank erstmalig für das Jahr 2011 die beiden deutschen Banknotendruckereien nicht mehr am Druck des deutschen Anteils der Euro-Scheine beteiligt. Nach einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung wurde der Auftrag über etwa 1,6 Milliarden Euro-Noten an die französische beziehungsweise holländische Banknotendruckerei vergeben. Dies bedeutet das Ende des deutschen Banknotendrucks, denn kein Unternehmer wird es sich leisten können, ein Jahr lang die teure Betriebsausstattung und das Personal vorzuhalten, ohne Einnahmen zu erzielen. Die Arbeit mehrerer Generationen von technischen Fachkräften zur Entwicklung des deutschen Banknotendrucks wurde durch diese Entscheidung zunichte gemacht. Das Besondere an dieser sogenannten „Vergabe aus Wettbewerbsgründen“ besteht darin, dass von den großen Euro-Ländern nur Deutschland die Herstellung von Banknoten europaweit ausgeschrieben hat. Zwei Drittel der Druckaufträge wurden nicht ausgeschrieben, weil die anderen großen Euro-Zentralbanken über eine eigene Banknotenfertigung verfügen, angeblich geringere Kosten haben, und sich grundsätzlich nicht an dieser liberalen Praxis beteiligen.

Hat die Deutsche Bundesbank es nötig, für hoch qualifizierte Banknoten den billigsten Preis auszuwählen, wie das zum Beispiel bei einfachen Haushaltsartikeln oft geschieht? Geht es heute immer nur ums Geld ... um das „billig, billig“? Wird man in Zukunft auch die Position eines Bundesbankpräsidenten europaweit ausschreiben und den Bewerber auswählen, der für sich das geringste Gehalt fordert? Bisher haben die politischen Parteien die Besetzung von gut dotierten Stellen immer gern unter sich ausgehandelt!

Nach einem Bericht der „Financial Times Deutschland“ hatten die beiden deutschen Banknotendruckereien gegen die Entscheidung der Deutschen Bundesbank geklagt. Das Bundeskartellamt hatte die Widersprüche aber abgewiesen. Die Entscheidung der Bundesbank lässt sich auch nicht juristisch klären, hier geht es nicht um eine Rechtsauslegung, sondern allein um Anstand, Moral und nationale Würde!

Man stelle sich einmal vor, was wohl geschehen wäre, wenn umgekehrt die Deutschen den französischen beziehungsweise niederländischen Anteil an Euro-Banknoten hätten drucken sollen und die einheimischen Druckereien wären leer ausgegangen. Ein Sturm nationaler Entrüstung würde ausbrechen, die immer erfolgreiche „Nazi-Keule“ würde geschwungen und Nicolas Sarkozy hätte sofort ein Eil-Gespräch zu Angela Merkel angemeldet. In Deutschland ist man das „Gehorchen“ gewohnt, man schweigt, wenn auch mit Verbitterung!

Die Stilllegung des deutschen Banknotendrucks bedeutet nicht nur einen Verlust von Arbeitsplätzen in den Druckereien, sondern auch eine Vergeudung von Steuergeldern.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für „Bild am Sonntag“ wollen 56 Prozent aller Deutschen die gute, stabile D-Mark wiederhaben. Dazu wird es sicherlich nicht kommen, aber selbst wenn man es wollte, die Deutsche Bundesbank hat mit ihrer Entscheidung gegen den deutschen Banknotendruck hinter sich alle Brücken zerstört. Wer sollte eine neue Währung drucken?

Wie heißt Thilo Sarrazins Buch: „Deutschland schafft sich ab“. Der qualitative Banknotendruck, ein Produktionszweig, mit dem Deutschland weltweit immer in der Spitzengruppe lag, wird durch eigenes deutsches Verhalten „abgeschafft“.

Döring-Ernst v. Gottberg, ehemaliger Produktionsleiter der Bundesdruckerei

Die Tragödie der Bundesdruckerei

Die Bundesdruckerei ist zu einem Stiefkind der Bundespolitiker geworden. Von 1879 bis 1994 war die Bundesdruckerei eine obere Reichs- beziehungsweise Bundesbehörde, die der Aufsicht des Postministers unterstellt war. 1994 privatisiert, wird das Unternehmen im Jahr 2000 an den internationalen Wagniskapitalfonds Apax Partners, London, für etwa eine Milliarde Euro verkauft. „Wagniskapitalgesellschaft bietet Rekordpreis“ urteilte damals die „Frankfurter Allgemeine“ und „es war ein grober Schnitzer, ein solches Unternehmen einer Heuschrecke vorzuwerfen“, so urteilte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Hans-Peter Uhl. Der Deal lastete der Bundesdruckerei alle Zinsen und Tilgungsraten auf, so dass die Bundesdruckerei ihren Kauf durch die Apax selbst finanzieren musste. Von ehemals 3300 Arbeitsplätzen blieben noch 1300 Beschäftigte in Berlin. Nur 18 Monate nach der Übernahme trennte sich die Apax von der finanziell ausgesaugten Bundesdruckerei für den symbolischen Preis von einem Euro.

Abgewirtschaftet und mit Schulden belastet, kauft sich der Bund 2009 wieder in das Unternehmen ein, um die Kontrolle über die Personaldaten für die Herstellung von Ausweis- und Passdokumenten besser überwachen zu können. Nun dreht die Bundesbank mit der Auftragssperre für deutsche Euro-Noten im Jahr 2011 der Bundesdruckerei den Hahn zu. Wie wird es mit dem einst hoch angesehenen und leistungsfähigen Bundesunternehmen weitergehen? *D.-E. v. Gottberg*

In der Einsamkeit der Natur

Ausstellungen in Berlin und Hamburg zeigen Werke von Karl Schmidt-Rottluff

Der Maler, Zeichner und Plastiker Karl Schmidt-Rottluff gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten des deutschen Expressionismus. Zwei Ausstellungen widmen sich seinem Schaffen.

An diesem Wochenende eröffnet das „Brücke“-Museum Berlin eine Ausstellung mit Werken, die der „Brücke“-Mitbegründer Karl Schmidt-Rottluff (1884–1976) während seiner zahlreichen Aufenthalte an der Ostsee schuf. Dabei wird eine Übersicht über alle Schaffensphasen geboten, wobei gezielt das Thema der Ostsee mit ihren unterschiedlichen Küstenregionen im Mittelpunkt steht. Gezeigt werden insgesamt 35 Gemälde und etwa 60 Aquarelle, Kreidezeichnungen und Druckgraphiken, durch die sich Karl

Leidenschaft für die Ostsee und das einfache Leben

Schmidt-Rottluffs Leidenschaft für die Ostseeküste verstehen lässt.

Die Ostseebilder, die zuvor in Lübeck zu sehen waren, stammen aus Alsen, Nidden, Hohwacht, Jershöft, Rumbke (Lebasee) sowie Sierksdorf und geben einen Einblick in das Lebenswerk des Künstlers. „Mit sich allein in der Einsamkeit der Natur fand er zu einzigartigen Bildern“, schreibt Magdalena M. Moeller, Direktorin des „Brücke“-Museums, im Katalog zur Ausstellung. Der Maler gilt heute als ein Klassiker der Moderne und als einer der Hauptvertreter des Expressionismus in Deutschland.

Starkfarbige Blätter entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Dangast im Oldenburger Land, wo Schmidt-Rottluff in den Jahren 1907 bis 1912 die Sommerfrische verbrachte, um fern des großstädtischen Lebens zu arbeiten. 1913 verschlug es ihn, wie Max Pechstein, nach Nidden auf die Kurische Nehrung, 1914 und 1919 nach Hohwacht an die Ostsee, von 1920 bis 1931 ins pommersche Jershöft, von 1932 bis 1943 nach Rumbke am Lebasee in Ostpommern und von 1951 bis 1973 nach Sierksdorf an die Ostsee. Die Reinheit des Lichts mag es gewesen sein, die ihn immer wieder anzog. Landschaften von ungeheurer Suggestivkraft entstanden. Im Laufe der Jahre erkennt man einen sachten Wandel – eine Verknappung der Formen, fast geometrische Formen, die weiter bis ins Blockhafte gesteigert werden. Die Farben werden dunkler, wirken dennoch nicht weniger suggestiv. Letztendlich zieht sich der Künstler in seinen Darstellungen auf das Wesentliche zurück.

Schmidt-Rottluff gehörte zu den vielen Malern, welche die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung besuchten. 1909 hatte Max Pechstein dieses Paradies für sich entdeckt, und er mag auch Schmidt-Rottluff darauf aufmerksam gemacht haben. Von Juni bis August 1913 blieb er in Ostpreußen. Beeindruckt von der unvergleichlichen Landschaft, malte Schmidt-Rottluff dort auch zum ersten Mal Akte in der freien Natur. Lebensfreude und Sinnlichkeit darzustellen gelang ihm ebenso wie die Synthese von Ausdruck und Form. Eine „unerklärliche Sehnsucht, das zu fassen, was ich sehe und fühle, und dafür den reinsten Ausdruck zu finden“, sei es, was ihn antriebe, hat Schmidt-Rottluff einmal gesagt.

„Boote in der Bucht“ ist der Titel eines Holzschnitts aus dem Jahr 1914, er mag in der Erinnerung an die mächtigen Kurenkähne entstanden sein, die der Künstler während seines Aufenthaltes auf der Nehrung gesehen hat. Betrachten kann man dieses Blatt in einer Ausstellung im Hamburger Ernst-Barlach-Haus, wo derzeit eine Auswahl aus einer norddeutschen Privatsammlung gezeigt wird. Im Mittelpunkt dieser Schau stehen bislang unbekannte Werke des bekannten Meisters; die Mehrzahl der 40 Arbeiten auf Papier wird erstmals öffentlich ausgestellt. Es handelt sich überwiegend um farbenprächtige Aquarelle aus den 1930er bis 1960er Jahren. Die Stillleben und Landschaften aus dem Taunus, dem Tessin und von der Ostsee zeigen den meisterlichen Umgang Schmidt-Rottluffs mit der Farbe und mit markanten Konturlinien.





Karl Schmidt-Rottluff: Dünenlandschaft (Aquarell und Tusche, um 1938, Privatbesitz) Bild: Christoph Irrgang

„Das Stillleben und die Landschaft, beide sind einander nicht entgegengesetzt“, hat Eberhard Roters, Initiator und Gründungsdirektor der Berlinischen Galerie, einmal über Schmidt-Rottluffs Werk geschrieben, „sondern es sind zwei Ansichten ein und derselben Grundhaltung, des Wunsches nach dem einfachen Leben … Stillleben und Landschaft, das Nahe und das Ferne, Enge und Weite, beiden entsprechen einander im doppelten Gestus der Seele: Resignation und Einkehr, Rückzug auf sich selbst und Ausweg ins Offene.“ Karl Schmidt-Rottluff wird allzu gern auf die knappen acht Jahre seiner Mitgliedschaft als junger Maler in der Künstlergruppe „Brükke“ reduziert. Die Ausstellungen in Berlin und Hamburg zeigen einen vielseitigen Künstler, der bis ins hohe Alter noch überraschte. *Silke Osman*

Die Ausstellung im „Brücke“-Museum, Bussardsteig 9, Berlin-Dahlem, ist bis zum 17. Juli täglich von 11 bis 17 Uhr zu sehen, dienstags geschlossen, Katalog Hirmer Verlag, München 2010, 264 Seiten, gebunden, während der Ausstellung 24 Euro, im Buchhandel 39,90 Euro.

Die Ausstellung im Ernst-Barlach-Haus, Baron-Voght-Straße 50 a, Hamburg, ist bis zum 15. Mai dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr geöffnet.

Bewegte Geschichte

Das Goldene Buch der Stadt Erfurt

Als Kaiser Wilhelm II. 1900 die Stadt Erfurt besuchte, konnte er sich ins Goldene Buch der Stadt eintragen. 580 Mark hatten die Stadtväter ausgegeben, damit die Berliner Goldschmiede Sy und Wagner ein solches Buch anfertigten. Das kostbare Werk überstand die Unbilden der Zeit, sogar den Zweiten Weltkrieg. Am 27. September 1945 erhielt Oberbürgermeister Hermann Jahn die Nachricht, dass das „Goldene Buch“ bei der sowjetischen Militärregierung verwahrt sei. Andere Quellen besagen, dass es sich „vorläufig im Gerichtsgefängnis“ befinde und „bei Gelegenheit zurückgegeben“ werde. In der Magistratssitzung am 17. Januar 1946 teilte der Oberbürgermeister dann mit, dass das Goldene Buch der Stadt Erfurt, das der sowjetischen Stadtkommandantur vorgelegt werden musste, nicht zurückkommen würde, sondern in ein Museum nach Moskau gebracht worden sei. Nach der Wende kümmerte sich das Auswärtige Amt um die Angelegenheit und meldete das Goldene Buch als „entwendet“. Eine Rückgabe ist bislang jedoch noch nicht erfolgt.

»Vorläufig im Gerichtsgefängnis«

Erst im Mai 1955 machten sich die Stadtväter daran, ein neues Goldenes Buch in Auftrag zu geben. Es endet 1994 und enthält 299 Einträge, nachzulesen auf der Homepage der Stadt Erfurt im Internet. Das aktuelle Goldene Buch enthält als ersten Eintrag im Juli 1994 den Schriftzug vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. Es folgten viele weitere illustre Gäste. Zu den jüngeren gehört TV-Star Thomas Gottschalk, der in der Messehalle, in der das Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 28. bis 29. Mai stattfindet, die Sendung „Wetten dass“ moderierte. Am 5. Dezember 2010 war der Entertainer Johannes Heesters im Kaisersaal zu Gast, um dort seinen 107. Geburtstag zu feiern. Der Kaisersaal ist ein traditionsreiches Kultur- und Kongresszentrum in der Altstadt. Dort fand 1808 der Erfurter Fürstenkongress von Kaiser Napoleon I. und Zar Alexander I. statt, glanzvoller Höhepunkt napoleonischer Macht. Der Kaisersaal diente später als Ballhaus der Universität Erfurt und als Stadttheater. Namen berühmter Künstler wie Johann Wolfgang von Goethe, Friedrich von Schiller, Niccolò Paganini, Clara Schumann oder Franz Liszt sind ebenfalls mit dem Kaisersaal eng verbunden. *os*

»Ein Steinchen mehr«

Neuerwerbungen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten

Es gehört zu den schöneren Aufgaben eines Museumsmenschen, über Neuerwerbungen für die Sammlungen berichten zu dürfen“, sagt Schlösserdirektor Samuel Wittwer von der Stiftung Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG). „Steht doch hinter jedem Kunstwerk, das den Beständen eingegliedert wird, nicht nur eine Geschichte oder eine erfolgreiche wissenschaftliche Recherche, sondern auch die Erleichterung, trotz der schwierigen öffentlichen Haushaltslage ein Steinchen mehr dem Mosaikbild des kulturellen Erbes hinzufügen zu können.“ Besonders die Schlösser in und um Berlin mussten herbe Verluste im Zweiten Weltkrieg und danach hinnehmen. Einiges konnte auf verschlungenen Wegen wieder eingegliedert werden. Für andere Kunstwerke konnte oft ein vergleichbarer Ersatz gefunden werden. „Manche Erwerbungen sind reine Glücksfälle, andere brauchen Jahre der Verhandlungen“, so Wittwer.

Kostbare Miniatur: Kurfürst Friedrich III. Bild: spsg / Wolfgang Pfauder

Aus Berliner Privatbesitz konnte im vergangenen Jahr eine Porträtminiatur des Kurfürsten Friedrich III., dem späteren Friedrich I. König in Preußen, erworben werden. „Das nur 2,2 mal 1,8 Zentimeter große, auf Gold gemalte Emailporträt in seinem originalen Rahmen lässt erahnen, wie großartig die Miniaturensammlung der Hohenzollern vor dem Zweiten Weltkrieg gewesen sein muss“, betont Schlösserdirektor Wittwer.

Neben kostbaren Porzellanen wie einem Teller aus dem Hochzeitsservice von Prinzessin Louise von Preußen (KPM, 1854) oder einem Dessertteller aus dem sogenannten mythologischen Service für Friedrich den Großen (KPM, 1783) konnte man einen schlesischen Deckelpokal aus Glas erwerben, jetzt in der Silberkammer des Schlosses Charlottenburg zu sehen. Höhepunkt aber ist ein Meisterwerk der deutschen Silberschmiedekunst des Historismus, der monumentale Prunkhumpen, den die Provinz Sachsen dem Kronprinzenpaar Wilhelm II. und Auguste Viktoria zur Hochzeit verehrte.

Eine ganz besondere Geschichte aber hat ein Gemälde von Christian Bernhard Rode, das den Opfertod des Stallmeisters Emanuel Froben in der Schlacht von Fehrbellin (1675) zeigt. Der Mann rettete dem Großen Kurfürsten damals das Leben, indem er die Pferde tauschte und so den Gegner verwirrte.

Opfertod für den Großen Kurfürsten

Das 1791 im Auftrag des Prinzen August Wilhelm von Preußen entstandene Gemälde gelangte später in den Besitz einer schwedischen Adelsfamilie. Deren Nachfahren, die nun in Australien leben, haben das Bild der Stiftung geschenkt. Noch in diesem Jahr soll es in den Räumen des Prinzen in Schloss Oranienburg der Öffentlichkeit präsentiert werden. *os*

IN KÜRZE

100 Jahre Heinz v. Schumann

Liebe zur Kunst, Verantwortung für hohe Werte der Musik, großes Können, Mut zum Wagen und Glauben“ wurden einem Mann bescheinigt, der für das Musikleben in Ostpreußen so unendlich viel getan hat: Heinz von Schumann. Am 14. Februar 1911, vor nunmehr 100 Jahren, wurde Heinz von Schumann in Elbing geboren. 1931 kam er nach Königsberg, um an der Albertina bei Nadler und Hankamer Germanistik und bei Josef Müller-Blattau Musikwissenschaft zu studieren. Zur gleichen Zeit absolvierte er eine praktische musikalische Ausbildung am Hochschulinstitut für Schul- und Kirchenmusik. Schon früh bewies Heinz von Schumann sein Können als Chordirigent. So übernahm er 1933 die Leitung des Schubertchores, den er bald zu einem Oratorienchor umformte. Darüber hinaus übernahm er auch noch die Leitung der „Thalia“ und des Königsberger Männer-Gesangvereins.

Der Zweite Weltkrieg riss Heinz von Schumann wie so viele seiner Generation aus seiner vorgezeichneten Lebensbahn. Im Herbst 1945 aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen, gelangte er zunächst nach Greifswald, wo er einen Jugendchor und ein Jugendorchester aufbaute. Bald jedoch floh der Elbinger nach Westdeutschland.



Heinz v. Schumann Bild: privat

In Fulda wirkte er sechs Jahre lang als Studienrat und als Musikbeauftragter. Mit dem Städtischen Kammerorchester und dem Konzertchor „Winfridia“ inszenierte er unter anderem als Dirigent die Uraufführung der „Totenmesse“ von Joseph Hass mit Texten des Ostpreußen Ernst Wiechert sowie die Uraufführung der eigenen Kantate „Frieden auf Erden“. 1953 wurde er als Leiter des Ostpreußenchores nach Duisburg berufen. Seine künstlerischen Vorstellungen wurden dort jedoch nicht erfüllt und so ging er zwei Jahre später schließlich nach Lippstadt, wo er als Studienrat und zugleich als Städtischer Musikdirektor 14 Jahre lang wirkte und „nach eigenen Plänen städtische Musikpflege“ gestaltete.

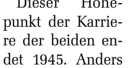
1979 wurde das unermüdliche Wirken des Elbingers mit der Verleihung des Kulturpreises für Musik von der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt. In seiner Laudatio bezeichnete Professor Herbert Wilhelmi den Preisträger als einen hervorragenden Vertreter ostpreußischer Kultur, der mit seiner Begabung, die ihm seine Heimat schenkte, „hier im anderen Lande Zeugnis, ja besonders sichtbares Zeugnis“ ablegt „von dem Hochstand heimatlicher Kultur im deutschen Osten und damit das Ansehen unserer Heimat in besonderer Weise mehrt“.

Heinz von Schumann starb am 17. März 1993. Leben und Werk des Dirigenten und Erziehers sind nur ein Teil jenes großen Mosaiks, das die ostdeutsche Musikgeschichte darstellt; ein Teil aber, der nicht wegzudenken ist. *os*

Weiblicher Star des NS-Films

Wie wohl bei keiner anderen Schauspielerin, war bei Kristina Söderbaum die Karriere mit der NS-Herrschaft verknüpft. Sowohl in „Jud Süß“ (1940) als auch in „Kolberg (1944) spielte sie die weibliche Hauptrolle. Wie Zarah Leander stammte Söderbaum aus Schweden. In Stockholm wurde sie am 5. September 1912 geboren. Nach dem Tod ihres Vaters, eines Chemieprofessors und zeitweiligen Vorsitzenden des Nobelpreiskomitees, sowie der Mutter begleitete sie 1934 eine Verwandte nach Berlin. Dort lernte sie Deutsch und nahm ein Studium auf sowie Schauspielunterricht. Über einen Nachwuchswettbewerb der Ufa kam sie 1936 zu ihrer ersten Rolle in dem Spielfilm „Onkel Bräsig“.

1937 wird sie vom Regisseur Veit Harlan entdeckt. Zwei Jahre später folgt die Heirat. Die beiden bilden nicht nur privat ein Paar, sondern drehen in den folgenden Jahren einige sehr erfolgreiche Filme.


Söderbaum

Dieser Höhepunkt der Karriere der beiden endet 1945. Anders als Zarah Leander bleibt Söderbaum in Deutschland und erlebt das Kriegsende in Hamburg. Als die Besatzungsmächte ihrem Mann Berufsverbot erteilen, solidarisiert sie sich und lehnt Filmangebote ab. Mit Bühnenauftritten hält sie sich über Wasser.

Als das Berufsverbot 1950 endet, versuchen beide – mit nur mäßigem Erfolg – an ihre Vorkriegserfolge anzuknüpfen: Söderbaum spielt wieder Hauptrollen in Filmen, in denen ihr Mann Regie führt. „Ein Traumspiel“ ist 1963 ihr letzter gemeinsamer Film.

Nach dem Tod ihres Mannes drehte Söderbaum kaum noch, begann vielmehr eine zweite Karriere als Fotografin. 1983 veröffentlichte sie ihre Memoiren unter dem Titel „Nichts bleibt immer so“. Am 12. Februar 2001 starb sie in Hitzacker an der Elbe in einem Pflegeheim. *M. R.*

Ein Kriegsverbrechen?!

Die Flächenbombardierung Dresdens vor 66 Jahren aus juristischer Sicht

War die Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Bomber vom 13. bis 15. Februar 1945 ein Kriegsverbrechen? Die Frage beschäftigt neben der Ethik naturgemäß die Jurisprudenz. Während wichtige Moralphilosophen wie John Rawls oder A. C. Grayling unterschiedslose Luftangriffe klar verurteilen, brechen in der Völkerrechtsdebatte markante Gegensätze auf.

Einige Juristen bewerten die Flächenbombardements als Verstoß gegen ungeschriebenes Kriegsvölkergewohnheitsrecht. Dazu gehören James M. Spaight, bis 1937 Staatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, und der Cambridge-Professor Hersch Lauterpacht (1897–1960). Der deutsche Völkerrechtler Eberhard Spetzler begründete das mit ausdrücklichen Bekenntnissen aller Luftmächte des Zweiten Weltkriegs zum Schutz der Zivilbevölkerung. Das dadurch geschaffene oder bekräftigte Gewohnheitsrecht könne nicht durch Rechtsverstöße binnen weniger Jahre erloschen sein. Konsequenterweise hätten die Westalliierten ihre Flächenangriffe bis 1945 effizient verschleiert.

Widerspruch kam von Bomber-Command-Chef Arthur Harris: „In diesem Fall des Einsatzes der Luftstreitkräfte gibt es überhaupt kein Völkerrecht. … Trotz allem, was in Hamburg geschah, erwies sich das Flächenbombardement als vergleichsweise humane Methode.“ Die gleiche Sichtweise lag den Nürnberger Prozessen zugrunde. Die Attacken der Luftwaffe auf Warschau, Rotterdam und Coventry und erst recht die Zerstörungen Dresdens, Hamburgs oder Pforzheims wurden dort nicht verhandelt.

Erst unter dem Schock des Vietnamkriegs wechselte Telford Taylor, stellvertretender US-Chefankläger in Nürnberg, die völkerrechtlichen Fronten: „Dresden dürfte das Gewissen dieser Mächte heute noch belasten. Im Falle Hiroshimas kann über das Für und Wider gestritten werden; für Nagasaki habe ich noch keine plausible Rechtfertigung gehört.“ Taylors Hinwendung zu einem moralisch inspirierten Luftkriegsrecht, vor allem aber seine unscharfe Deutung des Begriffs militärisches Ziel lösten Kontroversen aus. Der Historiker und Buchautor Jörg Friedrich bemängelte: „Taylors Vorschlag, welcher die Einäscherung von 3400 Wuppertalern zulässt, weil am Ort Fallschirmseide hergestellt wird, und 6000 Heilbronner zu töten verbietet, weil sie Wein vermarkten, … ist nicht als Kriegsartikel formulierbar.“

Neben der inhaltlichen Klarheit zählt Friedrich die realitätsprägende Kraft zu den Bedingungen geltenden Völkerrechts. Daran fehle es dem angeblichen Luftkriegsgewohnheitsrecht der 1940er Jahre, das Terrorangriffe weder verhindert noch für eine spätere Bestrafung der Verantwortlichen gesorgt habe. Logischerweise sind diese Angriffe für Friedrich keine Verbrechen im juristischen Sinne: „Durch den Weltkrieg, seinen Verlauf, Ausgang und Gerichtsepilog ist eine Rechtswirklichkeit hergestellt worden. Die Flächenvernichtungsbombardements deutscher Städte gelten historisch weder im Ereignis noch in der Methode als ein Unrecht.“

Erstaunlicherweise prüfte niemand die Flächenangriffe anhand Art. 23 b und g, 25 und 27 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907. Zur Anwendung käme dabei das reiche Arsenal juristischer Methodenlehre. Die genannten HLKO-Normen müssten nach ihrer Entstehungsgeschichte, ihrem systematischem Standort im Völkervertragsrecht sowie ihrem der Aufklärung entlehnten Sinn und Zweck ausgelegt werden. Eine Klassifizierung der Zerstörung Dresdens als schwerer Rechtsverletzung wäre die Folge. Der Hinweis auf eine vermeintlich abweichende „Rechtswirklichkeit“ würde daran nichts ändern, da geschriebenes Völkervertragsrecht ein stabileres Fundament bildet als die wacklige Konstruktion eines ungeschriebenen Gewohnheitsrechts. *Björn Schumacher*


Flächenbombardierung deutscher Städte: Anglo-amerikanische Flugzeuge beim Bomenabwurf

Vater der Mitbestimmung

Mancher Ältere wird den ersten Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als einen der Väter der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik Deutschland sowie der einst heiß umkämpften Mitbestimmung in der Montanindustrie kennen, mancher Jüngere hingegen als Namensgeber der Hans-Böckler-Stiftung, des Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerkes des DGB. Hans Böckler stammte aus kleinsten Verhältnissen. Als sein Vater 1888 starb, musste der am 26. Februar 1875 im mittelfränkischen Trautskirchen bei Neustadt an der Aisch geborene Junge den Schulbesuch abbrechen, um als Gold- und Silberschläger für den Lebensunterhalt der sechsköpfigen Familie aufzukommen.

1894 wurde er Mitglied der SPD und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 1903 wurde die Gewerkschaftsarbeit sein Beruf. Bis zum Ende der Weimarer Republik stieg er bis zum Leiter des Bezirkes Rheinland und Westfalen-Lippe des SPD-nahen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) auf. Parallel engagierte er sich in der SPD, für die er ab 1924 in der Kölner Stadtverordnetenversammlung und ab 1928 im Reichstag saß.

Damit war nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten Schluss. „In der Nazizeit habe ich einfach meine Pflicht getan, war wiederholt in Schutzhaft und wurde, wie so viele andere, wirtschaftlich vernichtet“, schreibt er selber rückblickend.

1945 fing er dort an, wo er 1933 aufgehört hatte. In einem Lebensalter, in dem andere bereits im Ruhestand sind, organisierte Böckler jedoch nicht nur die Gewerkschaftsarbeit im Rheinland und in Westfalen, sondern arbeitete auch an der sowohl überregionalen als auch überparteilichen Einheitsgewerkschaft. Dabei halfen ihm gute Kontakte zur britischen Militärregierung, die ihm uneingeschränkte Bewegungs- und Redefreiheit verschaffte. Früher als die US-Amerikaner und Franzosen erlaubte sie 1947 die Bildung eines länderübergreifenden, zonenweiten Gewerkschaftsdachverbandes, und Hans Böckler wurde sein Vorsitzender.


Hans Böckler Bild: pa

Noch im Jahr der Gründung der Bundesrepublik wurde der erste Vorsitzende eines zonenweiten Gewerkschaftsdachverbandes der erste Vorsitzende des frischgegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes. An der DGB-Spitze sind ihm nur zwei Jahre bis zu seinem Tode am 16. Februar 1951 in Düsseldorf beschieden. Doch gelang ihm in diesen zwei Jahren die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montanindustrie. Der liberale Wirtschaftsminister Ludwig Erhard leistete zwar Widerstand, doch Bundeskanzler Konrad Adenauer gab nach als Gegenleistung für die Unterstützung des DGB beim Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion). *Manuel Ruoff*

Traumhochzeit am Wiener Hof

Maria Theresias Liebesheirat – Lothringen wurde französisch, die Toskana habsburgisch

Am 12. Februar 1736 heiratete Kaiser Karls VI. älteste Tochter Maria Theresia, von der ihr Vater wollte, dass sie sein Erbe in Österreich antrete, Franz Stephan, Herzog von Lothringen und Bar. Die Traumhochzeit fand in der Augustinerkirche zu Wien statt. Die beiden mochten sich wirklich, was bei dynastisch-politischen Heiraten eher die Ausnahme ist, und begründeten glücklich das zur Hälfte neue Herrscherhaus Habsburg-Lothringen. Es regierte bis 1918 in Wien und blüht noch heute mit vielen Nachkommen.

Die Braut war die älteste Tochter des Kaisers Karl VI. Ihr einziger Bruder Leopold Johann war bereits im Jahr seiner Geburt gestorben. Ihr Vater hatte deshalb mit der sogenannten Pragmatischen Sanktion in Österreich die weibliche Erbfolge ermöglicht, auf dass seine Tochter später seine Nachfolge als Herrscherin der Großmacht antreten könne.

Der Bräutigam war zwar kein Kind, aber immerhin Urenkel eines Monarchen. Der französische König Ludwig XIII. war sein Urgroßvater. Und einer seiner Großväter hatte dem Hause Habsburg unschätzbare Dienste im Krieg gegen die Osmanen geleistet.

Maria Theresias Vater, Kaiser Karl VI., traf seinen 1708 geborenen späteren Schwiegersohn zum ersten Mal 1723 in Prag, als dieser ihm anlässlich seiner Krönung zum König von Böhmen seine Aufwartung machte. Auch die noch kindliche Maria Theresia war anwesend. Die Väter einigten sich insgeheim über die Eheschließung. Dabei blieb es, und die Erzherzogin wird ihrem Vater eröffnet haben, dass ihr der „Franzl“ gefalle. Der alte Prinz Eugen indes riet zu einer anderen Einheirat, etwa in das Haus der Münchner Wittelsbacher. Eine Verbindung der Großmacht Österreich mit Lothringen konnte nämlich von Frankreich als eine Provokation betrachtet werden, strebte es doch an den Rhein.


Im Kreise ihrer Familie: Franz Stephan und Maria Theresia

Das Problem löste sich indes durch den Polnischen Erbfolgekrieg (1733–35). Dessen Auslöser war der Tod des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs August des Starken. Der französische König Ludwig XV. wollte seinen Schwiegervater Stanislaus Leszczynski auf dem polnischen Thron sehen. Österreich hingegen wünschte, dass August des Starken Sohn Friedrich August wie im Kurfürstentum auch im Königreich die Nachfolge seines Vaters antrat, um die Gewichte in Europa nicht zugunsten Frankreichs zu verschieben. Der Thronstreit eskalierte zum Krieg, Leszczynski sah sich gezwungen, aus Polen zu fliehen.

Da beide Kriegsparteien nicht daran interessiert waren, einander bis zur Vernichtung zu bekämpfen, wurde nun an einer Kompensationslösung für Frankreich gearbeitet, die es der Großmacht erleichterte, ihren Kandidaten fallen zu lassen. So kam die Idee auf, Leszczynski das Herzogtum Lothringen zu überlassen, mit der Auflage, dass das Land nach seinem Tode an Frankreich fallen sollte.

Dafür allerdings musste Franz Stephan, der 1729 seinem Vater als Herzog nachgefolgt war, auf Lothringen verzichten. Da dem ausgeguckten Gemahl der habsburgischen Erbin kein kompensationsloser Verzicht zugemutet werden sollte, musste auch er einen Ausgleich bekommen, genau wie Leszczynski. Hier bot sich die Toskana an, von deren Großherzog, Gian Gastone de' Medici, keine Nachkommen mehr zu erwarten waren. Das Großherzogtum war Lehen des Heiligen Römischen Reiches, also durfte der Kaiser gemäß uraltem Reichsrecht nach dem Aussterben des regierenden Hauses darüber verfügen. Franz Stephan zögerte sehr, auf den Tausch einzugehen, aber man setzte ihn in Wien unter Druck, drohte ihm, dass es ohne Verzicht auf Lothringen keine Hochzeit mit der Erzherzogin geben würde. Am Ende fügte er sich, und das junge Paar reiste in seinen Flitterwochen in die Toskana. 1737 starb mit Gian Gastone das letzte männliche Mitglied der jüngeren Linie der Familie Medici. Der Weg für Franz Stephan war frei.

> Lothringen war der Preis für die Ehe mit Maria Theresia

Nach dem Tode Karls VI. im Jahre 1740 musste Maria Theresia schwer um ihre Erbe kämpfen und auch darum, dass ihr Ehemann die Nachfolge ihres Vaters als Kaiser antreten konnte. Denn Frankreich erkannte – wie auch andere Mächte – die sogenannte Pragmatische Sanktion mit dem Wechsel von der männlichen zur weiblichen Thronfolge nicht an und setzte 1742 die Wahl und Krönung seines bayerischen Verbündeten Kurfürst Karl Albrecht zum Kaiser durch. Bayern musste erst besiegt und der Kaiser von Frankreichs Gnaden eines frühen Todes sterben, damit Franz Stephan 1745 als Kaiser durchgesetzt werden konnte. Als der Gemahl, dem sie inzwischen sieben Kinder geboren hatte, sich prunkvoll in seinem vollständigen Krönungsornat zeigte, da brach Maria Theresia in ein lautes und herzliches Gelächter aus. Mittlerweile kannte sie ihn ja auch schon sehr privat. *Bernd Rill*

Hohenzoller an der Ordensspitze

Vor 500 Jahren wurde Albrecht von Brandenburg-Ansbach Hochmeister des Deutschen Ordens

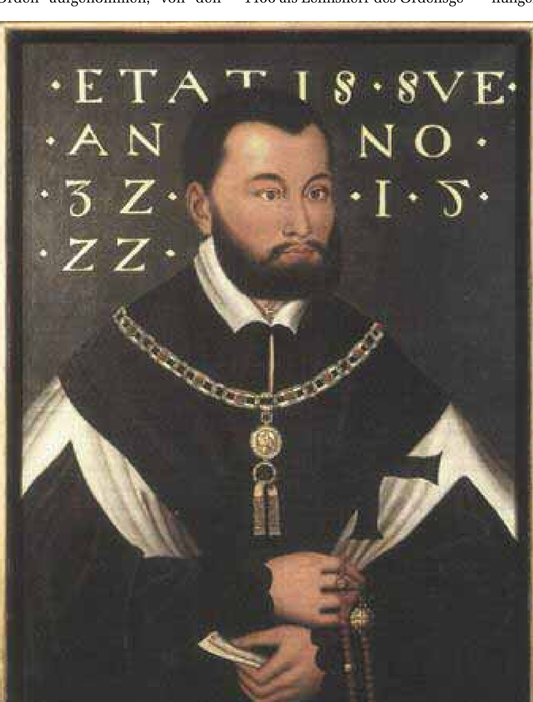
Am 13. Februar 1511 wurde Albrecht von Brandenburg-Ansbach zum Hochmeister des Deutschen Ordens gewählt. 14 Jahre später wurde der Hohenzoller zum Totengräber des Deutschordensstaates, indem er ihn in ein profanes, erbliches Herzogtum von Polens Gnaden umwandelte.

Im Deutschordensstaat wurde wie in Preußen das Leistungsprinzip verfolgt. Statt Protektion und Beziehungen sollte die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft über die Besetzung von Staatsämtern entscheiden. So versuchte der Deutsche Orden denn auch über Generationen das Mitglied an die Spitze zu wählen, das sich bis dahin am besten im Dienst am Orden bewährt hatte.

Auf Anraten des Hochmeisters Johann von Tiefen kam man von diesem Prinzip jedoch ab. Der Ordensstaat sah sich nicht mehr in der Lage, alleine der polnisch-litauischen Union zu widerstehen, und wählte deshalb fortan Fürstensöhne zu Hochmeistern, in der Hoffnung, dass diese dann ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zum Wohle des Ordensstaates spielen lassen würden.

Nach Tiefens Tod im Jahre 1497 war der Wettiner Friedrich von Sachsen der erste der nach diesem neuen Kriterium ausgewählten Hochmeister. Ihm folgte nach dessen Ableben 1510 der Hohenzoller Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Väterlicherseits war Albrechts Großvater der Kurfürst von Brandenburg sowie Markgraf von Ansbach und Kulmbach Albrecht Achilles und mütterlicherseits der polnische König Kasimir II. Mit der Wahl Albrechts verband sich so die Hoffnung, Verbündete im Reich zu finden und Polen zu beschwichtigen.

Nachdem Albrecht noch im Todesjahr seines Vorgängers von den Gebietigern zum künftigen Hochmeister gewählt worden war, wurde er am 13. Februar 1511 in der Deutschordenspropstei Zschillen bei Chemnitz in den Orden aufgenommen, von den Ordensbevollmächtigten endgültig zum Hochmeister erkoren und mit dieser Würde bekleidet.



Als Hochmeister des Deutschen Ordens: Albrecht von Brandenburg-Ansbach im Jahre 1522 Bild: Archiv

Kaum im Amt, sah er sich mit der Forderung seines Onkels König Sigismund I. von Polen konfrontiert, ihm den Treueeid zu schwören. Der polnische König betrachtete sich aufgrund des Zweiten Thorner Friedens von 1466 als Lehnsherr des Ordensgebietes und meinte deshalb, auf diesen Treueeid Anspruch zu haben. Diesen Akt der Unterwerfung und der Anerkennung der Oberhoheit Polens versuchte jedoch der neue Hochmeister wie sein Vorgänger mit allen Mitteln zu vermeiden.

Dieser Machtkampf belastete die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen dem Deutschordensstaat und der polnisch-litauischen Union und mündete schließlich 1519 in einen Krieg. In diesem sogenannten Reiterkrieg blieb ein kriegsentscheidendes Aufeinandertreffen der Streitmächte aus. Statt dessen konzentrierten sich die kriegführenden Parteien darauf, mit ihren Reitern im Herrschaftsgebiet des jeweils anderen zu rauben und zu brandschatzen.

1521 vermittelten der römisch-deutsche Kaiser Karl V. und König Ludwig II. von Böhmen und Ungarn aus dem polnischen Herrschergeschlecht der Jagiellonen in Thorn einen auf vier Jahre angesetzten Waffenstillstand. In dieser Zeit sollte ein Schiedsgericht unter der Leitung der beiden Monarchen die Streitfrage der Kriegskontrahenten zur Entscheidung bringen, ein frommer Wunsch.

Albrecht nutzte die Zeit, um im Reich Verbündete zu werben. Hierzu suchte er das Reichsregiment in Nürnberg auf. Während des Reichstages von 1522/23 besuchte er hier auch Predigten Andreas Osianders und kam mit dem Reformator in persönlichen Kontakt. Dem Mitstreiter Martin Luthers gelang es, den Hochmeister für die lutherische Lehre zu gewinnen. Der Deutschordensstaat war seit der Tannenbergschlacht von 1410 zusehends auf dem absteigenden Ast und die katholische Kirche in einer Krise, und als Albrecht eine Mahnung aus Rom erreichte, seinen Orden zu reformieren, suchte der Hochmeister Luther selbst in Wittenberg auf und bat ihn um Rat. Luther riet dann dem Hochmeister, den Ordensstaat in ein weltliches Fürstentum umzuwandeln.

Albrecht befolgte den Rat. Bevor 1525 der Waffenstillstand mit Polen ablief, schlug der Hochmeister dem polnischen König eine Paketlösung vor: Sigismunds Anerkennung der Umwandlung des Ordensstaates in ein erbliches Herzogtum mit Albrecht als Herzog gegen Albrechts Anerkennung der Lehensherrschaft Sigismunds. Die polnische Seite stimmte zu. Am 8. April 1525 schlossen die Kriegsparteien zu Krakau Frieden und besiegelten das Ende des Deutschordensstaates. Albrecht huldigte seinem Onkel und erhielt die Herzogswürde in Preußen verliehen.

Der Deutsche Orden und der Kaiser erkannten die Umwandlung nicht an, aber Albrecht sicherte abgesehen vom Einvernehmen mit dem übermächtigen polnischen Nachbarn die Aktion durch Bündnisse mit anderen protestantischen Herrschern geschickt ab. Zudem hatte die Reformation während seines Aufenthaltes im Reich auch im Deutschordensland viele Freunde und Anhänger gefunden. Um Pfingsten kehrte Albrecht als Herzog in das Gebiet zurück, das er als Hochmeister verlassen hatte. In der Hauptstadt Königsberg nahm er vom versammelten Landtage in Gegenwart polnischer Botschafter die Huldigung entgegen. Jene wenigen Ordensritter, die den Wechsel nicht mitmachen beziehungsweise nachvollziehen wollten, wurden des Landes verwiesen. So wurde aus dem Deutschordensstaat das Herzogtum Preußen.

Manuel Ruoff

Ostpreußens jüngster Bürgermeister

Ostpreußens jüngster Bürgermeister war Alfred Gille. Erst 27 Jahre war der am 15. August 1901 in Insterburg geborene promovierte Jurist alt, als er zum Bürgermeister von Lötzen gewählt wurde.

Nach Flucht und Vertreibung widmete er sein Leben den Schicksalsgefährten. Im Anschluss an die Kriegsgefangenschaft nach Lübeck verschlagen, übernahm er dort den Vorsitz des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Schleswig-Holstein und gründete mit Gleichgesinnten für Flüchtlinge und Heimatvertriebene die „Neue Lübecker Norddeutsche Baugenossenschaft“. 1952 übernahm er bei der Landsmannschaft Ostpreußen das Sprecheramt.



Alfred Gille Bild: Archiv

Außer verbands- betätigte sich Gille auch parteipolitisch. Er gehört zu den Gründern des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten in Schleswig-Holstein, dessen Landesvorsitz er übernahm. Für die Partei saß er ab 1950 im Kieler Landtag und ab 1953 im Bundestag. 1966 legte er aus gesundheitlichen Gründen alle Ämter nieder. Alfred Gille starb am 18. Februar 1971 in Reichenbach.

M. R.

»Der Furchtsame will ein Beispiel«

General Johann David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg kann auch uns Heutigen noch ein Vorbild sein

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie ist voller Parallelen, Analogien und Ähnlichkeiten sowie Lehren und Vorbildern. Schauen wir uns die gegenwärtige Lage Deutschlands an. Wie die Feierlichkeiten und die Rede der deutschen Regierungschefin Angela Merkel am 1. September 2009 zeigten, ist sie noch immer durch den Zweiten Weltkrieg geprägt. Vor nunmehr über sechs Jahrzehnten erlitt Deutschland eine seiner schwersten Niederlagen und wurde besetzt. Bezwinger waren die US-Amerikaner und deren Verbündete. Heute stehen US-amerikanische Soldaten noch immer in Deutschland. Mittlerweile ist Deutschland mit den USA verbündet. Die USA, deren Macht nach dem Zweiten Weltkrieg noch zugenommen hat, streben eine unipolare Ordnung für die Welt an. Die Durchsetzung dieser Ordnung stößt unter anderem in der islamischen Welt auf Widerstand. Heute führen die USA Krieg in der islamischen Welt. Deutschland hat traditionell entspannte bis gute Beziehungen zur islamischen Welt. Deutschlands politische Führung vertritt jedoch die Ansicht, dass die Staatsräson „uneingeschränkte Solidarität“ gebiete, und leistet Heeresfolge. Der Krieg in der islamischen Welt verläuft nicht so, wie die USA es sich gedacht hatten, worauf sie mit dem Wunsch nach noch mehr deutschen Soldaten reagieren.

Und wie war die Situation vor 197 Jahren, also im September 1812 in Preußen. Gut fünf Jahre zuvor hatte Preußen im Vierten Koalitionskrieg (1806/07) eine seiner schwersten Niederlagen erlitten. Bezwinger waren die Franzosen und deren Verbündete. Im September 1812 standen französische Soldaten noch immer in Preußen. Mittlerweile war Preußen mit Frankreich gezwungenermaßen verbündet. Frankreich, dessen Macht nach dem Vierten Koalitionskrieg noch zugenommen hatte, strebte nun eine unipolare Ordnung für Europa an. Die Durchsetzung dieser Ordnung stieß unter anderem in Russland auf Widerstand. Frankreich führte 1812 Krieg gegen Russland und Preußen musste dazu ein Hilfskorps unter dem Befehl des Generals Yorck v. Wartenburg stellen. Preußen hatte seit dem Tode Zarin Elisabeths entspannte bis gute Beziehungen zu Russland. Der Krieg in Russland verlief nicht so, wie Frankreich es sich gedacht hatte, worauf es mit dem Wunsch nach noch mehr preußischen Soldaten reagierte.

„Ansprache des Generals von Yorck an die Ostpreußischen Stände in Königsberg am 5. Februar 1813“: Gemälde von Otto Brausewetter (1835–1904) aus dem Jahre 1888 Bild: pa

Doch dann unterzeichnete Ludwig Yorck von Wartenburg Ende 1812 die Konvention von Tauroggen. Mit dieser Neutralisierung des von ihm kommandierten preußischen Kontingents in Napoleons Grande Armee beendete der preußische General das Sterben preußischer Soldaten für französische Interessen in Russland. Wo ist der Yorck der Gegenwart, der das Sterben deutscher Soldaten für US-amerikanische Interessen in der islamischen Welt beendet?

M. R.

Zitate General Yorcks

Auszug aus dem Brief des Generals Yorck an König Friedrich Wilhelm III. vom 3. Januar 1813: „Jetzt oder nie ist der Moment, Freiheit, Größe und Unabhängigkeit wieder zu erlangen, ohne zu große blutige Opfer bringen zu müssen. Der Furchtsame will ein Beispiel, und Österreich wird unserem Weg folgen .... Ich erwarte nun sehnsuchtsvoll den Ausspruch Eurer Majestät, ob ich gegen den wirklichen Feind vorrücken soll, oder ob die politischen Verhältnisse erheischen, dass Eure Majestät mich verurteilen. Beides werde ich mit treuer Hingebung erwarten.“

Aus der Rede Yorks an die Preußischen Stände vom 5. Februar 1813 in Königsberg (siehe Bild): York sprach in kurzen mächtigen Sätzen von dem, was es jetzt gelte, von der Erniedrigung, die Preußen getragen. Von der Hoffnung des Vaterlandes. Er schloss: „Ich hoffe, die Franzosen zu schlagen, wo ich sie finde; ich rechne hierbei auf die kräftige Teilnahme aller. Ist die Übermacht zu groß, nun so werden wir ruhmvoll zu sterben wissen.“

Die Versammlung brach in lauten begeisterten Jubel aus.

Wir können stolz auf unsere Sprache sein: Dieses Kulturgut muss geschützt werden!

Zu: „Artenschutz für deutsche Sprache" (Nr. 1)

Sind wir ein Volk von Papageien geworden, das immer und immer wieder von Medien und Werbung stückchenweise in Wort und Schrift an Englisch herangeführt wird, um es endlich zu verinnerlichen, wenn auch der Sinn von der breiten Masse oft meist nicht oder falsch verstanden wird?

Sicher ist Englisch Weltsprache und muss erlernt werden, will ich international zurechtkommen, nur sind wir keine Kolonie (?) und haben für über 100 Millionen Menschen längst eine eigene Amtssprache im deutschsprachigen Raum und das seit 1000 Jahren.

Auch wenn die Übermacht des Englischen groß ist und die Versuchung, mit Imponierenglisch zu trumpfen, „cool" wirkt, ist es Zeit, dem Unfug endlich Einhalt zu gebieten, um unseren Kindern und Enkeln keinen lingualen Trümmerhaufen zu hinterlassen. Eine derartige zum Teil freiwillige Überfremdung unserer Sprache in allen Bereichen in so kurzer Zeit hat es noch nicht gegeben (seit Napoleon).

Deutschland ist Führungsnation in Forschung und Entwicklung bis zum Export und hat von jeher Forscher und Studenten aus aller Welt angezogen, auch diejenigen, die wissenschaftliche Texte in Deutsch lesen wollen.

Ein eindringlicher diesbezüglicher Appell geht insbesondere an Universitäten, Kulturträger, unsere Botschaften weltweit, EU in Brüssel und Straßburg, Goethe-Institut und dergleichen. Die mutigen Schritte zum Schutz dieses unseres Kulturgutes durch die Herren Westerwelle, Lammert und Ramsauer begrüßen sicher mit mir Millionen Menschen, zum Belächeln besteht kein Anlass.

Sehen wir uns die Menschen an, die bei der Deutschen Bahn (im eigenen Land) mit „counter", „servicepoint", „security" nicht klarkommen oder am „airport" keine Ziele mehr erkennen (Milano, Wroclaw, Beijing, Bruxelles). Einwanderer nach Deutschland reiben sich verdutzt die Augen, wenn sie erkennen, dass wir von ihnen die Beherrschung unserer Sprache erwarten, während wir uns auf dem Wege zu „Basisdeutsch-Denglisch" befinden.

Ich danke der *PAZ*, dieses Thema wieder aufgegriffen zu haben.

Wofgang Saurenbach, Wuppertal

Gut fürs Ego

Zu: „Wie aus Geschichte ein Mythos wurde" (Nr. 4)

Wie aus Geschichte ein Mythos wurde und heute fester Bestandteil polnischen Nationalbewusstseins ist, kann in aller Kürze nicht besser beschrieben werden. Die in Tannenberg jährlich organisierten Ritterspiele sind neben Gaudi und Kommerz eine „zeitgerechte Ansprache" an das nationale Bewusstsein Polens, denn Gut und Böse, Sieger und Verlierer, sind unumstößlich, siehe www.grunwald600.pl. Die Fotos und Texte belegen die Weiterführung der politischen und militärischen Vereinnahmung im heutigen Polen.

Ulrich Kaiser, Gößnitz



Guttenberg versucht, die Wogen zu glätten: Schon vor den aktuellen Vorfällen herrschte wegen der Bundeswehrreform Unruhe beim Militär. Bild: H. Tittel/dapd

Mein Onkel war ein blauer Dragoner

Zu: „Die blauen Dragoner, sie reiten ...'" (Nr. 51)

Selbst nach 1933 sprach Mutter noch von „Unsrem Kaiser" und sie schwärmte von den „Blauen Dragonern" in Tilsit, wo ihr älterer Bruder diente. Der jungen Frau gefielen die schmucken Uniformen und die rassigen Pferde. Diese Idylle wurde leider durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges getrübt. Sie bangte um den geliebten Bruder, der weit in der Ukraine kämpfte. Als er Ende 1918 seine Rückkehr aus dem Felde ankündigte, war die Freude groß. Das Elternhaus wurde für den Hoferben geschmückt. Das ganze Dorf Ackmonischen an der Schiesche (Memelland) war aus dem Häuschen. Sie und ihr Vater fuhren mit dem Wagen nach Tilsit, um ihn dort zu empfangen. Aber sie suchten ihn vergebens unter den Soldaten. Dann die schreckliche Nachricht: Er war auf dem Rückmarsch erkrankt und gestorben. Der Flecktyphus hatte ihn dahingerafft. Sein Grab lag unerreichbar im polnischen Bialystok. Der Zufall wollte es, dass mein Ersatzbataillon etwa ab 1941 dort stationiert war. Ich erinnerte mich an die Erzählungen meiner Mutter und forschte nach dem Grab. Ich fand es auf einem hergerichteten Soldatenfriedhof. Auf dem rot-braun gestrichenen Holzkreuz war zu lesen: „Hugo Margies – geb. 1890, gest. 1918." Ich habe leider weder ihn noch die Dragoner gekannt.

Horst Redetzky, Delmenhorst

Guttenberg soll wie Köhler zurückgedrängt werden

Zu: „Guttenberg erstmals unter Druck" (Nr. 4)

Bei all dem Palaver um die aufgebauschten Vorkommnisse in der Bundeswehr muss man sich wieder einmal die Frage stellen: „Wem dient das?" Erst dann wird einem der Sinn des schmutzigen Rummels klar. Da wird versucht, den beliebtesten deutschen Politiker mit einem unerhörten Aufwand in den Dreck zu treten. Wie ein hungriges Rudel Wölfe jagen in diesem Sinne hinreichend bekannte Politiker einen erfolgreichen, immer sachlich agierenden Politikstar, um ihn zu Fehlern zu verleiten, zur Strecke zu bringen und letztendlich zu zerfleischen. Welche sind die Motive? Neid? Hass? Parteiinteressen? Was will man erreichen?

Wahrscheinlich soll der Angriff auf die Person des Ministers, denn um einen solchen handelt es sich hier ganz offensichtlich, von ihm als unzumutbar und würdelos, ja verantwortungslos gegenüber seinem Staatsamt empfunden werden. Zu Guttenberg soll sich vor einer Sudelgroßmacht in die Privatsphäre zurückziehen und das Feld der Politik diesen geifernden Politikhyänen überlassen. Das hatten wir doch schon einmal und zwar erst vor gar nicht langer Zeit, als der ähnlich beliebte Präsident Horst Köhler solch ein würdeloses Spiel nicht mehr mitmachte und zurücktrat, mit sofortiger Wirkung. Auf mich wirkt die gegen den Verteidigungsminister seitens einiger Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien und bestimmter Medien durchgeführte Kampagne wie eine wohlorganisierte, unmäßige Diffamierung der Regierung und Selbstbeschmutzung des höchsten deutschen Parlamentes in der Öffentlichkeit.

Nur merken diejenigen, welche die Schmutzkübel über den Minister und die Bundeswehr ausschütten, offenbar nicht, dass sie damit dem Ansehen der deutschen Nation erheblich schaden und damit auch sich selbst. Oder irre ich mich? Sehen sie sich gar nicht mehr als Deutsche und verfolgen tatsächlich eine solche politische Miesmacherstrategie? Denkt man in gewissen Politikerkreisen nicht mehr deutsch, sondern nur noch grün oder rot oder sonst wie?

Es sieht ganz so aus, als würde der Minister sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das freut mich ungemein. Ich gehöre aufgrund meiner Lebenserfahrungen zu den Politikverdrossenen, aber nicht zu den politisch Uninteressierten. Ich gehe regelmäßig erfolglos zur Wahl, denn ich suche immer noch nach einer Partei, welche sachlich, niveauvoll und mit Erfolg unsere nationalen Interessen und das Gemeinwohl der deutschen Bürger in allen politischen Gremien nach innen und außen vertritt.

Helmut Fellbrich, Leipzig

Frauen gehören nicht auf Segelschulschiffe

Zu: „Leere Patronen gegen Guttenberg" (Nr. 5)

In den meisten Berichten und Kommentaren zur „Gorch Fock"-Affäre scheint es vordergründig um Kritik an den Ausbildungsmethoden der Bundesmarine zu gehen. Aber auch die Versuche, das Image des beliebten CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg anzukratzen, sind unübersehbar. Und auch parteipolitische, wahlstrategische Rangeleien zwischen CSU, Grünen und FDP spielen dabei keine geringe Rolle. Wesentliche Gründe für das eigentliche Dilemma, für die unsere maßgeblichen Politiker verantwortlich sind, bleiben in gewohnter Weise ausgeklammert!

2010 stürzte die Offiziersanwärterin Sarah Seele „trotz gutem Wetter und Windstille" aus der Takelage der „Gorch Fock" und erlag ihren Verletzungen. 2008 rutschte die 18-jährige Jenny Böken an Deck aus und ist seitdem verschollen. Sie hatte, so wird berichtet, einen Tag zuvor mit dem Schiffsarzt über „Depressionen" gesprochen. Der tragische Tod dieser jungen Frauen wird damit begründet, dass sie „überfordert" gewesen seien. Dem ist zuzustimmen. Frauen sind den naturgemäß harten Anforderungen auf Segelschulschiffen nicht gewachsen und sind oft ein Störfaktor im Bordbetrieb. Das erklärt auch die beklagten „sexuellen Übergriffe"; ein Segelschulschiff ist nun einmal kein „Mädchenpensionat".

Das Vordringen der Frauen in solche bisherigen Männerdomänen gründet in den politischen Weichenstellungen, die von Kritikern als „Beleg für die moralische und intellektuelle Krise der politischen Klasse in Deutschland" bezeichnet werden.

Das Zauberwort heißt „Gender Mainstreaming". Dieser Begriff wurde 1995 auf der kommunistisch gelenkten Weltfrauenkonferenz in Peking zum Plan entwickelt und von der EU 1997 in den Vertrag von Amsterdam übernommen. Die Bundesregierung hat dann 1999 ressortübergreifende „Leitlinien zur Ideologie („... des Bösen", so Papst Johannes Paul II.) des Gender Mainstreaming" beschlossen – und das ohne Parlamentsentscheidung! „Gender Mainstreaming" ist quasi das politische Programm zur Aufhebung der Geschlechteridentität von Mann und Frau. Es ist mit Unterstützung des Antidiskriminierungs-Gesetzes der Weg zur entscheidenden geschlechtlichen Veränderung der Gesellschaft. Hier liegen die wahren Gründe für die bedauerlichen Vorfälle auf der „Gorch Fock", die nun von Politikern scheinheilig angeprangert werden.

Wir sollten wieder reumütig zurückkehren zu dem, was das SPD-Programm von Godesberg 1959 vorgegeben hat: „Gleichberechtigung soll die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufheben".

Karl Betz, Reiskirchen

Preußen in der *PAZ* bitte nicht zu sehr auf Ostpreußen beschränken

Zu: *PAZ*

Ich lese seit vielen Jahren die *PAZ*, die meine Frau abonniert hat, und ärgere mich oft, weil sie meines Erachtens ihrem Titel *Preußische Allgemeine Zeitung* nicht gerecht wird.

In der *PAZ* wird Preußen auf Ostpreußen beschränkt. Dabei meine ich die Nachrichten aus Ostpreußen. Preußen ist aber viel größer. Mit meiner Frau leite ich die Kreisgruppe seit vielen Jahren, bin aber in Breslau geboren. Und Schlesien gehört doch auch zu Preußen.

Dabei geschehen dort Dinge, die sich auch auf die preußische Geschichte beziehen, die sehr erfreulich sind. So wird zum Beispiel im Schloss von Breslau die 1000-jährige Geschichte Schlesiens gezeigt und die preußische Geschichte nicht verschwiegen. In dem Raum, in dem Friedrich Wilhelm II. den Aufruf an sein Volk verkündet hat, wird darauf besonders hingewiesen.

Und im Rathaus von Breslau ist eine Galerie berühmter und verdienter Breslauer, wo die Büste von Dietrich Bonhoeffer im Oktober des vergangenen Jahres feierlich aufgestellt wurde. Alle schlesischen Nobelpreisträger sind dort aufgestellt.

Fast 70 Jahre nach Kriegsende werden natürlich auch Polen geehrt, die sich nach dem Krieg um Breslau verdient gemacht haben.

Das sind nur wenige Beispiele, über die in einer Zeitung, die den Anspruch hat, *Preußische Allgemeine* zu sein, auch berichtet werden sollte.

Bernhard Kehren, Essen

Echte Traumata

Zu: Leserbrief „Alberner Kriegstrauma-Artikel" (Nr. 4)

Der Leserbrief verhöhnt die Opfer und Überlebenden des Krieges. Kann der Schreiber, Jahrgang 1935, sich nicht mehr an die schrecklichen Geschehnisse des Krieges erinnern, an die Opfer der Bombardierung, der Flucht und Vertreibung der Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten, der Dramen um die „Gustloff" und Dresden, ganz zu schweigen von den Qualen unserer jüdischen Mitbürger und Soldaten an der Front? Hier sind aufklärende Publikationen zu empfehlen, um daraus zu erkennen, welche psychologischen Folgen in Form von Traumata der Krieg in Teilen der Menschen hinterlassen hat. Wissenschaftliche Untersuchungen haben zudem ergeben, dass über die Erlebnisgeneration hinaus auch die Nachkommen betroffen sein können. Es ist von dem Schreiber unanständig, dieses traurige Thema so zu verharmlosen. **Joachim Moeller, Berlin**

Sippenhaft ist nicht hinzunehmen

Zu: „Falsche Moralapostel beherrschen die Szene" (Nr. 52)

Falsche Moralapostel verbreiten immer noch Kollektivschuldthesen. Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine Kollektivschuld gibt, schreibt Konrad Löw in seinem Artikel. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich.

Wenn aber die vielen falschen Moralapostel das Gegenteil behaupten, haben sie von keinem Juristen Folgerungen zu befürchten, sofern schmutzige Hetze über Deutsche ausgeschüttet wird. So erklärte vor einiger Zeit ein Ralph Giordano aus Hamburg nach seiner Bücherverkaufsveranstaltung in einer Volkshochschule, „alle Deutschen sind im Zusammenhang des Zweiten Weltkrieges kollektiv schuldig". Niemand hat ihn wegen Volksverhetzung gem. § 130 StGB angeklagt. Alle erinnern sich noch an den Auftritt Westerwelles in Polen, der die dortige Pflege der Kollektivschuldthese nicht zurückgewiesen hat, sondern eine Ablenkung gegen Frau Steinbach startete.

Denn auch die Vertreibungen sind kollektive Bestrafungen Unschuldiger. Dieses Unrecht wurde vom sowjet-kommunistischen Unrechtssystem mit Zustimmung und tatkräftiger Unterstützung der westlichen Siegermächte vollzogen.

Es bleibt abzuwarten, wie in Zukunft die Repräsentanten der westlichen Rechtsstaaten mit den elementarsten juristischen Einsichten umgehen. Und ob sie weiterhin ihr eigenes Unrecht pflegen, um die Deutschen fortlaufend in Sippenhaft halten zu können. Denn aus einer juristisch nicht haltbaren Kollektivschuld können auch keine Entschädigungsfolgen von nachfolgenden Generationen abgepresst werden.

Russland hält sich strikt an die juristische Einsicht und weist jede Verantwortung für Unrechtstaten der Sowjetunion von sich. Diesbezüglich ist das Land ein Musterbeispiel für Rechtsstaatlichkeit, von dem Deutschland mit seinen vielen falschen Moralaposteln weit entfernt ist. Diese dürfen die geistige Kraft eines in allen Bereichen sehr tüchtigen Landes nicht auf längere Sicht lähmen.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Preußen waren besser als ihr Ruf

Zu: Leserbrief „Die Nürnberger Prozesse hatten viele rechtsstaatlichen Schwächen" (Nr. 4)

Immer wieder werden die Deutschen mit dem Krieg und dem Nationalsozialismus konfrontiert. So soll den Menschen ein schlechtes Gewissen gemacht werden. Keiner hält den Polen vor, was sie mit den Deutschen vor dem Krieg gemacht haben. Niemand regt sich über die Weltmacht USA auf, wie sie die amerikanischen Ureinwohner (Indianer) hingemordet und deren Land geraubt haben. Der Landraub und die Militärschläge der Israelis (Juden) werden als etwas Selbstverständliches angesehen und noch gerechtfertigt. Nur Lügen und Unrecht von den heutigen Parlamentariern. Kein preußischer Staatsmann, Monarchist oder Aristokrat ist so mit seinen Untertanen umgegangen. Das war gegenseitiges Akzeptieren und Respektieren, verbunden mit Kameradschaft und einen guten Miteinander.

Was heute mit den Menschen gemacht wird, ist weitaus schlimmer, denn man lässt sie verkommen und achtet sie nicht mehr. Heute stellt man sich gegen die Menschen und ein Großteil der so Geplagten muss zum Psychiater, das den Ärzten schon unheimlich wird und man diesen Verlauf mit Besorgnis in der „Ärztezeitung" betrachtet. Soweit ist das nun gekommen mit Deutschland. Wenn ein Mann wie Sarrazin diesen Missstand in der Gesellschaft darzustellen versucht, wird er noch als schlecht hingestellt. Wie wird das noch enden?

Eddi Göller, Malsfeld/Kurhessen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 12. Februar 2011

MELDUNGEN

Heiligenbeil-Ausstellung

Heiligenbeil – Das Museum Friedländer Tor zeigt bis zum 3. April in der Ausstellung „Heiligenbeil-Mamonowo 710 Jahre“ die Geschichte der ostpreußischen Kreisstadt. Zu sehen sind Reproduktionen alter Stiche, Fotografien, Ziegelsteine und Äxte, Pfeilspitzen und Kriegsmaterialien aus den 1940er Jahren mit Mustern aus Fabriken der Stadt. Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsarbeit des Städtischen Museums Heiligenbeil, des Königsberger Staatsarchivs, des Museum Friedländer Tor und des 2010 gegründeten Heimatmuseums Heiligenbeil. Nähere Informationen erteilt das Museum Friedländer Tor, ul. Dserschinskogo 30, 236004 Königsberg, Telefon 007 (4012) 631520. *MRK*

Denkmal für jüdische Opfer

Palmnicken – Aus Anlass des 66. Jahrestages des Massakers in Palmnicken, bei dem Tausende jüdische KZ-Häftlinge an die Samlandküste getrieben und dort kaltblütig ermordet worden sein sollen, fand auf Einladung der jüdischen Gemeinde in Königsberg und der Bürgerinitiative „Palmnicken 45“ eine Gedenkveranstaltung statt. Dabei wurde in Anwesenheit von rund 700 Teilnehmern, darunter Gouverneur Nikolaj Zukanow, ein Denkmal des Bildhauers Frank Meisler eingeweiht. Die Kreisgemeinschaft Fischhausen ließ an dem Denkmal einen Kranz niederlegen. *PAZ*

Versorgungsengpass in Königsberg

Polnisch-russischer Grenzstreit treibt im nördlichen Ostpreußen Lebensmittelpreise in die Höhe

Seit Mitte Januar streiten sich Polen und Russland über den Umfang des Lkw-Verkehrs. Weil keine Einigung erzielt worden ist, ist der Grenzübergang vom südlichen ins nördliche Ostpreußen für Laster gesperrt. Kilometerlange Staus an der Grenze zu Litauen und Lieferengpässe in der Königsberger Exklave sind die Folge.

Wieder einmal bekommen die Menschen im Königsberger Gebiet ihre Lage als russische Exklave empfindlich zu spüren. Weil sich das russische Verkehrsministerium und das polnische Ministerium für Infrastruktur nicht einigen konnten, wie viele Fuhren 2011 die Grenzübergänge passieren dürfen, steht seit dem 15. Januar dort alles still. Mit schlimmen Folgen für das Königsberger Gebiet.

Seit Ende Januar steigen die Lebensmittelpreise drastisch. Weil Importwaren, die per Lastkraftwagen geliefert werden, das Gebiet nur noch spärlich erreichen, sehen sich die großen Handelsketten gezwungen, ihre Preise zu erhöhen. Die Region ist von Importen abhängig. Über die Hälfte der Lebensmittel in den Regalen der Supermärkte kommt aus dem Ausland.

Für das Speditionswesen ist die Lage äußerst bedrückend. Durch die Blockade erhöhen sich die Transportkosten um 30 bis 50 Prozent, wenn sie Polen umgehen müssen. Neben längeren Lieferwegen kommt ein weiteres Problem hinzu: An der Grenze nach Litauen bilden sich kilometerlange Staus. Am Grenzübergang Wiesenblick (Tschernyschewskij) – Kybartai (Wirwallen Bahnhof) war die Schlange zeitweise bis zu 15 Kilometer lang. Die Grenzabfertigung verlängerte sich dadurch auf mehrere Tage. Um die Situation zu entspannen, wird nach Alternativen zum Transport über die Straße gesucht. Die Container werden entweder per Schiff oder per Bahn transportiert. Schon jetzt bekommt man keine Tickets mehr für die Verbindung Memel–Kiel.

Bislang will keine der beiden Konfliktparteien nachgeben, obwohl sowohl auf russischer als auch auf polnischer Seite Verluste in Millionenhöhe entstehen. Russische Spediteure beziffern ihre Verluste seit Januar mit umgerechnet 15 Millionen US-Dollar (rund elf Millionen Euro), ihre polnischen Kollegen sogar mit 30 Millionen. Das russische Verkehrsministerium will die Kapazität der grenzüberschreitenden Fuhren von bisher 25 000 auf 35 000 jährlich erhöhen, die Polen bestehen jedoch auf 63 000 Lastkraftwagen. Ein Kompromiss könnte bei 45 000 bis 50 000 liegen, doch wann ein solcher vereinbart wird, steht noch in den Sternen.

Gouverneur Nikolaj Zukanow gerät indessen unter Druck, denn vor März wird mit einer Einigung kaum gerechnet. Am 13. März wird die Parlamentswahl stattfinden. Explodierende Preise für Lebensmittel könnten dem Image der Regierungspartei schaden. Zukanow ist bemüht zu handeln. Er hat angekündigt, vor jedem Supermarkt, der die Preise erhöht, einen Parallelmarkt mit Produkten aus der Region einzurichten, um den Verbrauchern eine Alternative zu bieten.

Beim Haus der Räte wurde bereits ein derartiger Markt mit heimischen Produkten eröffnet. Er ist am Wochenende von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Hier können die Königsberger Früchte, Fleisch, Fisch und Brot zu erschwinglichen Preisen kaufen. Ähnliche Märkte wurden auch in anderen Städten eingerichtet. Die Lieferengpässe können solche Märkte jedoch nur teilweise auffangen.

Bei einem Treffen mit Spediteuren riet er diesen, sich an das russische Verkehrsministerium zu wenden, um dort auf ihre prekäre Lage hinzuweisen, erklärte aber gleichzeitig, dass das Problem in der Kompetenz zweier Länder liege.

Neue Märkte sollen Preise der Supermärkte drücken

Am schlimmsten von der Krise betroffen sind die Spediteure, die leicht verderbliche Waren wie Obst und Früchte befördern. Sollte das Problem nicht bald gelöst werden, bedeutet das für viele Unternehmen das „Aus“. Zukanow stellte in Aussicht, dass innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Lösung gefunden werde. Für die Spediteure zählt nun jeder Tag, wenn sich die Regale der Supermärkte nicht leeren sollen. *Jurij Tschernyschew*



Bild: Tschernyschew

Staatliche geförderte Alternative zum teuren Supermarktbesuch: Einkaufen auf dem Markt mit heimischen Produkten

Neues Lexikon bedeutender Ostpreußen

Auch unbekanntere Personen finden sich in dem von der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit herausgegebenen Band

Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit weist seit einigen Jahren eine rege Verlagstätigkeit auf. Unter der Redaktion von Joanna Szymanowska sind die Reportagensammlungen von Joanna Wankowska-Sobiesiak „Agathas Schuhe“ und „Za mało na Polaka, za mało na Niemca ...“ („Zu wenig für einen Polen, zu wenig für einen Deutschen ...“) erschienen.

Seit kurzem gibt es wieder eine Neuerscheinung, die „Biographien Deutscher aus Ostpreußen“ von Jan Chłosta. Der 1938 in Allenstein Geborene verfasste bereits mehrere Lexika über die prominenten Persönlichkeiten Ostpreußens, darunter 1996 „Bekannte und unbekannte Allensteiner des 19. und 20. Jahrhunderts“ in deutscher und polnischer Fassung, 1999 „Wieksi i najwieksi twórcy kultury niemieckiej z Prus Wschodnich“ („Die größeren und größten Schöpfer deutscher Kultur aus Ostpreußen“) sowie 2002 „Słownik Warmii“ („Ermlands Wörterbuch“). Die Veröffentlichungen trugen wesentlich zu einer Popularisierung des deutschen Kulturgutes im Bewusstsein der heutigen Bevölkerung Allensteins und der ganzen Region bei.

Chlostas aktuelle Publikation ist denjenigen Deutschen gewidmet, die in Ostpreußen geboren wurden oder hier wirkten. Sie unterscheidet sich von anderen Veröffentlichungen, da der Verfasser seine Aufmerksamkeit ausschließlich auf bereits verstorbene Deutsche fokussiert. Zeitlich reicht das Personenregister vom letzten Hochmeister des Deutschordensstaates und ersten Herzog Preußens, Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568), bis zu Walter Angrik (1932–1993), dem Gründer der deutschen Gesellschaften nach der friedlichen Revolution des Jahres 1989. Die Personenwahl umspannt also Vertreter verschiedenster Berufe und Stände aus einem halben Jahrtausend. Es sind darunter Adelige wie Otto von der Groeben (1567–1644), Bischöfe wie Philipp Krementz (1819–1899), Lokalpolitiker, Musiker wie Otto Nicolai (1810–1849), Philosophen wie Immanuel Kant (1724–1804) und Johann Georg Hamann (1730–1788), Naturwissenschaftler, Literaturkritiker, Schriftsteller wie Johannes Bobrowski (1917–1965), Journalisten, Künstler, Architekten, Industrielle und Ärzte. Doch nicht die Biographien der meist auch in Polen allgemein bekannten Persönlichkeiten machen den besonderen Wert dieses Buches aus, sondern dass auch große Persönlichkeiten porträtiert werden, die noch nicht im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert sind.

Das Spektrum reicht von Herzog Albrecht bis zum 1993 verstorbenen Walter Angrik

Mitunter werden sie nicht unbedingt immer mit ihrem ostpreußischen Geburtsort oder ihrer Wirkungsstätte in Verbindung gebracht. Ein Beispiel hierfür ist Richard Schirrmann (1874–1961), der „Erfinder“ der Jugendherberge, der im Dorf Grunenfeld bei Braunsberg das Licht der Welt erblickte.

Der Autor nahm auch die Namen zweier erst vor wenigen Jahren Verstorbener auf, die sich durch ihr beispielloses Engagement besonders um die Annäherung zwischen Deutschland und Polen verdient gemacht haben: Irmgard Falken (1925–2003) und Pfarrer Johannes Gehrmann (1933–2004). Falken wird vor allem als Herausgeberin des in der Region viel gelesenen und oft in der Lokalpresse zitierten „Allensteiner Heimatbriefs“ gewürdigt: „Diese Zeitschrift mit einer Auflage von 5000 Exemplaren füllte sie mit eigenen Texten und Fotografien. Durch ihre Arbeit schuf sie eine Brücke zwischen den ehemaligen und jetzigen Bewohnern Allensteins. Sie vermittelte in der Zusammenarbeit von Allenstein und Gelsenkirchen, ihrem Bemühen verdanken wir die Sammlung von Spenden in Deutschland, um die im Jahre 1996 aufgestellte Figur des Heiligen Johannes Nepomuk auf der Allensteiner Johannes-Brücke zu finanzieren.“ Über Pfarrer Gehrmann ist Folgendes zu lesen: „Im Jahre 1981 organisierte er zusammen mit Helga und Herbert Monkowski die Hilfsaktion Polen, durch die Polen materielle Hilfe bekamen. Dank seines Einsatzes gingen 170 Lkw-Transporte im Gesamtwert von 80 Millionen Mark nach Polen, die nicht nur Lebensmittel brachten.“ In dem Buch wird ein weiterer Geistlicher, der gebürtige Dietrichswälder und Apostolische Visitator für die Ermländer in Deutschland, Johannes Schwalke (1923–2007), gewürdigt. „Auf sein Bemühen wurde nach 1989 in Allenstein ein Seelsorge für die deutsche Minderheit eingerichtet“, so Chłosta.

Das Nachschlagewerk ist sowohl auf Deutsch als auch auf Polnisch erschienen

Kein Nachschlagewerk kann den Leser vollständig zufrieden stellen. Nicht anders ist es auch diesmal. So fehlen in dem Buch zwei wichtige bibliographische Angaben, und zwar Wilhelm Matulls Werk „Große Deutsche aus Ostpreußen“ und die Internetseite „Prominente Persönlichkeiten mit Geburt oder Wirken in Königsberg“ (www.ostpreussen.net/index.php?seite_id=12&bericht=05&kreis=38&stadt=01). Auch ist die Wahl einzelner biographischer Einträge etwas eigenwillig. Warum solche wichtigen Ostpreußen wie der Barockmaler Michael Willmann, der Dichter Theodor Gottlieb von Hippel oder fortschrittliche Denker des 19. Jahrhunderts wie Fanny Lewald oder Eduard Simson übersehen wurden, bleibt unklar. Dennoch ist das Lexikon als ein weiteres Beispiel für eine durchdachte Ergänzung des Wissens über die Vergangenheit Ostpreußens zu begrüßen und es ist zu hoffen, dass weitere Beiträge dieser Art folgen. Das Buch ist auf Deutsch wie auf Polnisch erschienen, wobei die deutsche Fassung ein Ergebnis der Übersetzungskunst des Kaplans André Schmeier ist.

Zu beziehen ist das Buch über Joanna Szymanowska bei der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, ul. Partyzantów 3, 10-522 Allenstein, www.powiat.szczytno.pl *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wir erhalten manchmal Zuschriften, die eigentlich als solche nicht zu bezeichnen sind. Sätze, die nicht zu Ende geschrieben wurden, ein paar hingeworfene Worte, reihenweise Fragezeichen ohne gestellte Fragen, Fragmente, die man nicht erklären kann. Oft liegt es an der Schrift, die nur schwer oder überhaupt nicht zu entziffern ist und die das Unvermögen der Schreibenden, sich verständlich auszudrücken zu können, beweist, auch wenn der Wille dazu spürbar ist. Doch gerade diese Schreiben sind mir wichtig, weil sie bisher abgeblockte Schicksalsfragen aufzeigen, die noch immer unterschwellig vorhanden sind. Diese auf den ersten Blick unverständlichen Schreiben stehen am Beginn eines Weges, der zu unserer Ostpreußischen Familie und damit zu erhofften Antworten führt, aber er ist mühsam. Auch für uns. Und manchmal klappt es auch erst auf den zweiten oder dritten Blick.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Wie im Fall eines Lesers, eines Berliner Architekten – der mir interessante Informationen über Wärmetechnik zusandte, die ich aber leider im fest abgesteckten Themenrahmen unserer Kolumne nicht behandeln kann. Angeheftet an ein kurzes Anschreiben fand ich einen Ausschnitt aus unserer Zeitung, der wie herausgerissen aussah. Ich wollte ihn schon beiseitelegen, da bemerkte ich, dass es sich um die Kopfleiste der Rubrik „Wir gratulieren“ handelte, die im Zickzackmuster wie eine Girlande herausgeschnitten war – das Tulpenmuster verstärkte noch den Eindruck. Beim Auseinanderfalten bemerkte ich dann einige handgeschriebene Notizen: „Das hohe Alter der Ostpreußen – welche Berufe? Konnten sie sich einrichten westlich der Oder? Wer schreibt mal über Euch Ostpreußen?“ Nun, lieber Herr **Gernulf Sch.**, das geschieht ja bei uns laufend, denn gerade für Vertriebenenschicksale bietet unsere Ostpreußische Familie ein breites Forum, viele Fragen sind ohne Schilderung der Lebensläufe der Suchenden und Gesuchten nicht zu übermitteln. Ein gutes Beispiel ist die folgende Suchgeschichte, die Frau **Hilde Ruda** aus Iserlohn uns vorlegt:

Es handelt sich um eine Königsbergerin, deren Schicksal sie beschäftigt, weil es auch ihre eigene Familie betrifft. Die Gesuchte heißt **Frieda Bensch**, sie wohnte in der Artilleriestraße in Königsberg und war mit Frau Rudas Bruder, **Emil Neth**, befreundet. Dieser hatte einen Sohn, den damals sechs Jahre alten **Gerhard**. Soweit ich dem Schreiben von Frau Ruda entnehmen kann, hat Frau Bensch den Jungen mit auf die Flucht genommen. Sie haben wohl gemeinsam Königsberg verlassen, vermutlich über See, denn Frau Bensch wollte nach Dänemark. Die leibliche Mutter des kleinen Gerhard war **Meta** Neth geborene **Pieraks**, sie stammte aus Goldap. Der Vater **Emil Neth** ist wahrscheinlich in Lettland verstorben, Die Familie wurde auseinander gerissen und hat sich erst nach und nach gefunden, manche Verbindung kam nicht mehr zustande. Bleiben wir zuerst bei der Schreiberin, Hilde Ruda, geborene Neth. Sie verließ während des Krieges ihre Heimat Ostpreußen, den Unterschriften der beigelegten Fotos nach stammte wohl die mütterliche Familie aus Kaddig, Kreis Sensburg. Als 15-Jährige kam Hilde Neth 1942 in das Rheinland und arbeitete in einer Fabrik. Der Abschied von der Heimat muss ihr sehr schwer gefallen sein, denn sie schreibt über den Aufenthalt im Rheinland: „... da, wo die Bomben fielen, und ich wohnte bei fremden Menschen“. 1944 wurde sie als Flakhelferin verpflichtet und kam mit anderen Mädchen nach Gleiwitz. Von dort mussten sie 1943 fliehen und fanden Unterkunft in einer Kaserne in Stralsund. Als die Russen kamen, flohen die Mädchen zusammen mit den Soldaten nach Westen, wo sie in Remberg das Kriegsende erlebten. Als Jugendliche wurden sie von den Engländern entlassen und kamen in ein Frauenwohnheim. Aber wo waren ihre Angehörigen? Erst nach vier Jahren erfuhr Hilde, dass ihre Mutter noch lebte. Sie wohnte in Kaddig zusammen mit ihrem jüngsten Sohn. Ein älterer Bruder, **Fritz**, war in englische Gefangenschaft geraten und wurde 1948 entlassen. Vom Vater **Hermann** Neth, der aus Lauk, Kreis Heiligenbeil stammte, wussten sie nichts. Erst viel später erfuhren sie, dass es ihm gelungen war, nach Westdeutschland zu kommen. Er verstarb aber bereits 1948 in Bramsche. Zu der Mutter des kleinen Gerhard hatten sie wohl keine Beziehung. Meta Neth ist geflüchtet, denn sie soll nach dem Krieg in Wanne-Eickel gewohnt und erneut geheiratet haben. Frau Hilde Ruda hat ebenfalls geheiratet, ihr Mann stammte wohl auch aus Ostpreußen, denn sie schreibt, dass sie jahrelang in „unsere Heimat“ gefahren sind, bis er vor drei Jahren verstarb. Ja, nun sucht die 85-Jährige nach Frieda Bensch, zu der sie wohl ein gutes Verhältnis gehabt hat, weil sie ein Bild von „Friedel“ noch immer besitzt. Ich glaube, diese Familiengeschichte, die noch immer nicht beendet ist, kann durchaus die Kriterien erfüllen, die Herr Gernulf Sch. gefordert hat. (Hilde Ruda, Am Steinhügel 67 in 58636 Iserlohn.)

Das Schreiben von Frau **Simone Gerlach** aus Schwerin möchte ich ohne nähere Erläuterung bringen. Sie trägt ihr Anliegen sehr emotional vor, wägt dabei Hoffnung und Zweifel ab und hält sich präzise an die Fakten, so dass jedes erklärende oder vermittelnde Wort überflüssig ist. Und sie wendet sich direkt an unsere „liebe ostpreußische Familie“ – die soll es nun lesen: „Hanebüchene Geschichten über meinen Vater geisterten von jeher durch meine Familie, jedoch hatte nie jemand den Antrieb, weitere Nachforschungen anzustellen. Auch mein Vater versteckte sich lieber hinter der Geschichte vom „Findelkind mit Schild um den Hals“, und sogar ich selbst glaubte nicht daran, dass ich jemals Licht in das Dunkel bringen würde. Aber, liebe Frau Geede, liebe Ostpreußische Familie: Es nagt an mir. Hundertmal habe ich die Gedanken zur Seite gelegt, weg geschoben und die Sache als hoffnungslos erklärt. Doch seit einem Brief vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) begegnet mir Ostpreußen überall. Sei es die Nachbarin, die als Kind aus Königsberg fliehen musste, oder die Kollegin, deren Großeltern aus Braunsberg vertrieben wurden. Es verfolgt mich. Warum ich selber die Angelegenheit für hoffnungslos halte? Nun ja, die Angaben sind mehr als spärlich. Mein Vater, **Franz** Gerlach, kam zu unbekannter Zeit mit einem Transport über Königsberg nach Grimmen in ein Auffanglager. Im März 1946 kam er in ein Krankenhaus in der Nähe von Bernburg und kurz darauf in ein Bernburger Kinderheim. Eltern und Geburtsort sind unbekannt. Das Geburtsjahr wurde auf Anfang 1945 geschätzt.

Ich gehe davon aus, dass zwischen der Ankunft in Grimmen und der Einweisung in das Krankenhaus nicht allzu viel Zeit lag, der Transport müsste deshalb zwischen Januar und März 1946 erfolgt sein. Dann wäre es also ein geregelter Transport, vielleicht ein Kindertransport? Mich würde es interessieren, ob es hierüber noch Listen gibt. Wenn der Name meines Vaters auf einer der Listen eingetragen ist, könnte man nachvollziehen, aus welchem Kreis der Zug kam. Vielleicht war mein Vater aber auch schon vor dem Transport in einem Krankenhaus oder Kinderheim in Ostpreußen. Er war doch sehr klein und jemand müsste sich um ihn gekümmert haben. Der Gedanke, dass es sich um einen geregelten Transport handelt, gibt dem Fall doch einen Hoffnungsschimmer. Vielleicht hält die tatkräftige Ostpreußische Familie ein paar Informationen bereit, die mir weiter helfen können.“ (Simone Gerlach, Plöner Straße 2 in 19057 Schwerin, E-Mail: simonegerlach1@aol.de)

Je weiter die Zeit fortschreitet, desto wichtiger ist jede Meldung von ehemaligen Weggefährten aus der Heimat, denn nur sie verfügen noch über erlebte oder überlieferte Kenntnisse und können so für manche Suchenden deren Kindheit oder Jugendzeit wenigstens teilweise erhellen. Das hatte auch Frau **Kirstin Laurick** für ihre aus Dietrichsdorf stammende Großmutter gehofft, die ein altes Suchbild fand, auf dem ihr Vater, Lehrer **Erich Gensch**, mit seiner Schulklasse abgebildet ist. Wir hatten die Suchfrage in Folge 3 veröffentlicht – und die Antwort kam prompt, leider nicht von der gesuchten Frau **Martha Braun**, die das Klassenfoto im Jahr 1982 an das *Ostpreußenblatt* gesandt hatte: Sie ist vor eineinhalb Jahren verstorben. Ihr richtiger Name lautete **Martha Brauns** geborene **Gortat**, und sie war ihrer masurischen Heimat immer verbunden geblieben, denn bis zu ihrem Tod am 14. August 2009 gehörte sie der Kreisgemeinschaft Neidenburg an. Dieses teilte uns Herr **Reinhard Kayss** von der Auskunftsstelle Kreis Neidenburg mit. Die 1918 geborene Martha



Friedel Bensch Bild: privat

Brauns wohnte in Kempten. Sie hätte sich wohl sehr über die Nachricht gefreut, dass die Tochter ihres Lehrers sich gemeldet hatte und mit ihr Verbindung aufnehmen wollte. Dass diese nun nicht mehr zustande kommt, bedauert Herr Kayss sehr, aber er steht für weitere Informationen über Dietrichsdorf und seine früheren wie auch jetzigen Bewohner zur Verfügung, da er im Beirat für Familienforschung in der Kreisgemeinschaft Neidenburg ist. Kaum hatten wir dies der Enkelin der Suchenden mitgeteilt, kam eine weitere Zuschrift, die sogar aus dem Kreis der Verwandtschaft kommt und auch den Namen der Gesuchten trägt. Frau **Ursula Brauns** aus Hamburg schreibt: „Die Familie meines Mannes **Werner** Brauns wohnte bis 1945 in Kniprode, einem Nachbarort von Dietrichsdorf. Aus Erzählungen weiß ich, dass ein Cousin von ihm, **Max** Brauns, aus Dietrichsdorf mit einer Martha, geborene Gortat verheiratet war. Laut Neidenburger Heimatbrief ist Martha Brauns am 14. August 2009 im Alter von 90 Jahren verstorben. Leider weiß ich nicht, ob es die richtige Person ist. Sie könnte es aber sein“. Sie ist es auch, wenn man die Zuschriften vergleicht. Ob noch nähere Verwandte der Verstorbenen leben, weiß Frau Ursula Brauns nicht, aber es dürften jetzt weitere Meldungen zu erwarten sein. Auch von der wohl überraschten Großmutter von Frau Kirstin Laurick, zu der wir bisher keine direkte Verbindung haben – die Enkelin stellt federführend für sie die Suchfrage, die wir nun noch mit einer neuen Information erweitern können: Der Hauptgrund für die Suche von Frau Lauricks Großmutter nach ehemaligen Dietrichsdorfern liegt in der Unwissenheit über den Tod ihres Vaters Erich Gensch, Die Tochter konnte bisher nie erfahren, wie dessen Leben ab Januar 1945 verlief. Zum letzten Mal hatten sie sich beim Abschied auf dem Bahnhof gesehen, wo der Vater seine Familie in den letzten Zug setzte, der Russe stand bereits vor der Türe. Erich Gensch blieb in Dietrichsdorf zurück. Wer von den flüchtenden Bewohnern war ebenfalls in diesem letzten Flüchtlingszug? Wer war damals mit Erich Gensch zusammen und kann sich erinnern, ob der Lehrer in Gefangenschaft geriet oder wann und wo er verstarb? Die heute 87-jährige Tochter möchte endlich Klarheit über das Schicksal ihres Vaters haben, vielleicht finden sich doch noch einige Teilchen für dieses Mosaik, das bisher nur aus einigen Bruchstücken besteht?

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Pommersche Bibliothek wiedereröffnet

Festakt in Stettins ehemaliger Stadtbücherei an der Grünen Schanze mit Übergabe eines Museums der Literatur

Die festliche Neueröffnung der ältesten Bibliothek Stettins, der ehemaligen Stadtbücherei der pommerschen Provinzhauptstadt, an der Grünen Schanze (Dworcowa 8) wurde zu einem bedeutenden kulturellen Ereignis. Das Besondere an diesem feierlichen Tag, an dem zahlreiche geladene Gäste aus Politik, Kunst und Kultur ins Haus kamen, war die Übergabe eines Museums der Literatur in den modern umgestalteten Räumlichkeiten der Bibliothek.

Für den Benutzer der Bücherei muss es ein Genuss sein, in den Lesesälen oder mit den nach neuzeitlichen Gesichtspunkten eingerichteten Katalogen zu arbeiten. Das altehrwürdige Gebäude, ursprünglich eine Schule, wurde im Jahre 1905 zur Stadtbibliothek umgewandelt. Die Außenfront des Hauses ist sorgfältig und repräsentativ restauriert worden. Der Eingang von der Grünen Schanze aus ist nunmehr wieder zum Betreten der Pommerschen Bibliothek geöffnet worden. Der Besucher kann sich den Umweg über eine Art Hinterhof und über das Gelände, auf dem die am 9. November 1938 von den Nationalsozialisten in Brand gesteckte und dann abgerissene Synagoge stand, ersparen.

Direktor der Stettiner Stadtbücherei war von 1907 bis 1945 Erwin Ackerknecht. Nachdem die deutsche Stadtverwaltung ihr Amt aufgeben musste und Stettin am 5. Juli 1945 unter polnische Verwaltung gestellt wurde, nahm am 12. Juli 1945 die polnische Stadtbibliothek ihren Betrieb auf. Heute ist die Pommersche Bibliothek in Stettin die Kulturinstitution der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Westpommern, eine regionale und die größte öffentlich zugängliche wissenschaftliche Bibliothek in dem Teil Pommerns östlich der Oder-Neiße-Grenze. Die Bibliothek hat einen großen Teil des alten deutschen Bücherbestandes bewahrt.

Das war unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht so einfach. Das Haus hatte die schweren Bombenangriffe und die Zeit nach der Besetzung durch die Rote Armee am 26. April 1949 relativ gut überstanden. Die Verluste an Büchern waren zu ertragen. Am härtesten betroffen waren die ausgelagerten Bestände. Anfangs bestanden die polnischen Behörden darauf, die deutschen Bücher zu vernichten. Es waren polnische Wissenschaftler, die sich dagegen verwahrt haben, Kulturgut zu vernichten. Ein Teil der geretteten deutschen Bücher wurden nach Innerpolen verbracht. Die Stettiner Leiter der Bibliothek haben zäh um eine Rückkehr der „vertriebenen“ deutschen Literatur gekämpft. Bis heute ist dieses heikle Problem noch nicht völlig gelöst.

Wichtigste kulturelle Einrichtung der Stadt seit über 100 Jahren

Als Woiwodschaftsbibliothek – die Sammlungen umfassen ungefähr 30 000 wertvolle alte Drucke und über eine Million Bände – führt die Einrichtung die inhaltliche Aufsicht über das Netzwerk von über 180 öffentlichen Verwaltungsbibliotheken in der Woiwodschaft Westpommern. Hier werden zahlreiche kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen, Ausstellungen, Buchvorstellungen, Vorträge und Konferenzen organisiert. Überdies veröffentlicht die Bücherei eigene Bücher, zum Beispiel in der Reihe „Monumenta Pomeranorum“, und stellt Werke der Stettiner und regionalen Schöpfer, Schriftsteller und Künstler aus. Wie seinerzeit unter der Obhut von Ackerknecht und seinen Mitarbeitern deutsche Bibliothekare, werden in dem Haus an der Grünen Schanze jetzt polnische aus- und fortgebildet.

Es war ein feierlicher Augenblick, als der alte Eingang zur Bibliothek in der Dworcowa 8 geöffnet wurde, Direktor Lucjan Babolewski gemeinsam mit dem Marschall der Woiwodschaft Westpommern das Band zum Treppenaufgang in die neugestalteten Räume durchschnitt und damit den Weg zu den Lesesälen freimachte. Direktor Babolewski hieß die Gäste herzlich willkommen und fand auch freundliche Worte für die deutschen Gäste, die der Einladung zur Neueröffnung des ältesten Bibliotheksgebäudes ihrer Heimatstadt gefolgt waren. In seiner kurzen einführenden Begrüßung erwähnte er das „Haus Stettin“ in Lübeck, in dem das Andenken an das kulturelle Schaffen in Stettin auch bewahrt werde. Er freue sich, Mitarbeiter jenes Hauses aus der Stadt an der Trave begrüßen zu können. Die Eröffnung erfolgte durch den Marschall der Woiwodschaft Westpommern. Ein katholischer Priester segnete das Haus und überbrachte die Glückwünsche der Kirche.

Bei dem anschließenden Rundgang hatten die Besucher die Möglichkeit, das moderne Bibliotheksgebäude und auch die Ausstellungen „Stettiner Druckereien vom 16. bis zum 18. Jahrhundert“, „Stettiner Komponisten um die Jahrhundertwende“, „Geschichte des Buches und Schrifttums“ sowie „Schriftsteller von Westpommern“ zu besichtigen. In Vitrinen wurden die Schätze der Bücherei vorgestellt und sie fanden großes Interesse, das galt besonders für die alten Fotos, welche die Entwicklung der Bücherei bis in die Jetztzeit verdeutlichen.

Seit über 100 Jahren dient die Pommersche Bibliothek den Einwohnern Stettins und der Region als eine der wichtigsten kulturellen Einrichtungen der Stadt. Sie entwickelt und verändert sich, um den ständig wachsenden Anforderungen der gegenwärtigen Welt gerecht zu werden, ohne dabei die Vergangenheit zu vergessen. Das ist die Schlussfolgerung dieser literarischen Feierstunde.

Hans-Gerd Warmann (KK)

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Dahms, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Königgrätzer Straße 55, 47053 Duisburg, am 20. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Wendland-Radtke, Frieda, geb. **Nikolaus**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Herforder Straße 16B, 45892 Gelsenkirchen, am 14. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Grube, Frieda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ahornweg 2, 51766 Engelskirchen, am 20. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baun, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Prinzenstraße 82, 34225 Baunatal, am 17. Februar

Dobrileit, Helmut, aus Alt-Perlswalde, Kreis Angerburg und Groß Park, Kreuzburg, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Spiek 14, Haus Emsland, 49716 Meppen, am 17. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Malien, Heinz, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lilienstraße 2, 66849 Landstuhl, am 20. Februar

Tanski, Friedrich, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Buschkrug Allee 225, 12359 Berlin, am 20. Februar

Wohlgemuth, Arno, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Im Vogelsholz 34, 42369 Wuppertal, am 15. Februar

Zeiger, Elfriede, geb. **Schmidt**, aus Warnien, Kreis Wehlau, jetzt Aurora Hügel 4, 15232 Frankfurt, am 18. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bulka, Martha, geb. **Gusek**, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Stettiner Straße 8, 25563 Wrist, am 19. Februar

Frank, Berta, aus Stärken, Kreis Ebenrode, jetzt Neue Straße 49, 06847 Dessau-Alten, am 19. Februar

Lieder, Luise, geb. **Wolter**, aus Lyck, Lycker Garten 57, jetzt 506-1580 Haro Street, Vancouver B.C. V6G 1G6, Kanada, am 18. Februar

Rettkowski, Käthe, geb. **Paykowski**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am langen Feld 13, 31141 Hildesheim, am 19. Februar

Waltz, Heinrich, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Stolpstraße 25, 38124 Braunschweig, am 20. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bauerdick, Auguste, geb. **Prostka**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Kampstraße 6, 58285 Gevelsberg, am 15. Februar

Kuhr, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt 2747 Kensington Place, 61109 Rockford, ILL., USA, am 19. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kröhnert, Ursula, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, jetzt Haus am Römerkanal, Römerkanal 11, 53359 Rheinbach, am 16. Februar

Zimmermann, Elfriede, geb. **Mertins**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Zieblandstraße 18A, 80798 München, am 20. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Doll, Gertrud, geb. **Monzien**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Fliederweg 4, 14469 Potsdam, am 16. Februar

Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Sekkenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Falltorstraße 19, 64291 Darmstadt, am 17. Februar

Kantowski, Ernst, aus Groß Steinfelde, Kreis Sensburg, jetzt Steinstraße 6, 53859 Niederkassel, am 10. Februar

Nendel, Charlotte, geb. **Chojetzki**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, jetzt Am Mönchsgraben 1, 37154 Northeim, am 19. Februar

Sambill, Erich, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Berner Chaussee 37-41, 22175 Hamburg, am 20. Februar

Schoenherr, Wilhelm, aus Lötzen, jetzt Am Hange 7, 34130 Kassel, am 19. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alzuhn, Frieda, geb. **Froese**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Postfach 1020, 38313 Schladern, am 17. Februar

Böse, Margarete, geb. **Sembritzki**, aus Lyck, Bismarckstraße 46, jetzt Haus 5, Altenhofer Weg 2, 50767 Köln, am 16. Februar

Butzlaff, Kurt, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Lenauweg 4, 38304 Wolfenbüttel, am 18. Februar

Franz, Anneliese, geb. **Wlottkowski**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Oggersheimer Straße 38, 67112 Mutterstadt, am 17. Februar

Hantel, Hela, aus Harendorf, Landhaus Horn, jetzt Schwachhauser Heerstraße 164, 28213 Bremen, am 12. Februar

Heiss, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Brennhaus 11, 65933 Frankfurt, am 19. Februar

Höper, Dr. **Edith**, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, jetzt Hans-Böckler-Platz 15, App. 613, Senioren-Residenz Graf-Luckner-Haus, 22880 Wedel, am 17. Februar

Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Auf der Schanze 7, 33647 Bielefeld, am 15. Februar

Lorenz, Friedel, geb. **Wolter**, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt Große Parower Straße 42, 18435 Stralsund, am 18. Februar

Pfeiffer, Siegfried, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 9, 23999 Gollwitz, am 17. Februar

Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, jetzt Hanse-Residenz, Eschenburgstraße 39, 23568 Lübeck, am 15. Februar

Ruskowski, Erich, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt August-Bebel-Straße 11, 07580 Ronneburg, am 14. Februar

Sambill, Erich, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Berner Chaussee 37-41, 22175 Hamburg, am 20. Februar

Schlicht, Otto, aus Königsberg/Lauth, jetzt Pommernring 2a, 23717 Schönwalde, am 13. Februar

Schmidt-Groß, Dr. Ursula, geb. **Groß**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Gobenheimer Straße 22, 55568 Staudernheim, am 18. Februar

Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, jetzt Talstraße 6, 01474 Weißig, am 14. Februar

Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, jetzt Sperberweg 7, 45772 Marl-Hamm, am 14. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Babel, Gertrud, geb. **Plaga**, aus Lötzen, jetzt Kutzer Straße 15, 90765 Fürth, am 12. Februar

Bachmann, Kurt, aus Krusen und Schillfelde, Kreis Schloßberg, jetzt Aubigny-Straße 11, 32602 Vlotho, am 17. Februar

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Kirschblütenweg 1, 50996 Köln, am 16. Februar

Flecht, Grete, geb. **Jagusch**, aus Kattern, Kreis Mohrungen, jetzt Rügenstraße 2, 46167 Duisburg, am 18. Februar

Gutsch, Hilde Anna, geb. **Rudat**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Nöschenröder Straße 48, 38855 Wernigerode, am 17. Februar

Kurth, Hubert, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Klosterstraße 4, 16816 Neuruppin, am 15. Februar

Lankau, Walter, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Königsberger Straße 10, 36251 Bad Hersfeld, am 20. Februar

Seinen 80. Geburtstag
begeht am 13. Februar 2011
Wolfgang Hoffmann
geboren in Wardienen
(Kreis Elchniederung)
jetzt wohnhaft Heidehof 11
in 21244 Buchholz (Nordheide).
Zu Deinem Geburtstag wünschen Dir
Deine Ehefrau Ingrid
und Deine Kinder
Thomas, Henrike und Gesine
von ganzem Herzen alles Liebe und
weiterhin Gesundheit u. Wohlergehen.

Lauff, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Gerhard-Hauptmann-Straße 27, 50859 Köln, am 17. Februar

Lutat, Walter, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Talbrückenstraße 12, 36148 Kalbach, am 15. Februar

Rohde, Gerda, geb. **Steinort**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, jetzt Dieselstraße 2, 65197 Wiesbaden, am 16. Februar

Runge, Erna, geb. **Rogalski**, aus Lötzen, jetzt Pestlozzistraße 8, 76829 Landau/Pfalz, am 10. Februar

Sturies, Elida, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hamburger Chaussee 7, 23858 Reinfeld, am 14. Februar

Zander, Helmut, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt Äußere Leipziger Straße 5, 04435 Sehkenditsch, am 20. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Basties, Wilhelm, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Clevornstraße 3, 48253 Münster, am 16. Februar

Borowy, Siegfried, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, jetzt Im Hardel 9, 58455 Witten, am 16. Februar

Brahms, Irmgard, geb. **Trzeciak**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, jetzt Mühlenberg 4, 25541 Brunsbüttel, am 20. Februar

Dambrowsky, Henny, geb. **Beitat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hamburger Straße 21, 12623 Berlin, am 16. Februar

Heimberger, Eva-Maria, geb. **Spieß**, aus Lyck, jetzt Gartenstraße 58, 74595 Langenburg, am 19. Februar

Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Hochfeld 12, 21640 Horneburg, am 14. Februar

Hennig, Kuno, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Schubertstraße 37, 35452 Heuchelheim, am 19. Februar

Horstmann, Prof. Dr. W. G., aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Am Hechenberg 15, 55129 Mainz, am 7. Februar

Karig, Anna, geb. **Nowohs**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Cauerstraße 5, 10587 Berlin, am 21. Februar

Karschau, Otto, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Regerstraße 4, 78647 Trossingen, am 16. Februar

Kayser, Ursula, geb. **Christel**, aus Allenburg, Schwönestraße, Kreis Wehlau, jetzt Karlstraße 18, 99834 Gerstungen, am 17. Februar

Koch, Waltraud, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Gehrnstraße 19/1, 72336 Balingen, am 19. Februar

Kornblum, Willi, aus Reichau, Kreis Mohrungen, jetzt Heinrich Heine Ring 21, 18435 Stralsund, am 18. Februar

Kristensen, Anita, geb. **Motejus**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Fuhrberger Straße 2, 30938 Burgwedel, am 14. Februar

Kurtz, Gottfried, aus Sanditten, Schaberau, Kreis Wehlau, jetzt Solinger Straße 1, 42349 Wuppertal, am 20. Februar

Laudien, Gerhard, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 14, jetzt Grünewaldstraße 20, 96215 Lichtenfels, am 15. Februar

Link, Gerhard, Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Damaschkestraße 10, 59229 Ahlen, am 19. Februar

Mahner, Margot, aus Ludwigshafen, jetzt Recklinghauser Straße 19, 28327 Bremen, am 2. Februar

Marks, Elfriede, aus Weißensee, Weißensee Abbau, Kreis Wehlau, jetzt Eisenberger Straße 9, 07639 Weißenborn, am 16. Februar

Milkereit, Kurt, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Ostendorferstraße 19, 40239 Düsseldorf, am 20. Februar

Mordhorst, Elfriede, geb. **Schlenger**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ottendorfer Weg 20, Curazentrum, 24107 Ottendorf, am 10. Februar

Pasch, Ernst, aus Neidenburg, jetzt Rethelstraße 55, 40237 Düsseldorf, am 20. Februar

Paul, Elsa, geb. **Glaser**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Akazienweg 23, 45772 Marl, am 18. Februar

Recht, Waltraut, geb. **Wedler**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Bückmannshof 28, 45326 Essen, am 14. Februar

Ringies, Ursula, geb. **Gregorz**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Kirchblick 37, 27478 Cuxhaven, am 27. Februar

Ruge, Hans Adolf, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kampstraße 31, 22113 Oststeinbek, am 19. Februar

Siebert, Hilda Charlotte, geb. **Basmer**, aus Mühlkühnen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Grüner Steg 16, 24784 Westerrönfeld, am 15. Februar

Sommer, Hildegard, geb. **Lossau**, aus Lyck, jetzt Dorfstraße 16, 23845 Bühnsdorf, am 20. Februar

Strelski, Oskar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt 3006-7252 Kerr Str., Vancouver B.C. V5S3V2, Kanada, am 24. Februar

Swincicki, Konrad, aus Neidenburg, jetzt Julius-Leber-Straße 12, 51377 Leverkusen, am 19. Februar

Ullmann, Dora, geb. **Marksch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 84, 08115 Lichtentanne, am 19. Februar

Wenzel, Max, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt Breslauer Straße 65, 45145 Essen, am 16. Februar

Wischnewski, Christel, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Brahmsstraße 18, 29223 Celle, am 14. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adam, Ruth, geb. **Schultz**, aus Gauleden, Kapkeim, Kreis Wehlau, jetzt Schelpstraße 11, 32107 Bad Salzuflen, am 14. Februar

Barczewski, Walter, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Laski Wielkie 3, 19-314 Kalinowo, Polen, am 14. Februar

Barra, Kurt, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Buurvagt 18, 24226 Heikendorf, am 19. Februar

Casparie, Waltraud. geb. **Jakobeit**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, jetzt Dr.-Georg-Schäfer-Ring ?, 33790 Halle, am 19. Februar

Dangeleit, Kurt, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Passow Ausbau 11, 19205 Veelböken-Passow, am 15. Februar

Embacher, Helmut, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Möhrendorferstraße 54, 91056 Erlangen, am 14. Februar

Fietz, Hans, aus Polennen, Kreis Samland, jetzt Holmkjerweg 1, 24991 Großsolt, am 15. Februar

Freitag, Erika, geb. **Arndt**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Ewald-Straße 44, 37075 Göttingen, am 15. Februar

Fricke, Erika, geb. **Karlisch**, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt An der Chaussee 28, 25348 Glückstadt, am 2. Februar

Frömel, Erika, geb. **Stramm**, aus Ihlnicken, Kreis Samland, jetzt Keltenweg 5, 82327 Tutzing, am 14. Februar

Fuchs, Wilhelm, aus Allenburg, Schwönestraße, Kreis Wehlau, jetzt Aachener Straße 5, 45145 Essen, am 15. Februar

Gabener, Manfred, aus Gneist, Kreis Lötzen, jetzt St. Barbaraplatz 3, 02681 Wilthen, am 27. Februar

Gerull, Edith, geb. **Szuggat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, jetzt Bergstraße 12, 59469 Ense, am 18. Februar

Hellwich, Gerhard, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, jetzt Amselstraße 6, 34466 Wolfhagen, am 20. Februar

Hennig, Ursula, geb. **Hennig**, aus Königsberg und Heiligenbeil, Egerländer Weg 5, jetzt Burgstraße 23, 47137 Duisburg, am 28. Januar

Hoffmann, Horst, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, jetzt Grothar 23, 25136 Moorrege, am 14. Februar

Lewe Landslüd ...

in Hamburg sagt man Tschüss! Mit diesen Worten der unvergleichbaren Heidi Kabel möchte ich mich von allen Kreisvertretern und Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen verabschieden.

Dabei geht ein besonderer Gruß an die Vorsitzenden und Mitglieder der einzelnen Orts- und Frauengruppen, die wirklich eine großartige und bewundernswerte Arbeit vor Ort leisten. Sind Sie doch das Wurzelwerk der LO – das Fundament auf dem die Last der Arbeit ruht.

Vielen Dank für die wirklich gute und herzliche Zusammenarbeit!

Ihr Florian Möbius

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.–13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

11.–13. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deut-sche Vereine in Allenstein

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Klauke, Käthe, geb. **Raschpichler**, aus Lyck, jetzt Seestraße 77, 15755 Schwerin bei Königs Wusterhausen, Ortsteil Sahlenburg, am 20. Februar

Kubel, Hannelore, geb. **Doepner**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Rotdornweg 2, 29365 Sprakensehl-Behren, am 8. Februar

Kudritzki, Gerhard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Nadrzeczna 6, 19-300 Elk, Polen, am 17. Februar

Kühn, Paul, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Gottfried-Bürger Straße 3, 59063 Hamm, am 16. Februar

Kurschat, Erna, geb. **Kantimm**, aus Heiligenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 7, 59423 Unna, am 19. Februar

Lind, Lieselotte, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Widdumstraße 8, 73207 Plochingen, am 19. Februar

Lundschien, Horst, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Franz-Schubert-Straße 8, 69190 Walldorf, am 20. Februar

Maletz, Karl, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, jetzt Lohstraße 39, 23617 Stockelsdorf, am 14. Februar

Marquardt, Gisela, geb. **Kropeit**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Dietrich-Bonhoeffer-Straße 44, 06712 Zeitz, am 16. Februar

Noerenberg, Harald, aus Birkfelde, Kreis Lötzen, jetzt 158-52246 Rge Rd 232, Canada T8B1C1 – Sherwood PK Alberta, am 28. Februar

Polleit, Helmut, aus Warnicken, Kreis Samland, jetzt Radickestraße 65, 12489 Berlin, am 16. Februar

Ruttkowski, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Sigismundstraße 8, 45470 Mülheim, am 17. Februar

Schauließ, Alida, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Eicher Feldstraße 36, 57258 Freudenberg, am 19. Februar

Schmidt, Erna, geb. **Kühn**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Bräuhausstraße 13, 89353 Glött, am 14. Februar

Schneider, Gerhard, aus Königsberg, jetzt Schorf 40, 28357 Bremen, am 13. Februar

Schulz, Erika, geb. **Neumann**, aus Rosenau/Stollen, Kreis Mohrungen, jetzt Gartenstraße 1, 27628 Hagen, am 15. Februar

Semmler, Herta, geb. **Kloß**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Castroper Straße 234a, 44791 Bochum, am 15. Februar

Serek, Erika, geb. **Niko**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Uthleber Straße 14, 99735 Sundhausen, am 24. Februar

Spinner, Hannelore, geb. **Fried rich**, früher Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Gösselkamp 11, 22339 Hamburg am 20. Februar

Strojek, Heinz, aus Sareiken, Kreis Lyck, jetzt Saalestraße 14, 32425 Minden, am 18. Februar

Supkus, Helmut, aus Wargienen, Kreis Wehlau, jetzt Ahornstraße 1, 16548 Glienicke-Nordbahn, am 17. Februar

Suri, Elisabeth, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Kirchstraße 36, 17039 Trollenhagen, am 20. Februar

Tausendfreund, Fritz, aus Druskenen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 102, 38524 Sassenburg, am 20. Februar

Tiburczy, Edith, geb. **Raudies**, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, jetzt Henriette-Fürth-Straße 34, 60529 Frankfurt, am 17. Februar

Timsries, Günter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Fichtestraße 16, 89129 Langenau, am 18. Februar

Vogel, Reintraut, geb. **Meschkat**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Haus Letmathe, 58642 Iserlohn, am 18. Februar

Weber, Elfriede, geb. **Schwetblick**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Annastraße 62, 46049 Oberhausen, am 18. Februar

Zepik, Paul, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Geschwister-Scholl-Straße 23, 17033 Neubrandenburg, am 14. Februar



Krause, Siegfried, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, und Frau Ingrid, jetzt Rudolstädter Straße 91, 10713 Berlin, am 10. Februar

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Donnerstag, 24. Februar, Fahrt der Gruppe zur Schokoladen-Manufaktur in Gundelsheim mit buntem Programm nebst Pralinen-Verkostung. Bus-Abfahrtzeiten bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonnabend, 19. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen mit gemütlichem Beisammensein und Tombola im Gasthaus Zum Zarko.

Ludwigsburg – Montag, 21. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in den „Kronenstuben", Kronenstraße 2. Tagesordnung: Begrüßung und Kaffeestunde, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Anträge, Wahlen aller Ämter und Verschiedenes.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie". Gernot Danowski hält einen Diavortrag: „Paddeln auf der Kruttinna, August 2010".

Bamberg – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. „Kaliningrad erinnert sich an Königsberg", ein Hörbeitrag.

Hof – Sonnabend, 12. Februar, 14 Uhr, Grützwurstessen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen, Hof.

Kitzingen – Freitag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Deutschen Kaiser" zu einem Faschingsnachmittag. – Der Vorsitzende Gustav Patz begrüßte auf der Jahreshauptversammlung mit Ehrungen die Mitglieder und wünschte allen ein glückliches gesundes 2011. Er bedankte sich für die Treue zur Heimat Ostpreußen und gedachte zweier Todesfälle, Gerhard Ulrich und Babette Scheumann. Auch wenn teils nur zehn Personen zu den Versammlungen erscheinen, zeigt es doch Anerkennung für die Arbeit der Vorstandschaft. Leider seien viele Mitglieder durch Krankheit und Heimunterbringung verhindert, an den Versammlungen teilzunehmen. Er dankte allen Vorstandsmitgliedern für die hervorragende Zusammenarbeit, die man fortführen will, bis dass der Tod sie trennt. Der stellvertretende Vorsitzende Udo Grüttner, der regelmäßig die Veranstaltungen besucht, konnte Mitte Januar seinen 75. Geburtstag feiern.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

München Nord / Süd – Sonnabend, 19. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Ein Nachmittag mit der aus Masuren stammenden Uschi Walter und ihrer Drehorgel. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Würzburg – Der Erste Vorsitzende der Gruppe, Klaus Philipowski, eröffnete die gut besuchte Generalversammlung. Er gab einen detaillierten Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr ab. Sicher ist auch bei der Gruppe nicht alles Gold, das glänzt. Sie ist am Scheideweg angelangt. Die Gruppe hat noch 40 Mitglieder. Man wird zwar weniger; aber noch ist sie da. Wie oft wurde man abgeschrieben; aber Totgesagte leben länger. Dazu gehört auch die Gruppe. Die Landsmannschaften wurden vor über sechs Jahrzehnten ins Leben gerufen, um die Menschen der Heimat zu sammeln und ihnen eine Anlaufstelle, Halt und Geborgenheit zu geben. Dies ist gelungen, denn man braucht sich gegenseitig. Sicher hat sich im Laufe der Jahrzehnte einiges geändert. Zu den Veranstaltungen kommen nur noch die Treuesten; die meisten der Mitglieder sind verzogen oder verstorben. Vor kurzem sagte ihm ein älteres Mitglied der Erlebnisgeneration, da er gerne die Monatsversammlungen besucht, denn in diesem Kreis ist man zu Hause. Derartiges hört man gerne. Dies motoviert nach allem, was ein Vorsitzender einstecken muss. Die Welt ist auch bei der Gruppe nicht stehengeblieben. Trotzdem macht man in gewohnter Weise weiter und bietet ein abwechslungsreiches, heimatbezogenes Programm an. Hinzu kommen Traditionsveranstaltungen wie die legendäre Walpurgisfeier, Faschingstreiben. Muttertag oder Erntedank. Ein herausragendes Ereignis ist nach wie vor die vorweihnachtliche Feier. Bei dieser Veranstaltung reichen die Kapazitäten der Räumlichkeiten nicht aus, denn die Mitglieder bringen ihre Angehörigen mit. Dies beweist die Gemeinschaft, aus der ja alle leben. Trotz der teilweise widrigen Umstände, mit denen alle Landsmannschaften behaftet sind, haben die nicht aufgegeben. Die Gruppe ist eine Landsmannschaft. Daran hält sie fest. Die Zeitrechnung geht nicht nach den üblichen Kalenderjahren, sondern richtet sich nach Flucht und Vertreibung. Gerade in den Januartagen gehen die Gedanken zurück. Die Ereignisse, die sich nach dem Einfall der Roten Armee abspielten, werden auch 66 Jahre danach in Erinnerung bleiben. Derartiges kann man nicht löschen. Die Mitglieder gehören überwiegend der Erlebnisgeneration an, die Flucht und Vertreibung miterleben mussten. Es sind Traumata, die von der Gesellschaft kaum wahrgenommen werden. Nach dem Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden gab die Kassiererin Gertrud Philipowski den Kassenbericht ab. Die einzelnen Buchungsvorgänge wurden durch den Kassenprüfer Günter Skulschus überprüft. Es gab keine Beanstandungen. Skulschus bescheinigte der Kassiererin saubere, einwandfreie Arbeit. Die Kassenverhältnisse sind geordnet. Der Vorstand wurde durch Landsmann Heinz-Kurt Kays entlastet. Damit endete der offizielle Teil der Generalversammlung. Maria Püls brachte im heimatbezogenen Teil dieser Versammlung einen Kurzvortrag über Masuren und trug ein Gedicht von Agnes Miegel vor. Anschließend erfolgte das allerseits beliebte Grützwurstessen.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Rastenburg – Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.

Wehlau – Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr, „Linden Garten", Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.

Gumbinnen – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

Johannisburg – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin.

Lötzen – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

Sensburg – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.

Angerburg – Donnerstag, 17. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Ostpreußen – was ist das?". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Darkehmen – Donnerstag, 17. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Ostpreußen – was ist das?". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Goldap – Donnerstag, 17. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Ostpreußen – was ist das?". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Bartenstein – Sonnabend, 19. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin, Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortanger, Telefon (030) 4944404.

Heilsberg – Sonnabend, 26. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee, 12249 Berlin, Faschingsfeier. Anfragen Heilsberg: Benno Böse, Telefon (030) 7215570.

Rößel – Sonnabend, 26. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee, 12249 Berlin, Faschingsfeier. Anfragen Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600 und über Berlin, Elisabeth Müller, Telefon (030) 6935721.

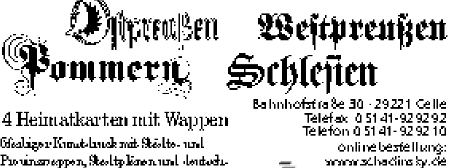


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremen – Sonnabend, 12. Februar, 15 Uhr (Einlass 15 Uhr), Treffen zum traditionellen „Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen" im Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Seit mehr als 50 Jahren ist das sogenannte „Fleckessen" der gesellige Höhepunkt der Vertriebenen. Zur Einwärmung gibt zunächst Kaffee, Tee und Kakao. Das Zwischenprogramm gestalten die „Bremische-Männer-Chorgemeinschaft". Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Hans Rummel kümmert sich in bewährter Weise um die ordnungsgemäße Fleckzubereitung. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, Nichtmitglieder 23 Euro, Eintritt ohne Essen 11 Euro, darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten. Anmeldungen sind erforderlich und unter Benennung des Speisewunsches (Fleck oder Königsberger Klopse) in der Geschäftsstelle (donnerstags von 14 bis 17.30 Uhr) vorzunehmen. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. – **Unter dem Motto: „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung"** findet das Deutschland-Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen vom 28. bis 29. Mai 2011 auf dem Messege-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

lände in Erfurt statt. Die Fahrt wird vom 27. (Freitag) bis zum 30. Mai 2011 (Montag) mit JWD-Busreisen, unserem bewährten Reiseplaner, stattfinden. Der Reisepreis beträgt 260 Euro bei Übernachtung im Doppelzimmer und 335 Euro bei Übernachtung im Einzelzimmer. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, 3 x Übernachtung im Hotel „Park Inn by Radisson“ in Erfurt-Apfelstädt, 3 mal Frühstücksbuffet mit Halbpension, Stadtführung mit der historischen Straßenbahn und anschließendem Rundgang durch mittelalterliche Gässchen zur Krämerbrücke (am 28. Mai), Besuch des Kyffhäuser-Denkmals einschließlich einer Pferdekutschenfahrt (am 30. Mai), Eintritt und Führung im Burgmuseum am Kyffhäuser-Denkmal (am 30. Mai), Transfer zum und vom Messegelände an beiden Tagen des Ostpreußentreffens, Eintritt zum Ostpreußentreffen. Es stehen noch nicht alle Einzelheiten fest, Anmeldungen sind aber ab sofort direkt bei JWD-Busreisen (Frau Venderbosch, Telefon 4854633) möglich. Bezahlung bei Anmeldung auf Konto: JWD-Reisen, Jürgen Wiebking, Kontonummer 18276717, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01. Anmeldeschluss ist der 15. April 2011. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremen-Lesum-Vegesack – Sonnabend / Sonntag, 28./29. Mai, Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Nähere Info sind bei Walter Schröder unter der Telefonnummer (0421) 483424 zu erhalten. Hier können Sie sich auch anmelden und weitere Infos über Ablauf und Preise erhalten, wobei der Fahrpreis sich nach der Beteiligung richtet. Anmeldungen nimmt auch Christel Kunigk unter Telefon (0421) 74165 entgegen.

Bremerhaven – Freitag, 25. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im „Barlachhaus“.



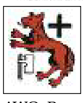
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. **Fahrt zum Ostpreußentreffen** in Erfurt vom 26. bis 29. Mai 2011. Erleben Sie an zwei Tagen eine der Geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai 2011. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldeschluss 10. Januar 2011. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar. – **Sonntag**, 20. März, 13 Uhr, **Besuch der Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird das Drama „Die Ratten“ von Gerhart Hauptmann. 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle (Höpenstraße 88, Meckelfeld). 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof. 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang. 16 Uhr, Theateraufführung. 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPE

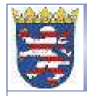


Heiligenbeil – Sonntag, 6. März, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen: Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es dann nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Treffpunkt. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder zur Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldungen bis zum 5. März beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 28. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: „Wir feiern: Fasching, Frohsinn, Feiern“.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel gibt es ein paar fröhliche Stunden beim „Preußischen Fastel oawend“. Jeder kann zum Gelingen mit eigenen Beiträgen beitragen. – Die Gruppe fährt vom 27. bis 30. Mai mit dem Bus zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Der Preis für Fahrt, Übernachtung und Halbpension im vier-Sterne-Steigenberger InterCityHotel beträgt im Doppelzimmer 263 Euro und im Einzelzimmer 315 Euro. Anmeldung bitte bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.

Dillenburg – Mittwoch, 23. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Lothar Hoffmann hält Rückblick auf das vergangene Jahr und Margitta Meier als neue Kassenwartin gibt ihren Rechenschaftsbericht ab, anschließend liest Urte Schwidrich die beiden Schmunzelgeschichten „Der Schlittenhund“ und „Der geschenkte Fastnachtskrapfen“.

Haiger-Allendorf – Mittwoch, 23. Februar, 15 Uhr, Monatstreffen im Café Eckstein, Königsberger Straße. Lothar Hoffmann wird einen Rückblick auf das vergangene Jahr bringen. Margitta Meier gibt als neue Kassenwartin ihren Rechenschaftsbericht ab, und Urte Schwidrich liest die beiden Schmunzelgeschichten „Der Schlittenhund“ und „Der geschenkte Fastnachtskrapfen“.

Kassel – Dienstag, 1. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant „Alt Süsterfeld“, Eifelweg. Ab 15 Uhr spricht Frank-Rainer Seelert aus Bassum über die Rolle der westlichen Alliierten bei Flucht und Vertreibung.

Wetzlar – Montag, 14. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl. Joachim Albrecht hält einen Vortrag über „Flusswandern in Ostpreußen“.

Wiesbaden – Donnerstag, 17. Februar, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Schmandhering. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Aufgrund der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt umgehend anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. – Donnerstag, 24. Februar, 15.11 Uhr, närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Mit von der Partie sind wieder bekannte und beliebte „Stimmungskanonen“. Kommen Sie und erleben Sie einen fröhlichen Nachmittag. Etwas närrisch kostümiert, wenn auch nur mit einer lustigen Kopfbedeckung, macht es nochmal so viel Spaß. Kostenbeitrag 3,11 Euro.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Das 20. Ostpreußische Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren findet am 16. Juli 2011 in Allenstein statt. Ebenfalls zum 20. Mal wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eine Busreise nach Osterode vom 11. bis 17. Juli 2011 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen, dazu in Frauenburg ein Orgelkonzert im Dom mit Besuch am Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Per Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Auskunft siehe oben genannte Anschrift und Telefon im Kopf. – **Deutsch-**

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

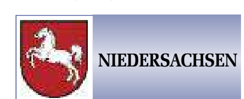
Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

landtreffen – Von Mecklenburg-Vorpommern fahren vom 28./29. Mai mehrere Busse nach Erfurt. Die zweitägige Reise mit einer Hotel-Übernachtung inklusive Frühstück kostet 70 Euro pro Person. Außerdem sind für folgende Busreisen 2011 von Mecklenburg-Vorpommern in die Heimat noch Plätze frei: Lötzen-Danzig 26. April bis 3. Mai, Stolp 9. bis 12. Mai, Königsberg 18. bis 24. Mai, Krakau-Lemberg-Breslau 7. bis 16. Juni, Posen-Thorn 24. bis 28. Juni, Königsberg 4. bis 10. August sowie Kiel-Memel-Riga vom 5. bis 14. September. – Auskunft siehe oben genannte Anschrift / Telefon im Kopf.

Anklam – Sonnabend, 12. März, 10 bis 17 Uhr, Große Frühlingstreffen der Ostpreußen in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum / Nähe Markt). Es ist zugleich die Feier zum 20-jähriges Bestehen: Am 9. März 1991 trafen sich erstmalig 500 Landsleute im Theater Anklam. Die Besucherzahlen haben bis heute nicht nachgelassen. Ehrengast ist Wilhelm v. Gottberg, langjähriger verdienstvoller Sprecher der LO und 1991 an der Gründung in Anklam beteiligt. Das Jubiläums-Programm gestaltet der Kant-Chor Gumbinnen, der eigens zu diesem Treffen nach Anklam kommt. Für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze ist wie immer gesorgt. Alle Landsleute und Interessenten von fern und nah sind herzlich zum Jubiläum willkommen.

Rostock – Ankündigung: 16. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am Sonnabend, 1. Oktober 2011, von 10 bis 17 Uhr in der Stadthalle Rostock, Südring 90 (Nähe Hauptbahnhof und ZOB). Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung, zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen gebeten. Wie immer ist für das leibliche Wohl und reichlich Parkplätze gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung. Tourist-Info Rostock, Telefon (0381) 3812222.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Fahrt der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen der LO am 28./29. Mai 2011 in Erfurt. Die Mitglieder haben sich für eine viertägige Fahrt, die ein kleines Kulturprogramm mit beinhaltet, entschieden. Daher wird die Fahrt zusammen mit der Gruppe Buxtehude durchgeführt, die dankenswerterweise auch die Organisation übernommen hat. Wie bei der letzten Fahrt zum Deutschlandtreffen gibt es wieder der Zustiegsmöglichkeiten in Buxtehude, Winsen, Lüneburg, Uelzen und Celle. Das ausführliche Programm ist unter Buxtehude abgedruckt. Auch Mitglieder aus Südniedersachsen haben die Möglichkeit, sich der Gruppe Braunschweig anzuschließen. Weitere Auskünfte erteilen die einzelnen Bezirksvorsitzenden und die Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie der Vorsitzende der Gruppe Buxtehude, Wolfgang Weyer, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3406.

Braunschweig – Mittwoch, 23. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee, Braunschweig. Auf dem Programm steht ein „fröhlicher Faschingsnachmittag“, um lustige Beiträge wird gebeten und Gäste sind herzlich willkommen. – Vom 28. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Abfahrt am 28. Mai, 7 Uhr ab Braunschweig. Rückankunft am 29. Mai, zirka 20.30 Uhr in Braunschweig. Preis pro Person 129 Euro, Einzelzimmerzuschlag 18 Euro. Eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel „Elxleben“. Weitere Informationen und Anmeldung bei Horst Neumann, Telefon (0531) 338640. Es sind noch Plätze frei.

Buxtehude – Sonnabend, 19. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Fleckessen im „Hoheluft“, Stader Straße 15. Geboten werden Königsberger Rinderfleck und ostpreußischer Schmandschinken. Nach dem Essen singt Gertha Heykena Küchenlieder und erzählt aus „Herrschaftszeiten in Ostpreußen“. Mitglieder zahlen 5 Euro und 8 Euro für Gäste. Anmeldungen mit Essenswunsch bis zum 12. Februar unter Telefon (04161) 3406. – Fahrt der Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28./29. Mai in Erfurt. Programm: 1. Tag: Donnerstag, 26. Mai: Anreise zum Übernachtungsort Friedrichroda ins Hotel Tannhäuser, gemeinsamer Tagesausklang in der Fuhrmannstube des Hotels. 2. Tag, Freitag, 27. Mai: Fahrt nach Gotha – Führung durch Schloss Friedrichstein mit seinem weltberühmten Schlosstheater aus dem Jahr 1683. Nachmittags Bummel durch die reizvolle Residenzstadt. Abends Thüringischer Grillabend auf der Hotelterrasse mit weitem Blick über den Thüringer Wald. 3. Tag: Sonnabend, 28. Mai: Fahrt nach Erfurt – Führung durch die Innenstadt mit Dom und Severikirche. Ab Mittag Teilnahme am Programm des Ostpreußentreffens auf dem Messegelände. Abends gemeinsamer Tagesausklang. 4. Tag: Sonntag, 29. Mai: Fahrt nach Erfurt – Teilnahme am Programm des Ostpreußentreffens. 15 Uhr: Rückfahrt ab Messegelände. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus (Reese-Reisen, Harsefeld) mit ausreichenden (Raucher)-Pausen. Dreimal Übernachtung im Hotel Tannhäuser-Rennsteigblick in Friedrichroda / Finsterbergen einschließlich reichhaltigem Frühstücks- sowie kalt-warmem Abendbuffet / Grillabend. Festplakette für den Eintritt zu allen Veranstaltungen des Ostpreußentreffens. Alle Kosten für Eintritte und Führungen laut Programm. Preise: 220 Euro pro Person im Doppelzimmer, 250 Euro pro Person im Einzelzimmer. Informationen und Anmeldung bei Wolfgang Weyer, Telefon (04161) 3406.

Hannover – Die Veranstaltung am 18. Februar fällt leider aus.

Osnabrück – Dienstag, 15. Februar, 16.45 Uhr, Kegeln, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43. – Freitag, 18. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 24. Februar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. Die Gruppe fährt vom 27. bis 31. Mai nach Erfurt. Außer der Teilnahme am Deutschlandtreffen am 28./29. Mai werden eine Stadtrundfahrt in Erfurt, eine Fahrt zum Kyffhäuser-Denkmal und ein Ausflug in den Thüringer Wald unternommen. Auf der Rükkfahrt werden das romantische Mühlhausen, die „Stadt der vielen Türme“ sowie das reizvolle – im Werratal gelegene – Bad Soden-Allendorf besucht. Der Preis für die Fahrt mit vier Übernachtungen im Intercity Hotel Erfurt, Halbpension, Bus-Transfer zum Deutschlandtreffen und Ausflügen beträgt pro Person im Doppelzimmer 395 Euro, Einzelzimmerzuschlag 90 Euro. Anmeldungen unter Telefon (05472) 2284. Anmeldeschluss ist der 30. März.

Rinteln – Auskünfte über die landsmannschaftliche Arbeit in Rinteln sind bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 zu erhalten.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr, „Fastnacht und Karneval – vom Rhein bis an die Memel“ im kleinen Saal, Stadthalle Bad Godesberg. Es beginnt mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken, und um 15.49 Uhr stürzt man sich in das karnevalistische Getümmel. Davor (15.15 Uhr) steht die Jahreshauptversammlung an. Die Tagesordnung sieht wie folgt aus: Begrüßung, Wahl des Protokollführers, Totenehrung, Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung, Tätigkeitsbericht Vorstand, Tätigkeitsbericht Frauengruppe, Kassenbericht, Bericht Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Wahl des Versammlungsleiters, Neuwahl des gesamten Vorstandes, Anträge, Verschiedenes.

Bielefeld – Donnerstag, 24. Februar, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonnabend, 12. Februar, 19.30 Uhr, Winterball mit buntem Programm und großer Tombola, im großen Saal der Stadthalle, Koblenzer Straße 80, 53177 Bonn-Bad Godesberg. Eintritt 15 Euro. Gäste sind herzlich willkommen. – Ostpreußenreise nach Masuren vom 21. bis 30. Juli per Bus ab Bonn (zehn Tage/neun Übernachtungen). Reisepreis pro Person im Doppelzimmer 780 Euro (ab 40 Personen), 860 Euro (ab 30 Personen), Einzelzimmer-Zuschlag für die gesamte Reise 175 Euro. Nähere Informationen sowie das Programm bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Montag, 21. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düsseldorf – Freitag, 11. Februar, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. Mittwoch, 16. Februar, 19.15 Uhr, GHH, Konferenzraum, Lesung von Dr. Hajo Buch, „Flirt mit der Hölle“. Zum 200. Todetag von Heinrich Kleist (1777-1811). Mittwoch, 23. Februar, 19.15 Uhr, GHH,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Konferenzraum, Vortrag von der Präsentation der Lehrerhandreichung von Prof. Dr. Hermann Schäfer, Die Zukunft der Erinnerung.

Ennepetal – Donnerstag, 17. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Heimatstube. Anschließend gibt es Grützwurst nach Monikas Art.

Essen – Freitag, 18. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen.

Gütersloh – Montag, 14. Februar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343. – Donnerstag, 17. Februar, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Güteslober Brauhaus, Unter den Ulmen 9. – Montag, 21. Februar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343.

Haltern – Die Jahreshauptversammlung der Gruppe war auch eine Gelegenheit zum Gespräch und zur Erinnerung an die Heimat. Wahlen standen in diesem Jahr nicht auf dem Programm. Der Vorsitzende Adolf Nowinski gab jedoch einen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes ab. Darauf zeigte er in einem Diavortrag, eine Reise von Osterode nach Elbing. Besonders faszinierend fanden die Zuhörer, dass Ausflugsschiffe dort streckenweise über Land transportiert werden, um Höhenunterschiede zu überwinden. Der Weg von Elbing nach Osterode hat für Adolf Nowinski eine ganz besondere Bedeutung. „Ich war in Elbing versteckt, als die Russen die Stadt dem Erdboden gleich gemacht haben“, erinnerte er sich. „Aus der zerstörten Stadt bin ich dann zu Fuß zurück in meine Heimatstadt Osterode gelaufen, im Mai oder Juni 1945 war das“, Erinnerungen an die Heimat, das bedeutet bei der Landsmannschaft, dass zu Beginn der Sitzung gemeinsam gesungen wird. Anschließend wurden Königsberger Klopse, Kartoffelsalat und Würstchen serviert. Die Gruppe besteht aus Angehörigen der Erlebnisgeneration, aus Menschen also, die selbst die Vertreibung nach dem Krieg erlebt haben und nun durchweg im Rentenalter sind. Für sie bedeutet die Mitgliedschaft in der Landsmannschaft, wie Adolf Nowinski erklärte, vor allem Austausch mit alten Bekannten.

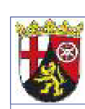
Leverkusen – Die Gruppe fährt vom 26. bis 30. Mai zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. 1. Tag: Anreise über Eisenach – mit Führung in der Wartburg – nach Erfurt. Vier Übernachtungen im vier-Sterne-Hotel Radisson Blu im Zentrum von Erfurt. 2. Tag: Vormittags Stadtführung in Erfurt, nachmittags Zeit zur freien Verfügung. 3. und 4. Tag: Tag zur freien Verfügung oder morgens Bustransfer zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen auf dem Erfurter Messegelände und abends zurück. 5. Tag: Fahrt nach Weimar mit Stadtführung, anschließend Rückreise. Im Reisepreis enthaltene Leistungen: Zubringerservice ab/bis Haustür, auf Wunsch mit kostenlosen Gepäckservice; Fahrt im modernen Nichtraucher-Reisebus; Begrüßungsgetränk; vier Übernachtungen im Hotel; Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, TV, Telefon; viermal Frühstücksbuffet; Besuch der Wartburg in Eisenach (inklusive Eintrittskarte und Führung); Stadtführung in Erfurt und Weimar; Sonnabend und Sonntag Bustransfer (hin und zurück) zum Deutschlandtreffen; Reiseprogramm wie beschrieben; Reiseziel-Informationen. Reisepreis pro Person im DZ 400 Euro, EZ-Zuschlag 82 Euro. Nähere Informationen bei Sigisbert Nitsche, Telefon (02171) 30635, Mobil (0170) 2612435.

Neuss – Auch in diesem Jahr werden von der Gruppe Neuss, wieder zwei Reisen durchgeführt. Vom 27. bis 30. Mai eine Fahrt nach Erfurt, verbunden mit dem großen Deutschlandtreffen der Ostpreußen und zusätzlichem Programm. Freitag, Führung auf Schloss Friedrichstein in Gotha mit dem ältesten erhaltenen und bespielbaren Theater der Welt. Sonnabend machen wir in Erfurt eine Straßenbahnstadtrundfahrt. Sonntag ist neben dem Deutschlandtreffen mit der Großkundgebung noch eine Führung im evangelischen Augustiner Kloster in Erfurt mit einem Orgelkonzert. Montag, Führung und Verkostung in der Rotkäppchen-Mumm Sektkellerei. Vom 26. Juli bis 4. August die große Ostpreußenreise über Stettin, Köstrin, Danzig, Seebad Zoppot, Frische Nehrung, Fahrt übers Frische Haff. Besichtigung der Marienburg, in dem Burg-Hotel übernachten wir auch. Fahrt auf dem Oberland-Kanal sowie auf den Masurischen Seen, Wolfsschanze, Besuch der deutschen Minderheit in Lötzen, Grillabend, Besichtigung der Stadt Thorn und Weiterfahrt nach Posen mit Stadtrundgang. Wenn Ihr Interesse geweckt wurde, fordern Sie das Programm an. Die Buchung wird nach Eingang der Anmeldung vorgenommen. Nähere Informationen und Unterlagen gibt es unter folgender Adresse: Geschäftsstelle, Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400, Fax (02131) 7429078, E-Mail: Pottzepitter@t-online.de – Mit Gottvertrauen ins neue Jahr. Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaften – Gemeinsam feierten nicht nur Mitglieder der Neusser Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Rössel, der Sudetendeutschen und der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion erstmalig einen ökumenischen Gottesdienst in der St. Quirinus-Basilika Neuss am Münsterplatz. Es war eine Woche des gemeinsamen Gebetes, die Msg. Guido Assmann und Pfarrerin Dr. Ilka Werner als Termin ausgesucht hatten. In der Gemeinsamkeit der Verkündigung von Jesus Christus boten sie den vielen Besuchern die Möglichkeit zu einer Zwiesprache mit Gott. Die Vorsitzenden Peter Pott, Theo Jantosch, Hans-Jürgen Krause und Reinhard Plehn formulierten die Fürbitten für die Menschen der alten und neuen Heimat an Gott, stellvertretend für alle Menschen, die die St. Quirinus-Basilika bis zu letzten Reihe füllten. Musikalisch hervorragend mitgestaltet durch den Münsterkantor Joachim Neugart an der Orgel und der Solo sängerin Sabine Schneider aus Düsseldorf. Sie brachte unter anderem das „Ave Maria“ von Gunow ausdrucksvoll zu Gehör, welches die vielen Besucher besonders anrührte. Letzteres war auch als ein Geschenk der Landsmannschaft Schlesien Neuss anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens gedacht.

Wesel – Sonntag, 20. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Eine Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen wird angeboten.

Witten – Montag, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Rückblick auf aktuelle Ereignisse.

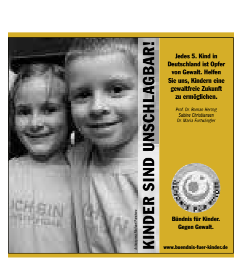
RHEINLAND-PFALZ



Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 17. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 18. Februar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Freitag, 25. Februar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Thema: „ostpreußische Mundart“.



Den Nachmittag leitet Otto Waschkowski. Besucher können eigene Beiträge vortragen.

SACHSEN-ANHALT



Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Montag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kappenfest im „Krötenhof“.

Gardelegen – Freitag, 25. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der VS Gardelegen zur Faschingsfeier mit Programm.

Magdeburg – Sonntag, 13. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Faschingsmonat in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße 14. – Dienstag, 22. Februar, 13.30 Uhr, Treffen der Stickerchen in der Immermannstraße. – Freitag, 25. Februar, 15 Uhr, Singproben des Singkreises bei der TuS.

Stendal – Endgültig letzte achttägige Busfahrt der Gruppe vom 9. bis 16. Juli 2011 nach Ostpreußen / Masuren. Thorn (Stadtbesichtigung), Hohenstein bei Allenstein, Besichtigung des ethnographischen Freilichtmuseums, Sensburg. Von dort geht es zur barocken Wallfahrtskirche Heilige Linde, Stakenfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Nikolaiken, Johannisburger Heide, Rastenburg (eventuell Wolfsschanze) nach Lötzen, Kaffeetrinken bei Christel in Sadry, Osterode, Allenstein (Stadtbesichtigung, eventuell Planetarium und Sternwarte), Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal, Fahrt nach Mohrungen (Stadtbesichtigung), Heimweg über Elbing, Danzig (kurze Altstadtbesichtigung), Stolp (Foto-stopp), Kolberg. Von dort am nächsten Tag Abreise Richtung des polnisch / deutschen Grenzübergangs nach Tangermünde. Die Fahrt kostet 596 Euro bei voller Busbelegung, ansonsten steigen die Kosten. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Lange, Telefon (039322) 3760.

SACHSEN



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Das Thema der letzten Zusammenkunft lautete „Kalender“. Was gab es dazu zu sagen? – Oh, es war viel. Ich setzte mich an den Computer und las nach, was mir zu diesem Thema geboten wurde: Das Wort „Kalender“ entstammt dem lateinischen Calendarium (Schuldbuch). Da schwirrt einem ja der Kopf, da ging es um Lunakalender, Solarkalender und so weiter. Die Leiterin der Kulturgruppe, Ingrid Labuhn, aber wusste Rat und trug ein schönes Programm für die Mitglieder vor. Viele Dichter und Komponisten nahmen die Jahreszeiten zum Anlass und schrieben einfühlsame Texte und Melodien. Auch in vielen Kinderspielen und Liedern findet man Texte aus dem Kalender wie „Laurenzia“ oder „Wer im Januar geboren ist, tritt ein …“. Alle Ostpreußen fühlten sich in die eigene Kindheit versetzt. Auch an den Schimmelreiter, der zu einer ostpreußischen Silvesternacht gehört, wurde gedacht. Die Kulturgruppe stellte die Bedeutung der Wochentage von alters her vor. Sie lasen Gedichte von Frida Jung und vielen anderen Dichtern. Auch an Helgoland, das seit dem 1. März 1952 wieder zur Bundesrepublik Deutschland gehörte, wurde gedacht. Anschließend wurde ein Gedicht von Erminia von Olfers-Batocki vorgetragen. Barbara Ruppert las den Bibel-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Schüttelrätsel

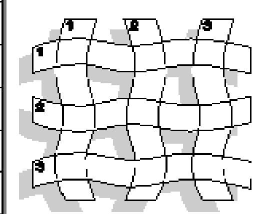
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CDEEH ILRSU	CLOU		EEHNT	EKNU		ADEIL	ERTU	AIRS	AGNZ
EEILN						ASU			
BDEE LU			AEFK NT						
						ERZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für einen bestimmten Christbaumschmuck.

Nr.	links	rechts
1	EHREN	OBST
2	HAUPT	VIERTEL
3	SPEISE	DIENER
4	BEZUG	HEILIG
5	GROSS	TAG
6	VOR	ESSEN
7	FLUR	FREUDE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Stimme, Redeweise
2 Glasflasche
3 Gattin

So ist's richtig

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19

spruch „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit dem Guten“ vor. Dieser Spruch des Jahres ist eine gute Losung für dieses Jahr. Helmut Sylla bereicherte die Veranstaltung noch mit einer DVD von dem Besuch der Mettenschicht, im Dezember 2010. Damit ging dann auch wieder ein wunderschöner Nachmittag für die Gruppe zu Ende.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Zum Preußentag Ende Januar konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 66 Teilnehmer begrüßen. Im Anschluss daran hielt er seinen Vortrag: „Preußen hat Zulunft“. Nach einer kurzen Aussprache wurde Hans-Alfred Plötner mit der goldenen Ehrennadel des BdV geehrt. Jochen Gawehns berichtete über die Volksabstimmung in Zahlen- Mit weiteren Beiträgen über Ostpreußen unterhielt Gerd Höpfner und Winfried Brandes mit lustigen Geschichten. Brigitte Stramm – Mitglied des Bundesvorstandes der LO – hielt einen Vortrag: „Zukunft braucht Vergangenheit“. Nach der sich anschließenden Kaffeepause endete der „Preußentag“

Burg-Fehmarn – Sonnabend, 12. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Haus im Stadtpark“.



Malente – Anf der diesjährigen Jahreshauptversammlung begrüßte der Vorsitzende Klaus Schützler eine Vielzahl der Mitglieder. Ganz besonders wurden Herr Falk und Herr Hilgendorff begrüßt. Nach dem Gedenken der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, dass heimatpolitische Veranstaltungen stattgefunden haben. Alle Veranstaltungen waren stets gut besucht und es konnten jeweils auch viele Gäste begrüßt werden. Der Kassenbericht durch den Kassenwart Walter Janz zeigte, dass mit den Beiträgen der Mitglieder sehr sparsam gewirtschaftet worden ist, so dass dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Die anschließenden Gespräche und Diskussion zu Tagesthemen, wie über Arno Surminski, Dirigent Thielemann und andere waren sehr interessant. In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende Klaus Schützler allen für die gute Mitarbeit und aufopfernde Tätigkeit zum Wohle der Gruppe und forderte alle auf, auch künftig sich weiterhin für die heimatpolitischen Anliegen einzusetzen.

Mölln – Mittwoch, 23. Februar, 17 Uhr, Jahreshauptversammlung und Klopsessen im „Quellenhof“. Nach Abwicklung der Regularien findet das gemeinsame Königsberger-Klops-Essen statt. Das Gericht kostet pro Person 7 Euro. Auf Wunsch können andere Speisen bestellt werden. Die Anmeldungen für das Essen nimmt Irmgard Alex, Telefon (04542) 3690 bis zum 21. Februar entgegen. Bei dieser Veranstaltung werden auch Gedichte und Geschichten vorgetragen sowie Lieder gesungen. Außerdem gibt es Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen. Wie in jedem Jahr, so werden auch diesmal die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich zu diesem Beisammensein eingeladen.

Pinneberg – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Katharina Fast sorgt mit einem „Lustigen Nachmittag“ für gute Laune. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

4. Kreisausschussitzung des 6. Kreistages – Nach der Wahl des neues Kreisausschusses vom 21. Mai 2010 kam dieser am 8. Januar 2011 in Hagen am Teutoburger Wald zu einer erneuten Sitzung zusammen. Im Vordergrund der umfangreichen Tagesordnung stand die Diskussion um das soeben erschienene Heimatjahrbuch Nr. 41 / 2010. Mit 320 Seiten Umfang und vielen mehrheitlich in Farbe wiedergegebenen Bildern sticht es aus den früheren Ausgaben hervor und wurde dementsprechend von zahlreichen Lesern positiv bewertet. Zugleich wurde zur weiteren Senkung der Druckkosten um eine noch bessere Arbeitsteilung im vergrößerten Redaktionsteam beraten. Kirchspiel- und Dorftreffen sollen künftig strenger organisiert und vom Kreisausschuss begleitet werden. Als Ansprechpartner steht der stellvertretende Kreisvertreter Hans-Peter Blasche zur Verfügung. In der Sache Franz Jäger hat der Kreisausschuss nach dessen Annahme der Wahl zum Mitglied des Kreistages lautet Beschluss vom 30. Dezember 2010 beschlossen: Franz Jäger, geb. am 24. Mai 1937, Heimatort Kalborn, Seilerstraße 11, 51688 Wipperfürt, Telefon (02267) 2850 ist Mitglied des 6. Kreistages und in die neue Liste der Kreistagsmitglieder unter Nr. 22 aufgenommen worden (zu vgl. Kandidatenliste Seite 217, HJB Nr. 41 / 2010).

Kreistagssitzung 2011 – Einvernehmlich mit dem Vorsitzenden des Kreistages der Kreisgemeinschaft wurde die Kreistagssitzung 2011 terminlich auf den 9. April 2011, im Rathaus in Hagen a. T. W. festgelegt. Die Kreistagsmitglieder erhalten rechtzeitig eine gesonderte Einladung unter Beifügung der Tagesordnung. Themenvorschläge können zu Händen des Kreistagsvorsitzenden Johann Certa gemacht werden.

Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen – findet am 28./29. Mai in Erfurt auf dem Messegelände statt. Die Großkundgebung ist am Sonntag, 29. Mai, 11 Uhr, Halle 1. Für Allenstein Stadt und Land sind 70 Plätze reserviert. Wir erwarten Gäste aus der Heimat. Seien Sie alle herzlich willkommen.

Neujahrsempfang 2011 – Im Anschluss an die Kreisausschusssitzung traf sich der Vorstand im Landhotel Buller in Hagen a.T.W. mit Vertretern der Paten aus Osnabrück und Hagen sowie Partnern aus Allenstein zu einem Arbeitsessen. Ziel der Zusammenkunft war es, in harmonischer Runde die Leistungen aus der mehrjährigen Zusammenarbeit im Dreieck Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Landkreis Osnabrück und „Powiat Olsztyn (jetziger Landkreis Allenstein) aufzuzeigen und eingeschlagene Wege zu festigen oder neue Wege zum Wohle der Menschen hüben und drüben zu beschreiten. Solche Möglichkeiten wurden in den Begrüßungsworten des Kreisvertreters Herbert Monkowski und in den Dankesreden der Landräte Manfred Hugo (Osnabrück) und Miroslaw Pampuch (Allenstein) herausgestellt. Höhepunkt des Abends war die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft der Kreisgemeinschaft an Irmgard Vogelsang aus Wallenhorst, langjährige Landtagsabgeordnete in Hannover und Kreistagsabgeordnete in Osnabrück, für ihre anhaltende Unterstützung von Schulkindern in der Großgemeinde Stabigotten und für andere Aktivitäten innerhalb der bestehenden Patenschaft. Die Geehrte bedankte sich und versprach, sich auch weiterhin nach Kräften für die Belange in unserer Heimat einzusetzen. Die Kreisgemeinschaft hat nun drei Ehrenmitglieder, außer Irmgard Vogelsang noch Altbürgermeister Hubert Große-Kracht (Hagen a.T.W.) und Landrat a.D. Adam Sierzputowski (Allenstein). Der Schatzmeister gibt bekannt: Die Vereinskasse wurde durch den Empfang nicht belastet.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Stammtisch – Für den nächsten Stammtisch der **Heimatgruppe Darmstadt**, der am Sonnabend, 19. Februar, 11.30 Uhr, im Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, in Darmstadt-Wixhausen, stattfindet, laden wir hiermit alle interessierten Landsleute herzlich ein. Das Lokal befindet sich in der unmittelbaren Nähe der S-Bahn-Haltstelle der S 3, direkt gegenüber vom Bahnhof; Parkplätze sind am Bahnhof vorhanden. Gäste sind – wie immer – herzlich willkommen.

Ostpr. Landesmuseum

Lüneburg – 15. Februar, 14.30 Uhr, „Mein schönstes Dorf im ganzen Erdenrund“ –Nidden in der Dichtung. Eine unterhaltsame Erkundung mit Dr. Jörn Barfod.

Zu den vielen Künstlern in Nidden und auf der Kurischen Nehrung gehörten neben Malern auch Dichter, Schriftsteller Musiker und Schauspieler. Neben den Malern waren es vor allem die Schriftsteller, die sich auch mit dem Landstrich der Kurischen Nehrung befassten und ihn in ihrer Ausdrucksform darstellten. In Ergänzung der großartigen Nehrungsschilderungen der Gemälde von Ernst Mollenhauer in der derzeitigen Sonderausstellung werden Beispiele von Lyrik und Prosa über diesen Landstrich und ihre Verfasser vorgestellt.

Information: Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 75995-0

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 12. Februar, 20.05 Uhr, N24: Auf Feindfahrt – U-Boot-Krieg im Atlantik.

SONNABEND, 12. Februar, 22.05 Uhr, Vox: Jagd auf Serienmörder.

SONNTAG, 13. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 13. Februar, 23.05 Uhr, N24: Der Nostradamus-Effekt: Adolf Hitler.

MONTAG, 14. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheime Treffen zwischen Ost und West – Skat unterm Stacheldraht.

MONTAG, 14. Februar, 21 Uhr, Phoenix: Verschlusssache „Waffenbrüder“ – Straftaten der Sowjetarmee.

DIENSTAG, 15. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Kaufen für die Müllhalde – Die moderne Wegwerfgesellschaft.

DIENSTAG, 15. Februar, 20.15 Uhr, ZDF: Das Drama von Dresden.

DIENSTAG, 15. Februar, 0.05 Uhr N24: N24-History – Die Geschichte der Deutschen. Welche Farbe hat der Krieg?

DIENSTAG, 15. Februar, 23 Uhr, 3sat: Unser täglich Brot.

MITTWOCH, 16. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Gladio – Geheimarmeen in Europa.

DONNERSTAG, 17. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Bedrohte Paradiese – Golf von Mexiko. (1/4).

DONNERSTAG, 17. Februar, 23.15 Uhr, WDR: Omagh – Das Attentat. TV-Dokudrama über einen Terroranschlag der IRA.

FREITAG, 18. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Bedrohte Paradiese – Thailand. (2/4).



Kleine Herrschaften an langen Fäden

Das Augsburger Puppentheatermuseum zeigt Majestäten mit Holzköpfen – Kinderträume werden lebendig

Augsburg, die Stadt, in der Kinderträume zum Leben erweckt werden. Das Museum der beliebten „Augsburger Puppenkiste" zeigt wieder einmal eine Ausstellung, die jung und alt begeistert. Dieses Mal stehen Könige, Prinzen und Prinzessinnen im Mittelpunkt des Interesses.

Es gibt kleine Mädchen, die möchten allzu gern eine Prinzessin sein. Sie träumen von rosafarbenen duftigen Kleidern, von einem Krönchen. Ach ja, einmal Prinzessin sein. Später träumen sie dann von einem Prinzen, der ihr Herz erobert. Kleine Jungs hingegen träumen kaum von einer Prinzessin, sie spielen Ritterspiele, bauen Burgen und kämpfen mit (Holz)Schwertern gegen für Erwachsene unsichtbare Bösewichte. Sie alle aber werden Vergnügen haben an einer Ausstellung des Augsburger Puppentheatermuseums „die Kiste". Denn Könige, Prinzen und Prinzessinnen verzaubern noch heute, Märchen faszinieren – zu allen Zeiten, in jedem Alter. Die neue Sonderausstellung vereint diese Kinderträume mit Geschichtlichem und dem Marionettentheater. „Hunderte von königlichen Marionetten der Augsburger Puppenkiste werden in Burgen und Schlössern präsentiert und verwandeln das gesamte Museum in eine beleuchtete Märchenwelt", schwärmen die Ausstellungsmacher.

> Märchen faszinieren zu allen Zeiten, in jedem Alter

Zur Sonderschau „Von Königen, Prinzen und Prinzessinnen" sind über 100 blaublütige Holzköpfe aus allen Marionetten-Ländern in das Hoheitsgebiet der „Kiste" angereist. Kaiser, Sultane und Könige geben sich ebenso wie liebliche Prinzessinnen und verwunschene Prinzen die Ehre, ihr meist junges Publikum zu empfangen. Alfons der Viertel-vor-Zwölfte (der besondere Liebling eines mittlerweile in die Jahre gekommenen Kindes), der kleine Prinz, Prinzessin Lilalu, König Pumponell, Prinzessin Li Si, Prinzessin Schneewittchen, die Prinzessin auf der Erbse oder der Froschkönig und sein Gefolge sind nur einige berühmte und nicht minder beliebte Marionetten, die in Augsburg zu bestaunen sind. Selbstverständlich ist auch der kleine dicke Ritter Sir Oblong Fitz Oblong in voller Bewaffnung mit von der Partie.

Und wie es sich für gekrönte Häupter ziemt, werden sie auf der „Königsallee" standesgemäß ins rechte Licht gerückt. Zur Freude des erwachsenen Kindes gebührt König Alfons dem Viertel-vor-Zwölften eine ganz besondere Position, schließlich ist der Herrscher von Lummerland der bekannteste unter seinen adeligen Amtskollegen. Telefonisch kümmert er sich um die Belange seiner Untertanen. Der Besucher kann sogar persönlich mit ihm sprechen. „die Kiste" präsentiert jedoch nicht nur kleine Herrschaften an langen Fäden, sondern hat auch dem modernen Medium Film eine Plattform gegeben. Auf 30 Quadratmetern sind Originalkostüme, Requisiten, Fotos und ein Filmbeitrag zum deutsch-tschechischen Märchenkultfilm „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel" zu sehen. Der beliebte Märchenfilm der Defa wurde 1973 in Prag, in Babelsberg und auf Schloss Moritzburg bei Dresden gedreht.

> Schloss Neuschwanstein im Guinness Buch der Rekorde

Faszinierend sind auch die mehr als 30 Burgen und Schlösser, das aufwendigste Gesamtkonzept in der Geschichte des Museums. Das Modell des Schlosses Neuschwanstein steht sogar im Guinness Buch der Rekorde. Ein Hobbybastler hat es aus Hunderttausenden von Streichhölzern gefertigt und es dem Museum als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Spektakulär sind auch die wertvollen wissenschaftlichen Sonderexponate, wie etwa Kinderspielzeug von König Ludwig II., eine Reichskrone, kaiserliche Urkunden und andere Insignien der Macht.

„Das Augsburger Puppentheatermuseum ist das erfolgreichste Museum seiner Art in Europa", so die Ausstellungsmacher stolz. Mittlerweile konnte man die 500000. Besucherin begrüßen. „Mit Stolz reihen wir uns in die Riege der erfolgreichsten Familien- und Kindermuseen Europas ein. Einer der Erfolgsfaktoren hierfür ist die ungewöhnliche Verbindung zwischen Kultur, Wissenschaft, Forschung und Kunst mit dem Phänomen des Puppenspiels." So hat der Lehrstuhlinhaber für Mittelalterliche Geschichte der Universität Augsburg, Martin Kaufhold seine Unterstützung für das spannende Projekt zugesagt. Der renommierte Wissenschaftler versteht wie kaum ein anderer, mit seinen Vorlesungen an der Kinderuni auch die Kleinsten in seinen Bann zu ziehen.



Hoheiten aus Augsburg: König Pumpel und Prinzessin aus „Der Prinz von Pumpelonien" (1990) sowie König Alfons der Viertel-vor-Zwölfte aus „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer" (1976 / 77) Bilder: E. Herr, N. Mayer

Selbst echte Fürsten und Prinzen unterstützen die Augsburger Schau mit ihren Standesgenossen aus Holz. Prinz Luitpold von Bayern hat die Ehrenpatenschaft für das Marionettenpendant seines Urahnen König Ludwig II. übernommen. Das Haus Thurn und Taxis stellte Leihgaben zur Verfügung ebenso wie Gräfin Bernadotte oder das Fürstlich und Gräflich Fuggersche Familien- und Stiftungsarchiv.

Silke Osman

„die Kiste" – Das Augsburger Puppentheatermuseum, Spitalgasse 15, zeigt die Sonderausstellung „Von Königen, Prinzen und Prinzessinnen" bis 1. Mai täglich, außer montags, von 10 bis 19 Uhr, Eintritt 4,50 / 3,30 Euro, Kinder 2,90 Euro.

In Kürze

Bescheiden oder dominant?

Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr", sagte einst Wilhelm Busch, und damit hat er recht – zumindest, was Männer als Bewerber in Vorstellungsgesprächen betrifft. Männer, die sich bescheiden geben und nicht in den Vordergrund drängeln, werden als unsicher und willensschwach angesehen. Das fanden amerikanische Forscherinnen in einem Experiment mit nachgestellten Vorstellungsgesprächen heraus. „Frauen sollen Gemeinsinn besitzen und anderen zugewandt sein, keinesfalls jedoch dominant", erklärt Corinne Moss-Racusin von der Rutgers University New Jersey. „Historisch und kulturell gibt es dagegen für Männer das Stereotyp, dass sie unabhängig und selbstbezogen sind." Die Forscher hatten 132 Studentinnen und 100 Studenten gebeten, sich 15-minütige Videofilme über Vorstellungsgespräche anzusehen und die Bewerberinnen und Bewerber, die sich mehr oder weniger bescheiden verhielten, zu beurteilen. Die Bewerberrollen wurden von professionellen Schauspielern übernommen, was die Versuchspersonen nicht wussten. Insgesamt beurteilten die Versuchspersonen die Bewerberinnen und Bewerber als etwa gleich kompetent, was ihre beruflichen Fähigkeiten anging. Doch die Männer, die bescheiden auftraten, und die Frauen, die sich dominant verhielten, wurden jeweils als weniger sympathisch angesehen. „Für die betreffenden Männer könnte das im Ernstfall bedeuten, dass sie dadurch ihre Chance auf die Stelle verringert. Es könnte auch bedeuten, dass sie ein geringeres Gehalt für ihre Tätigkeit bekommen oder dass ihre Karriere langsamer verläuft", meint Moss-Racusin. *C.W.*

Für Sie gelesen

Erinnerung an Film-Stars

Als im vergangenen Jahr ein Buch mit dem Titel „Geliebter Kintopp" erschien, das Fotos von Filmstars der 30er und 40er Jahre enthielt, wussten treue Leser der *PAZ*, dahinter konnte nur Klaus Kaiser stecken. Er hatte über Jahre hinweg immer wieder an die unvergessenen Stars der Ufa-Zeit erinnert.



Bevor Kaiser dieses Archiv aus Altersgründen an die Hochschule für Fernsehen und Film in München übergab, stellte er noch ein Buch nur mit Fotos zusammen. Nun aber ist ein zweiter Band erschienen, der neben Fotografien der Stars auch begleitende Texte enthält. Entstanden ist ein spannendes Lesebuch für alle Kino-Fans. Die Reihe der großen Stars reicht von Zarah Leander über Otto Gebühr bis Willy Fritsch und Lilian Harvey. Die Ostpreußen Albert Lieven und Harry Liedtke sind ebenso zu finden wie die Pommern Paul Dahlke und Peter van Eyck. Ein wunderbares Lesevergnügen. *os*

***Klaus Kaiser: „Das kommt nicht wieder – Film-Stars vergangener Jahre"**, bod, Norderstedt 2011, 216 Seiten, 96 schwarzweiße Fotos, gebunden, 26,80 Euro*

Vier Hochzeiten und ein Darsteller

Der Schauspieler Rudolf Platte bevorzugte heitere Charaktere auf der Bühne und im Film

Kino, Theater oder doch lieber ein Engagement beim Fernsehen? Diese Frage stellt sich Rudolf Platte während seiner über 55 Jahre andauernden Karriere wohl häufiger. Wirklich festlegen kann oder will er sich nie. Auch wenn es um die Frauen geht, hat der deutsche Schauspieler so seine Entscheidungsprobleme. Erst im vierten Anlauf überzeugt ihn Schauspielkollegin Georgia Lind, so dass er mit ihr gleich zweimal zum Altar schreitet.

Platte wird am 12. Februar 1904 unter dem bürgerlichen Namen Rudolf Antonius Heinrich Platte in Hörde geboren. Nach drei Jahren zieht er mit Mutter Karoline und Vater Josef nach Hildesheim. Die Leidenschaft für das Schauspiel kommt früh zum Vorschein. Als Zwölfjähriger tritt Platte am Schultheater auf. Obwohl er ein Gymnasium besucht und das Abitur machen könnte, bricht er sehr zum Leidwesen seiner Eltern 16-jährig die Schule ab. Der Vater, ist wenig begeistert von der Bühnenaffinität seines Sohnes. Der Kaufmann kann sich nicht damit abfinden, dass dieser eine künstlerische Richtung einschlagen will.

Die Entscheidung, eine Schauspielschule zu besuchen, fällt Platte daher ohne das Einverständnis seiner Eltern. Fünf Jahre nach diesem Schritt bekommt der inzwischen 21-Jährige 1925 sein erstes Engagement an einer Bühne. Seine Karriere beginnt mit William Shakespeare an der Düsseldorfer Freilichtbühne. In „Der Kaufmann von Venedig" wird Platte als Shylock besetzt. Kein schlechter Start!

Mit der Hauptrolle werden weitere Theaterintendanten auf den jungen Künstler aufmerksam. Platte wird von mehreren Bühnenhäusern engagiert. Unter anderem führt ihn sein Weg nach Bad Harzburg, Hagen und Wuppertal, bis er sich 1927 schließlich in Berlin niederlässt.

Obwohl seine Rollen eher aus dem dramatischen Fach sind, wird man auf Plattes witzige Seite aufmerksam. Werner Finck überzeugt den damals 23-Jährigen, sich auf sein eigentliches Talent zu konzentrieren: das Komödiantische. Mit Hans Deppe und Robert A. Stemmle leiten die beiden ab 1929 das Kabarett Katakombe und treten mit Sketchen über Politik und Literatur auf. Im gleichen Jahr erhält Platte seine erste Hauptrolle im Kurzfilm „Mein Traum wär ein Mädel" – dem ersten deutschen Tonfilm. Danach folgt ein Engagement nach dem anderen, zunächst überwiegend als Nebendarsteller.



Rudolf Platte: Beliebter Star Bild: pa

Für die Berliner Katakombe läuft es hingegen weniger gut. Ab 1933 wird das Programm unpolitisch. Unter den Gästen befinden sich im Jahr der Machtübernahme der Nationalsozialisten regelmäßig Gestapospitzel. Trotz der Programmumstellung wird das Kabarett 1935 auf Anweisungen von Joseph Goebbels geschlossen. Die Begründung lautet, die Witze gingen auf Kosten des neuen Regimes. An über 200 Produktionen ist der Darsteller im Laufe der folgenden Jahre beteiligt. Plattes Markenzeichen sind sein dürrer Körper und seine schnelle Aussprache. Für Hauptrollen wird der Wahlberliner selten besetzt. Er bringt als liebenswürdiger, unbeholfener Nebendarsteller mit komödiantischem Talent die Zuschauer zum Lachen. Allerdings lässt sich Platte auf dieses Schema nicht festlegen. Er tritt zwischen 1940 und 1949 wieder verstärkt am Theater auf, um der Schublade zu entgehen. Auf der Bühne darf er auch ernstere Charaktere spielen. Die Komödie fehlt ihm aber doch, ständig wechselt der Darsteller zwischen Theater und Film.

> Auf der Bühne auch ernstere Rollen

Ab den 1960er Jahren kommen zudem Aufträge für das Fernsehen hinzu, was Platte dankbar annimmt. Mit dem immer populärer werdenden Medium kann er sich von seinem festgelegten Bild des Komikers offenbar leichter distanzieren. Das Fernsehen bietet ihm eine dritte Plattform für seine Kunst.

Trotzdem lockt ihn das Kinogeschäft mit lustigen Nebenrollen. Nachdem er 1957 an der Seite von Heinz Erhardt die Komödie „Der müde Theodor" gedreht hat, stehen sie 1970 wieder gemeinsam für „Die Herren mit der weißen Weste" vor der Kamera. Rainer Werner Fassbinders „Die Sehnsucht der Veronika Voss" ist 1982 Plattes letzter Film für die Lichtspielhäuser.

Zu dieser Zeit fokussiert sich der Berliner bevorzugt auf harmlose Fernsehrollen der leichten Unterhaltung wie „Jakob und Adele" oder die „Rummelplatzgeschichten".

Dass sich Platte nicht immer festlegen will, zeigt sich auch in seinem Privatleben. Viermal schreitet er vor den Traualtar. Zum ersten Mal gibt er Vally Hager das Ja-Wort. Die Verbindung hält jedoch nur kurze Zeit. 1942 heiratet er die Schauspielerin Georgia Lind. Nur ein Jahr später trennen sie sich wieder. Einsam bleibt Platte jedoch nicht. Nach seiner Trennung von Lind geht er eine eheliche Verbindung mit Schauspielkollegin Marina Ried ein.

Diesmal hält die Ehe sogar zehn Jahre. 1953 lässt er sich jedoch zum dritten Mal scheiden. Seine Einsamkeit dauert auch diesmal nicht lange an. Seine zweite Ehefrau hat es ihm wohl mehr angetan, als er sich in den Jahren zuvor eingestanden hat. 1954 gibt Platte seiner Liebe zu Lind eine zweite Chance und heiratet sie erneut. Bis zu ihrem Tode lebt das Paar in Berlin. Die Schauspielerin stirbt am 10. Dezember 1984. Ihr Ehemann Platte folgt ihr acht Tage später. Letzten Endes legt sich Platte also doch fest. *Isabel Pluta/Ricore*



Klare Kante für die Kirche

Katholik klärt Irrtümer auf

„Sind Priester Kinderschänder?“ Diese und andere provokative Fragen stellt der katholische Publizist Michael Müller in seinem neuen Buch „Kirche, Papst und Glaube“, das in der Reihe „Klartext und Klischees“ erschienen ist und Fragen beantworten, Irrtümer und Missverständnisse geraderücken möchte. Müller ist Herausgeber des Magazins „Komma“, mit dem er Themen wie Islamisierung, Linksruck, ideologischer Kampf gegen Kirche, Papst und Familie, Gender Mainstreaming, Abtreibung und Euthanasie besetzt.

In seinem Vorwort macht Müller deutlich, dass viele Menschen Probleme mit der katholischen Kirche haben. Er gibt zu, dass es nicht immer leicht sei, mit der Kirche und dem christlichen Glauben „klarzukommen“. Aus diesem Grund hat er sein kleines Büchlein geschrieben. Es will Kirche und Glauben erklären – und zwar mit einfachen Worten, anschaulichen Beispielen und griffigen Argumenten. Der Autor beschäftigt sich mit der Gottesfrage, mit Jesus Christus, der Kirche als göttliche Stiftung, dem Leben in der Kirche, der katholischen Sexualmoral, Macht und Reichtum der Kirche, der Rolle Marias, der Ökumene und dem interreligiösen Dialog sowie verschiedenen anderen Themen. Langeweile kommt nie auf, da Müller sein Werk in 13 handliche Kapitel untergliedert hat. Zu Beginn dieser Kapitel finden sich immer provokante und „tabulose“ Fragen von Menschen, die ihre Probleme mit Kirche und Glauben haben. Anschließend versucht der Verfasser, diese Fragen zu beantworten. Dies gelingt ihm zu großen Teilen sehr überzeugend, klar, knapp und allgemeinverständlich.

Insbesondere auf dem Feld der Sexualmoral würden zahlreiche „fortschrittliche“ Zeitgenossen mit zweierlei Maß messen. So würde der Zölibat bei katholischen Priestern als widernatürlich herausgestellt – während man sich beim enthaltsam lebenden Dalai Lama nicht daran störe. Auch in puncto Aids spiele man der Kirche oft übel mit und verleumde sie.

Den Schauermärchen über vermeintlich unermesslichen Reichtum der Kirche hält der Buchautor entgegen, dass die katholische Kirche (Stand Oktober 2009) aktuell und international 5378 Krankenhäuser und 18 088 Krankenstationen, 521 Leprastationen, 15 448 Alten-, Pflege- und Behindertenheime, 9376 Waisenhäuser, 11 555 Kindergärten, rund 200 000 vorschulische und schulische Einrichtungen, 13 559 Eheberatungsinstitute sowie 10 356 sonstige karitative Institute unterhält.

Auch das im vergangenen Jahr stark diskutierte Thema Kindesmissbrauch kommt zur Sprache. Müller bestreitet, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Zölibat und Kindesmissbrauch. Dies behaupten Kirchenkritiker immer wieder, weil ihnen diese ihnen fremde Lebensweise einfach als äußerst anstößig und nicht tolerabel erscheint. Überspitzt könnte man sagen: Mittlerweile tolerieren wir alle möglichen sexuellen Abarten, nur das sexlose Zölibat können wir nicht ertragen und dulden. Müller macht deutlich: Ein Pädophiler wird nicht dadurch von seiner Neigung befreit, dass er seine Sexualität in einer normalen Beziehung mit einer erwachsenen Frau ausleben kann. Denn daran hat er kein Interesse. Und Alice Schwarzer weist darauf hin, dass drei von vier Tätern Väter, Onkel und Nachbarn sind – und nicht etwa zölibatär lebende Priester.

Sexuelle Abarten okay, Zölibat aber falsch?

Müllers flüssig geschriebenes Buch ist uneingeschränkt denjenigen ans Herz zu legen, die sich für Kirche und Glauben interessieren. Zweifler und Suchende werden einige Antworten auf ihre drängendsten Fragen finden.

Ansgar Lange

***Michael Müller: „Kirche, Papst und Glaube – Fragen, Irrtümer, Missverständnisse“**, mm-Verlag, Aachen 2010, 224 Seiten, 16 Euro*



Massiver Gesinnungswandel

Der »Spiegel« entdeckt die Ostdeutschen

Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ war seit seiner Gründung 1948 den rund zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen aus den preußischen Ostprovinzen und aus dem Sudetenland nicht sonderlich wohlgesonnen. Obwohl die Ostdeutschen entscheidend am wirtschaftlichen Wiederaufbau Nachkriegsdeutschlands beteiligt waren, wurden sie als „Ewiggestrige“ beargwöhnt, wo sie doch nur ihre Liebe zur Heimat bekunden wollten. Dass mit dieser journalistischen Aversion gegen alles Ostdeutsche auch die konfliktreiche Geschichte und die reichhaltige Kultur jener Regionen in Vergessen zu geraten drohte, wurde im Kampfeseifer übersehen.

Jetzt aber, wo es, 65 Jahre nach Kriegsende, fast zu spät ist, erschien in der Reihe „Spiegel Geschichte“ ein Heft von 148 Seiten, das an vielen Zeitungskiosken für 7,50 Euro zu kaufen ist: „Die Deutschen im Osten – Auf den Spuren einer verlorenen Zeit.“ Allein das Inhaltsverzeichnis kann den Leser, zumal den aus Ostdeutschland stammenden, begeistern. Der in die vier Abteilungen „Siedler im Osten“, „Fremde, Freunde, Nachbarn“, „Krieg, Flucht, Vertreibung“ und „Schatten der Vergangenheit“ gegliederte Stoff bringt in den einzelnen Kapiteln eine Fülle von Beispielen dafür, wie wichtig die Geschichte und Kultur Ostdeutschlands für das Selbstverständnis der heutigen Deutschen sind. Da liest man einen Aufsatz „Neue Schlüssel zur Geschichte“, in dem im Untertitel auf die „Enkelgeneration der Vertriebenen“ verwiesen wird, die die „Vergangenheit unverkrampfter“ sieht, weitere Artikel berichten über die „wechselvolle Geschichte der 1348 gegründeten Universität Prag“ und den wirtschaftlichen „Erfolg der mittelalterlichen Hanse“. Der Stuttgarter Emeritus Norbert Conrads, 1938 in Breslau geboren, der an der Universität Stuttgart den Projektbereich „Schlesische Geschichte“ vertrat, würdigt auf vier Seiten „Schlesien zwischen Polen, Habsburgerreich und Preußen“ als „Hort der Toleranz“. Der 1962 geborene Germanist Johannes Saltzwedel stellt die unvergleichliche Barockdichtung aus Schlesien vor, deren bedeutendster Vertreter Andreas Gryphius (1616–1664) aus Glogau stammt. Der in Berlin lebende Historiker Andreas Kossert (1970), dessen letztes Buch „Kalte Heimat – Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“ (2008) hohes Aufsehen erregte, ist mit einem Interview über die politische und kulturelle Sonderstellung Ostpreußens vertreten, während Christian Neef darüber schreibt, wie im nördlichen Ostpreußen, der russischen Provinz Oblast Kaliningrad, die Regionalregierung versucht, die deutsche Geschichte 1231/1945 vergessen zu machen.

Leistungen der Ostdeutschen gewürdigt

Erfreulich ist, dass neben den „reichsdeutschen“ Vertriebenen auch die aus Russland, Ungarn, Serbien, Kroatien und Rumänien ausführlich benannt werden, während die aus der Tschechoslowakei, Polen und dem Baltikum leider unerwähnt bleiben, immerhin ist „Danzig zwischen Deutschen und Polen“ ein eigenes Kapitel gewidmet.

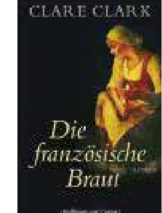
Wie es den jenseits von Oder und Lausitzer Neiße lebenden Deutschen nach 1945 ging, kommt in Artikeln über das Wüten der „Roten Armee“, über die „Breslauer Apokalypse“ und „Die Zeit der Abrechnung“ zur Sprache. Hier wird auch endlich das Thema „Vergewaltigung“ von zwei Millionen ostdeutscher Mädchen und Frauen angeschnitten. Dass die vorrückenden „Rotarmisten“ auch Tausende von Polinnen, Slowakinnen, Rumäninnen, Ungarinnen vergewaltigt haben, lässt das Argument brüchig werden, die Verbrechen der „Roten Armee“ wären die Antwort auf die Verbrechen der „Wehrmacht“ 1941/45 gewesen.

Wo man sich festliest in diesem Heft, bekommt man aufschlussreiche Informationen geliefert, so über die Westverschiebung Polens unter dem Titel „Churchills Streichhölzer“ (Michael Sontheimer) oder über „Die Vertriebenen nach 1945“ unter dem Titel „Hitlers letzte Opfer“ (Norbert F. Pötzl). Selbstverständlich durfte da ein kritischer Beitrag, wenn auch anonym, über Erika Steinbachs Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nicht fehlen. Leider wird die rigorose Eingliederungspolitik, die im SED-Staat gegen die „Umsiedler“ betrieben wurde, nirgendwo analysiert, der einzige Beitrag zu diesem Thema erschöpft sich in Uwe Klussmanns Artikel über das „Görlitzer Abkommen“ von 1950, worin die „Oder-Neiße-Friedensgrenze“ einseitig anerkannt wurde.

Dass deutsche und polnische Historiker an einem gemeinsamen Geschichtsbuch arbeiten, erfährt man von Jan Friedmann unter dem Titel „Heikle Kapitel“. Und unter dem Titel „Aktenzeichen ungelöst“ wird dem Leser durch Thomas Darnstädt mitgeteilt, dass die an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen noch immer ungesühnt sind. Die Liste der weiterführenden Literatur ist leider ziemlich willkürlich zusammengestellt worden und bedarf dringend der Ergänzung.

Jörg B. Bilke

***„Spiegel Geschichte“: „Die Deutschen im Osten – Auf den Spuren einer verlorenen Zeit“**, Spiegel-Verlag, Hamburg 2010, 148 Seiten, 7,50 Euro*



Vertane Chance

Autorin legt mauen Roman über die ersten Siedler Louisianas vor

Literatur kann informieren und unterhalten, manchmal das eine mehr, manchmal das andere weniger, wenn beides sich die Waage hält, spricht das meist für eine gute Lektüre. An einem kalten Wintertag, an dem es draußen stürmt und schneit, ist es perfekt, wenn ein Buch auch noch in eine andere Welt und/oder Zeit entführt. Beides scheint „Die französische Braut“ zu versprechen. Clare Clark, die Geschichte am Trinity College in Cambridge studiert hat, war bei ihren Recherchen für ihren Bestseller „Der Apotheker“ eine Liste mit 23 Frauennamen aufmerksam geworden. Diese jungen Französinnen waren 1703 mit der „Pélican“ von La Rochelle aus Richtung Louisiana in See gestochen. „Das damalige Louisiana befand sich damals erst seit 20 Jahren in französischer Hand und erstrecke sich von der Mündung des Mississippi fast 5000 Kilometer weit nach Norden und umfasste die heutigen Staaten Louisiana, Mississippi, Arkansas, Missouri, Illinois, Iowa, Wisconsin und Minnesota sowie Teile Kanadas“, wie die Autorin in ihrem Nachwort informativ ausführt.

Leider ist das Nachwort das Beste am vorliegenden Roman, was vor allem daran liegt, dass die sehr interessanten historischen Hintergründe im Roman nur ungenügend erklärt werden. Zwar erfährt man, dass die junge Französin Elisabeth Savaret, die keine historische Figur ist, aber im Roman mit den anderen Frauen mit der „Pélican“ über den Atlantik zur Verehelichung mit einem Fremden nach Louisiana reist, dort über die ärmlichen Zustände in der Siedlung Mobile entsetzt ist, doch irgendwie springt dies Entsetzen nicht auf den Leser über. Dabei litt die französische Garnison darunter, dass das Mutterland wegen Kriegsverwicklungen in Europa die Versorgung der Kolonie eingestellt hatte. Die „Pélican“ war seit langem das erste Schiff, dass die Siedler erreichte, die zuvor, da sie selbst nichts anbauten und produzierten, von der Gnade der Indianerstämme abhängig gewesen waren.

Elisabeths durchwachsene Ehe mit dem Soldaten und Abenteurer Jean-Claude Babelon lässt den Leser kalt. Und Elisabeth zeigt den anderen Siedlerfrauen die kalte Schulter. Dabei teilen alle Frauen dasselbe Leid: In dem feucht-warmen Klima erleiden sie ständig Fehlgeburten, so oft, dass schon befürchtet wird, Louisiana mache unfruchtbar. Und Babelon wird auch nicht der Vater von Elisabeths einzigem Kind, denn zum Zeitpunkt der Geburt ist er bereits ermordet worden, wobei der Leser wenig Mitleid mit dem stets kühl seinen Vorteil auch auf Kosten anderer kalkulierenden Schönling hat.

Da alle Figuren farblos bleiben und der spannende historische Kontext ungenügend in der Romanhandlung umgesetzt wird, ist „Die französische Braut“ leider enttäuschend.

Rebecca Bellano

***Clare Clark: „Die französische Braut“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 478 Seiten, 19,95 Euro*

Leben in vorpommerscher Tristesse

Fiktive, aber von Literaturkritikern hochgelobte Schilderung der Bewohner eines Dorfes zwischen Anklam und Jerichow

Irgendwo in der Provinz zwischen Anklam und Jerichow in Vorpommern liegt ein Dorf namens Bresekow, wo nichts los ist und die meisten Bewohner keine richtige Arbeit haben. Der fiktive Ort ist Schauplatz von Judith Zanders Erstlingsroman „Dinge, die wir heute sagten“, von dem die Fachwelt durchweg positiv überrascht war und den sie daher auf die Short List des Deutschen Buchpreises setzte.

Bresekow ist „ein hässliches Endlein, über das man besser den Mund hält“, heißt es im Klappentext von Judith Zanders. Doch die Autorin, die 1980 in Anklam zur Welt kam, hat sich nicht an ihre Schweigeempfehlung gehalten. Im Gegenteil, sie lässt mehrere Bresekower auf fast 500 Seiten zu Wort kommen, indem sie sie selbst abwechselnd und in der ihnen eigenen Redeweise ihre Sicht der Dinge darstellen lässt. Deren Horizont reicht, mit Ausnahme des wunderlichen Pastors, allerdings nicht über den eigenen Tellerrand hinaus. Es sind die Vertreter dreier Generationen, Alteingesessene und Zugezogene, die weitschweifig räsonieren, schwadronieren und Tratsch verbreiten dürfen. Nur wenige sind darunter, die auch ihr eigenes Verhalten reflektieren. Auf diese Weise werden nach und nach Dorfgeschichten aus der Nachwendezeit, der DDR-Vergangenheit und der Nachkriegszeit erzählt. Darunter ist viel Verdrängtes, das anlässlich des Todes und Begräbnisses von Anna Hanske ans Licht will. Vorausgeschickt sei, dass der Leser sich das Verständnis um die Zusammenhänge regelrecht erarbeiten muss, da es kein Personenverzeichnis gibt und man herausfinden muss, an wen sich die jeweils monologisierende Romanperson gerade wendet, falls überhaupt. Besonders auf den ersten 50 Seiten erfordert dies ein hohes Maß an Konzentration.

Wenn aus Sicht der Jugendlichen überhaupt etwas los ist in dem Kaff, dann auf der Elpe in der Dorfmitte, benannt nach der früheren landwirtschaftlichen LPG. Auf dem leeren Platz treffen sich die geschminkten Mädchen in ihren bauchfreien Tops und die Jungs mit ihren Mofas, ausgestattet mit einem Springmesser. Es wird gekifft, getrunken und in der aufgeladenen Stimmung kommt es anschließend zu erotischen Ausschweifungen.

Während die jungen Leute nur diesseitige Perspektiven haben, haben sich manche ihrer Väter und Mütter, die mit den Veränderungen nach der „Wende“ zurechtkommen mussten, zuerst dem Alkohol ergeben und anschließend einem fundamental-christlichen Prediger zugewandt. Dieser hatte ihnen Befreiung von ihrer Sucht durch den Glauben versprochen, doch da sie blieben, wer sie waren, haben einige der Sekte bereits wieder den Rücken zugekehrt. Nur die 17-jährige Gymnasiastin Romy hält sich bewusst fern von allen und allem.

Mundartliche Einsprengsel in den Monologen treten auf, wenn ältere Personen zitiert werden, da diese untereinander überwiegend Plattdeutsch sprechen. Das gilt ebenso für die gebündelten Satzfetzen aus Alltagsgesprächen, mit denen zwischendurch „die Gemeinde“ eingeschaltet wird. So wirken diese Kunstgriffe der Autorin wie ein Katalysator, der diejenigen Personen, die in ihrer Beschränktheit bestürzend einseitig gezeichnet sind, in ein umso grelleres Licht stellt. Die fehlerhafte Ausdrucksweise der Hochdeutsch Redenden und deren häufige unflätige Bemerkungen tun ein Übriges. Dabei wirkt alles authentisch, was auf das besondere Verständnis der Autorin zurückzuführen ist, das diese von der Sprache mit ihren vielfältigen Ausprägungen entwickelt hat. Anders als in der älteren Heimatliteratur etwa eines Walter Kempowski ist bei Zanders Romanpersonal nur ein Mindestmaß an zwischenmenschlicher Wärme auszumachen. Und man vermisst die humoristische Note, welche wegen der Trostlosigkeit des durch bestimmte Umstände reduzierten Lebens belebend gewirkt hätte und auch zu erwarten gewesen wäre; erinnert man sich doch bestens an den Galgenhumor der DDR-Witze.

Dagmar Jestrzemski

***Judith Zander: „Dinge die wir heute sagten“**, dtv, München 2010, broschiert, 480 Seiten, 16,90 Euro*

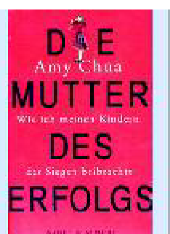
Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000
aktueller Plan Kaliningrads und neu gezeichneter Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kaliningrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.
Russische Straßennamen im Plan Kaliningrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen
Nebenkarten Amalienau/Ratshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des verschwundenen Stadtgefüges
- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung



Karte
75 x 90 cm,
gefalzt
15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7087
€ 5,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß-Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



Amy Chua
Die Mutter des Erfolgs
Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 7072, € 19,90



Dorga-Sylvester/Czarnetzky Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6802



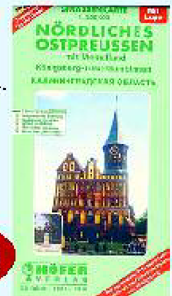
Straßenkarte Südliches Ostpreußen Masuren Allenstein-Rastenburg-Lyck
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, polnisch/deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, polnisch-deutsch/deutsch-polnisch, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Allenstein
Best.-Nr.: 1146

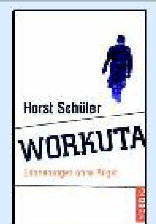


€ 10,90

Straßenkarte Nördliches Ostpreußen
Königsberg-Tilsit-Gumbinnen
Mit separatem Ortsnamenverzeichnis und Innenstadtplan von Königsberg
Maßstab 1:200.000, zweisprachig bis ins Detail, mit Lupe, neue Auflage
Best.-Nr.: 1145

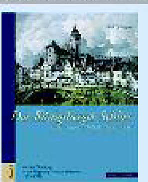






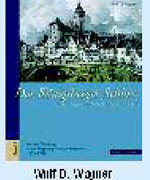
Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 288 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95

Heinrich Pflanz
Die Hingerichteten von Landsberg und der Spöttinger Friedhof
Der Landsberger Heimatforscher Heinrich Pflanz hat in jahrzehntelanger Arbeit die vorliegende Dokumentation erstellt. Seine Forschungen stützen sich dabei nicht nur auf umfangreiches Material aus deutschen und amerikanischen Archiven, sondern er konnte auch auf die persönlichen Aussagen von amerikanischen Armeeangehörigen, deutschen Zivilangestellten, der evangelischen und katholischen Gefängnispfarrer, Rechtsanwälten und vielen Angehörigen der Angeklagten und ehemaligen "Rotjacken", also der Verurteilten, die monate- bzw. jahrelang in der Todeszelle auf ihre Hinrichtung warteten, die ihr Urteil umgewandelt wurde, zurückgreifen. Entstanden ist ein erschütterndes Werk, das die Lebensschicksale der Hingerichteten, ihre tatsächlichen oder oft auch nur von den Anklägern behaupteten Verbrechen knapp und eindringlich schildert. Von besonderer zeitgeschichtlicher Bedeutung sind die von vielen Verurteilten überlieferten letzten Worte unter dem Galgen und die dokumentierten Abschiedsbriefe, die auf ergreifende Weise bezeugen, wie der Einzelne in den Sog eines katastrophalen Weltgeschehens geraten kann.




Geb., 424 Seiten
Best.-Nr.: 7070







Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6824,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Hans-Olaf Henkel
Rettet unser Geld!
Deutschland wird ausverkauft - Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7065, € 19,90

PMD
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Wulf D. Wagner, Heinrich Lange
Das Königsberger Schloss, Bd. 2
Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 2. Von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung (1740-1967/68). Das Schicksal seiner Sammlungen nach 1945. Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preußischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrschersitze Nordosteuropas. Band 2 der Gesamtdarstellung zeichnet die Geschichte des Schlosses von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung 1968 nach und dokumentiert das Schicksal der Sammlungen nach 1945. Der Band beginnt mit der Huldigung Friedrichs des Großen 1740. Der weitere Weg der Schlossnutzung etwa als Residenz des russischen Gouverneurs im Siebenjährigen Krieg, als Wohnung der königlichen Familie 1806-1809 oder als Sitz von Behörden, in denen u. a. Heinrich von Kleist und Joseph Freiherr von Eichendorff wirkten, vergegenwärtigt die wechselvolle Geschichte. Das 18. und 19. Jh. sind sowohl durch Verfall wie durch großartige Umbauentwürfe gekennzeichnet, die z. T. erstmals publiziert werden. Die Krönung Wilhelms I. 1861, für die F. A. Stüler das Schloss umbaute, steht im Zentrum der Ereignisse. Nach Ende der Monarchie 1918 diente das Schloss als überregional bedeutendes Museum mit einer hervorragende Sammlung von Expressionisten und Gemälden von Lovis Corinth. Im zweiten Teil des Bandes wird die Zerstörung des Schlosses vom Bombenangriff 1944 bis zur letzten Sprengung 1968 anhand einer einzigartigen Fotodokumentation nachgezeichnet. Ein abschließendes Kapitel gilt dem Schicksal der Sammlungen seit Kriegsbeginn 1939 - Möbel, Gemälde und die berühmte Silberbibliothek haben sich bis heute erhalten. Gesamtdarstellung mit bisher unveröffentlichtem Bildmaterial.
Geb., Großformat, 608 Seiten, Farbabbildungen: 71, S/W-Abbildungen: 671
Best.-Nr.: 7075
€ 89,00

Wulf D. Wagner
Das Königsberger Schloss, Bd. 1
von 1255 bis 1740
Geb., 392 Seiten mit 41 farbigen Illustrationen, 315 S/W-Abbildungen und 2 Lageplänen, 30 Grundrisse
Best.-Nr.: 6393, € 76,00

Die deutschen Hymnen und Lieder in Geschichte und Gegenwart
Gebirgsmusikkorps 6, Garmisch Partenkirchen, Ltg. OTL Michael Euler
Prolog: Europa
Inhalt: Hymnen: Länderlieder und Landeshymnen der Bundesrepublik Deutschland, Historischer Anhang: Hymne zu Deutschland, Hymne der DDR, Lieder der ehemaligen deutschen Ostgebiete: Danzig: Dunkle Giebel, Hohe Fenster..., Ostpreußenlied, Pommernlied, Schlesierlied, Westpreußenlied,
Epilog: Europäischer Marsch
Alle 28 Titel werden instrumental dargeboten.
Best.-Nr.: 3830
CD
€ 14,95

Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95

statt bisher € 15,80
nur noch € 7,95
HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Marion & Michael Grandt
Das Handbuch der Selbstversorgung
Überleben in der Krise
Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7073, € 19,95




Preußischer Kürassierhelm M1889, Replik
Originalgetreuer Nachbau in Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen
Best.-Nr.: 7068, € 119,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube.
Leder mit Metallbeschlägen.
Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7039, € 129,95

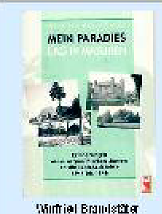
Husaren-Manschettenknöpfe



€ 24,95

Manschettenknöpfe
Silbernes Herrschermonogramm „FW, R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und die grausame Schrecklichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehntausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Winfried Brandstätter
Mein Paradies lag in Masuren
Erinnerungen eines ostpreußischen Jungen an die Schicksalsjahre 1944-1946
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6839, € 10,90



Straßenkarte West-Ost-Preußen Danzig-Elbing-Thorn
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, deutsch/polnisch, separates Ortsnamenverzeichnis, deutsch-polnisch/polnisch-deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Elbing
Best.-Nr.: 1277



€ 10,90

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Marlene Dietrich, Joseph Schmidt, Lilian Harvey, Gustav Gründgens, Ilse Werner, u.v.a.
Inhalt: Ich bin nur ein armer Wandergesell, Der Vetter aus Dingsda, Ein Freund, ein guter Freund, Ich bin die fesche Lola, Was kann der Sigismund dafür, dass er so schön ist, Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt, Adieu, mein kleiner Gardeoffizier, Das gibt's nur einmal, Flieger, grüß mir die Sonne, Hoppla, jetzt komm ich, Es ist doch nicht zu fassen, Ein Lied geht um die Welt, Ob blond, ob braun, ich liebe alle Frau'n, Wenn die Sonne hinter den Dächern versinkt, Das Herz eines Boxers Schmeling, Ich wollt, ich wär ein Huhn, Sag beim Abschied leise Servus, Kann denn Liebe Sünde sein? Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, Man müsste Klavier spielen können Heesters, Heimat, Deine Sterne, Wir machen Musik, u.v.a.



38 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074
€ 12,95



Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



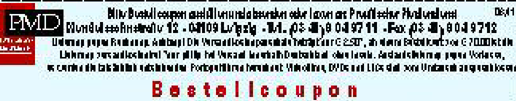
Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6763, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren
Inschrift: VINCERE, AUT MORI (emaillierte Vorderseite)
Best.-Nr.: 6909, € 5,95



PMD
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 06/11
Mundelsheimerstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt € 2,50*, ab einem Bestellwert von € 70,00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ägypter für Steinigung

Washington – Eine Studie des US-Meinungsforschungs-Instituts „Pew“ sorgt für Beunruhigung: Bei einer Umfrage in mehreren muslimischen Ländern sprachen sich von den ägyptischen Moslems 82 Prozent für Steinigung als Strafe für Ehebruch und 77 Prozent fürs Handabhacken bei Raub aus. 84 Prozent sind demnach dafür, dass ein Abfall vom Islam mit dem Tode bestraft wird. Auch die Zustimmung für Islamisten fiel überraschend hoch aus. *H.H.*

Wahlkampf mit Wodka

Moskau – Ab März wird in russischen Supermarktregalen die neue Wodkamarke „Wolodja i Medwedi“, zu Deutsch etwa: „Wolodja und die Bären“, zu finden sein. Der Name lässt viele Deutungen zu. Er steht einerseits für Putin und die Partei „Einiges Russland“, andererseits für Medwedew, den Präsidenten, aber auch für den Bären, der in russischen Märchen den starken Mann (Putin) versinnbildlicht. Experten meinen, dass der Wodka den Wahlkampf beflügeln soll. *MRK*

ZUR PERSON

Meister der Details

Unbekannt, aber wichtig“, überschrieb die „Frankfurter Rundschau“ bereits 2009 ein Porträt des europapolitischen Beraters der Kanzlerin, **Uwe Corsepius**. Künftig ist der 1960 geborene Europapolitiker sogar noch wichtiger, denn ab Sommer ist er Generalsekretär des wichtigsten Legislativorgans der Europäischen Union, des Europäischen Rats, in dem alle Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten vertreten sind. Doch obwohl dies schon länger publik ist, ist Corsepius immer noch unbekannt. Aber im Gegensatz zu anderen grauen Mäusen der Europäischen Union wie Herman van Rompuy, dem ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, oder Catherine Ashton, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, ist Corsepius ein geübter Strippenzieher. Bereits in seiner jetzigen Funktion hat er von Berlin aus einiges in der EU bewegt. So gilt er als Vater der Berliner Erklärung, die als Grundlage für den Lissabon-Vertrag nach der durch das Veto der Franzosen und Niederländer gescheiterten EU-Verfassung gilt.



Der verheiratete Vater von zwei Kindern, der am Kieler Institut für Weltwirtschaft promovierte und der bereits unter den Bundeskanzlern Helmut Kohl und Gerhard Schröder im Kanzleramt tätig war, ist allerdings in der EU wenig beliebt. So mokiert man sich, dass er sich direkt in Gespräche der Regierungschefs einmischt, obwohl er nur ein Beamter ist. Und: „Er vertritt die deutsche Position mit einem Selbstbewusstsein, an das die EU-Partner nicht gewöhnt waren“, merkt die französische Wissenschaftlerin Claire Demesmay an.

Auch wird Corsepius dafür kritisiert, dass er zwar Meister des Details sei, aber keine Vision von Europa habe. Er wolle vor allem die Dinge am Laufen halten. *Bel*



Falling down

Zeichnung: Mohr

Schmutzige Schwestern

Was die SPD mit Ben Ali und Mubarak verbindet, warum Reagan für immer verdammt ist, und was die USA so abstoßend macht / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Irgendetwas stimmt nicht. Es fehlt was! Wenn sonst irgendwo auf dem Planeten ein Volk gegen einen Despoten aufsteht, dann füllen sich für gewöhnlich auch unsere Straßen und Plätze mit Demonstranten, die die Kämpfenden wo auch immer auf dem Globus ihres Beistands versichern. Und natürlich die Bundesregierung, die USA – ach überhaupt den gesamten „Westen“ anprangern wegen seiner Untätigkeit.

Dass der „Westen“, also die USA und Europa und Deutschland sowieso, an Mubarak schuld ist, das haben die üblichen Ankläger auch erwartungsgemäß geklärt. Doch normalerweise schreien sie ihre Anklage richtig laut heraus! Wo aber ist die Palästinensertuch-Studentin, die mit brüchiger Stimme ihre moralische Empörung durchs Megaphon plärrt? Wo das bewährte Fahnenbouquet aus Linke-, Juso, Verdi-, Grünen- und Attac-Bannern über der Menschentraube? Wo die Trillerpfeifen?

Die Zurückhaltung macht neugierig. Einen Grund, warum sie alle nur mit belegter Stimme räsonieren, hatten wir schon letzte Woche gefunden: die peinlichen Sofafotos mit Mubarak. Auf dem Möbel hatten sich Vertreter nahezu aller politischen Lager mit dem Autokraten gelümmelt. Und von dort bis zum Podest des Anklägers ist es nun mal ein sehr weiter Weg.

Wenigstens kann man die unangenehmen Fotos damit erklären, dass sich Außenpolitiker ihre Gesprächspartner nicht immer aussuchen können. Ärgerlicherweise aber standen manche deutsche Politiker dem Ägypter näher, als es die breite Öffentlichkeit bislang wahrgenommen hat. Mubaraks Staatsmarionettenpartei war noch bis zum 31. Januar ganz offiziell Mitglied der „Sozialistischen Internationale“ (SI), und damit sozusagen amtlich eine Schwesterpartei der deutschen SPD. Wie übrigens auch die Gefolgschaft von Tunesiens Despot Ben Ali, die erst am 17. Januar dezent aus der SI entfernt wurde – drei Tage, nachdem sich Ben Ali auf einem Berg von Geld und Gold ins hochherrschaftliche Exil davon kutschieren ließ.

Da können wir verstehen, dass große Teile des empörungsbefugten Deutschland lieber leise nölen statt zu grölen. Zumal sich in dem prächtigen Reigen sozialdemokratischer Schwesterparteien noch weitere Perlen finden, über die wir uns gerne mit der SPD unterhalten würden. So etwa die Partei von Laurent Gbagbo, dem Staatschef der Elfenbeinküste. Der hatte im Herbst vergangenen Jahres die Präsidentschaftswahl verloren. Doch statt zu gehen, ließ er sich von seinen eigenen Hofschranzen im „Verfassungsrat“ zum Sieger erklären. Seitdem steht das Land am Rande des Bürgerkriegs, was Gbagbo ebenso wenig kratzt wie das gegen ihn daraufhin verhängte Einreiseverbot in die EU. Er will sein Land lieber im Blut ertränken, als seine Niederlage einzuräumen. Es ist schließlich *sein* Land.

> Erstaunlich, was für Parteien wir in der »Sozialistischen Internationale« so alles finden

Jawohl, seins! Viele afrikanische Führer haben eine weit innigere Beziehung zu ihrer Heimat als die kühl distanzierten Staatenlenker Europas. Um Uganda, das seinen Staatshaushalt zu über der Hälfte aus Entwicklungshilfe bestreitet, sorgt sich seit 25 Jahren der heute 66-jährige Präsident Yoweri Museveni. Diesen Monat sollen die Ugander wählen, und zwar wieder ihn und keinen anderen. Warum? Das ließ Museveni im Dezember wissen: „Ich kann doch meinen Stuhl nicht räumen, wenn wir gerade solche Bodenschätze wie Erdöl gefunden haben. Wenn ich einmal gehe, dann werde ich jemanden in meiner Partei auswählen, der auf diese Bodenschätze aufpasst!“ Heißt: Wir gehen erst, wenn wir alles abgeräumt haben, was zu holen war. Dem Herausforderer hat Museveni mit Gefängnis gedroht, sollte der das „offizielle“ Wahlergebnis (auf das wir alle wahnsinnig gespannt sind!) anzweifeln.

Soweit läuft also alles ganz normal. Verwundern tut einen nur, dass Musevenis Aufpasserpartei nicht auch Mitglied der SI ist. Die würde da doch prima reinpassen!

So wie Hugo Chávez: Die Truppe von Venezuelas Machthaber darf sich immerhin mit dem Status des „Assoziierten Mitglieds der Sozialistischen Internationale“ schmücken. Chávez ist seit Jahren mit Elan und Zähigkeit dabei, sein Land in eine rote Diktatur nach kubanischem Vorbild zu verwandeln, wobei Freunde und Verwandte des Präsidenten nicht gerade schlecht wegkommen – ganz wie die Sippen der Genossen Mubarak und Ben Ali. Venezuela ist einer der führenden Erdölexporteure der Welt. Es gibt also einiges, auf das „aufzupassen“ sich lohnt.

Die Sozialdemokraten würden, auf ihre erklärungsbedürftigen Schwestern angesprochen, sicherlich einwenden, dass es besser sei, innerhalb der SI auf diese Parteien „einzuwirken“ als den „Gesprächsfaden“ abreißen zu lassen. Der Faden ist ein kostbares Instrument. Er erlaubt einem, vor aller Augen mit einem Freund zu kungeln, mit dem man aus moralischer Sicht eigentlich gar nicht befreundet sein dürfte. Man pflege ja nur den Dialog, kann man dann flunkern. Und wehe dem, der dieses faule Spiel aufdeckt, indem er Tacheles redet.

Ronald Reagan war so einer von der Tacheles-Fraktion. Der US-Präsident muss dafür noch Jahre nach seinem Tod im Fegefeuer der sozialdemokratischen Verachtung schmoren, dass er die Sozis einst so brutal bloßgestellt hat. Vergangenen Sonntag wäre er 100 geworden. Daher wurde Berlins SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit seit Monaten bedrängt, nach dem Amerikaner einen Platz oder eine Straße zu benennen oder wenigstens eine Plakette am Brandenburger Tor aufzustellen.

Ausgerechnet am Brandenburger Tor: Genau dort hatte der Präsident eine seiner schlimmsten Untaten begangen! Im Juni 1987 rief Reagan von der Westseite aus: „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder! Öffnen Sie dieses Tor!“

Das ist unverzeihlich, bis heute. Denn gleichzeitig tagte gerade eine Kommission aus SPD- und SED-Grundsatzpolitikern, die freudig herausfanden, dass Sozialdemokraten und Kommunisten aus einem „gemeinsamen humanistischen Erbe“ schöpften. Im selben Jahr bezahlte der 24-jährige Lutz Schmidt ein Treffen mit dem kommunistischen Erbteil mit seinem Leben. Er wurde beim Fluchtversuch an der Mauer erschossen. Bis zum Fall der Mauer folgten ihm noch drei weitere Menschen.

Mitten in diese wunderbare Annäherung, dieses entspannte Ranschmiegen und Anschmieren platzte nun der Reagan und demonstrierte aller Welt, dass man mit Kommunisten auch geradeaus reden kann. Wie stand man denn jetzt da! Das war vielleicht eine Blamage. Bis heute basteln Sozialdemokraten an der Legende, die Einschmeichelei bei Honeckers sei der eigentliche Anstoß gewesen für die Revolution in der DDR und damit für die Vereinigung.

Glauben tun sie es freilich selber nicht, daher der unstillbare Rochus auf den toten US-Politiker. Nicht einmal ein klitzekleines Plakettchen soll der kriegen, hat Klaus Wowereit verfügt.

Überhaupt die Amis, den fallen „Menschenrechte“ doch sowieso nur ein, wenn's vor Ort nach Öl riecht. Wenn's ihnen stattdessen politisch nützt, blicken sie über böseste Rechtsverletzungen kalt hinweg. Das ist der deutschen Linken nicht erst seit dem Irakkrieg zuwider, das konnte sie schon zu Reagans Zeiten nicht ausstehen.

Damals in den 80ern: Mit zornesrot geflecktem Gesicht erregt sich in meinem Heimatstädtchen die Aktivistin von „Amnesty International“: Reagan halte noch immer zum chilenischen Diktator Pinochet und sage dem Apartheit-Regime in Südafrika längst nicht laut genug die Meinung.

Das Städtchen lag kaum 30 Kilometer von der Zonengrenze entfernt. Von der DDR wusste die Menschenrechts-Kämpferin indes nichts Negatives zu berichten. Und sie ließ sich von einem „dumpfen Antikommunisten“ und „Kriegshetzer“ wie mir auch nichts Fieses einreden. Viel lieber wollte sie mit mir über die USA und deren „selektive Wahrnehmung von Menschenrechten“ diskutieren.

MEINUNGEN

Alle Welt diskutiert über die steilen Thesen der den Drill in der Erziehung lobenden sogenannten ***„Tigermutter“*** *Amy Chua. Der* ***Schweizer Bestsellerautor*** *und Arzt Remo Largo kritisiert im „Focus“ vom 31. Januar die US-Autorin und erklärt, dass die* ***Probleme*** *von Deutschland und der Schweiz bei der Bildung* ***ganz woanders*** *liegen:*

„Alle Kinder sind mit ihren Anlagen vollkommen unterschiedlich. Natürlich sollten Eltern ihre Kinder darin unterstützten, ihr Potenzial optimal zu entfalten. Aber das Problem liegt doch gar nicht an der Spitze, wo sich auch Frau Chuas Töchter befinden. Da müssen wir nicht herumlaborieren. Vielmehr gibt es gerade in Deutschland eine erschreckend große Gruppe von sehr schwachen Schülern. Das ist der wahre Missstand. Darum müsste die Bildungspolitik sich kümmern, denn der untere Rand wird zu einer immensen sozialen und finanziellen Belastung.“

Der Chef der Citigroup, ***Vikram Pandit****, warnt im „Spiegel“ vom 31. Januar davor, sich im Blick auf die* ***Finanzkrise*** *allein auf die Banken zu konzentrieren:*

„Die Großbanken bilden nur einen Teil des Weltfinanzsystems. Darüber hinaus haben wir ein großes Schattenfinanzsystem mit Hedgefonds und anderen wichtigen Spielern. Der Anteil der Banken an diesem System schrumpft zudem.“

Sicher ist sicher

Über Sicherheit
zu reden,
gut geschützt von Polizei,
das beschwingt – doch Zweck
für jeden
ist primär, man war dabei.

Und so traf man sich in München
wieder mal zur Konferenz,
denn wer könnt' es übertünchen:
Vielerorten schwelt's und brennt's!

Speziell im Nahen Osten
wird halt immer arg gehetzt,
und dann wackeln just die Posten
jener Leute, die man schätzt.

Soll man Freunde fallen lassen?
Ist fürwahr nicht angenehm –
und Rhetorik anzupassen,
wär' das kleinere Problem:

Stärker drücken da die Zwänge,
dass man selber was verliert,
wenn zu früh voll Sittenstrenge
man die Gelder konfisziert.

Und das führt gleich zu Finanzen,
weil ja, wenn der Ölpreis steigt,
sich noch mehr an Staatsbilanzen
Blasensucht der Währung zeigt.

Aber sowas wird verziehen,
und zur Wahrung des Gesichts
gibt man eben Garantien,
schöpft die Werte aus dem Nichts.

Die Agenda wies indessen
auch aufs Internet als Pein,
denn durch dieses, nicht vergessen,
schleicht der Cyber-Krieg sich ein!

Doch fällt leicht das Diskutieren,
wenn man längst die
Lösung kennt –
und total zu kontrollieren
macht selbst Menschen
transparent!

Also flog man froh nach Hause,
und weil's schön zusammen war,
trifft man sich zur Plauderpause
sicher wieder nächstes Jahr …

Pannonicus